

Nachricht am 13.04.96 archiviert
Ursprung : /CL/ANTIFA/MAGAZINE

Inhaltsübersicht zur Broschüre

"Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch! (Bert Brecht)"

Professoren als wissenschaftliches Aushängeschild für rassistischen Kampfbund

Teil Inhalt

- 1 Vorwort
 - Die Bekenner
 - Das Bekenntnis: Wissenschaftlich verbrämter Rassismus
 - Der göttliche Plan und seine Retter
 - Die geistigen Führer
 - Geistesverwandte als Helfer
- 2 Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981
 - Manifest
- 3 Nur "eine von der radikalen Linken gesteuerte Diffamierungskampagne"
 - Schmidt-Kaler - geistiger Ziehvater der Ausländererlasse?
- 4 "Die Juden haben es hinter sich, die Türken noch vor sich"
 - Stoppt die wissenschaftlichen Kreuzritter des christlichen Abendlandes
- 5 Das Netz
 - Der Drahtzieher in München
 - Diplom-Ingenieur Dröscher macht kurzen Prozeß
- 6 Die geistigen Waffen im Kampf auf Leben und Tod
 - Die Freiheit der "Auschwitzlüge"
- 7 Die Kontinuität eines Rassenbiologen
- 8 Die Neue Anthropologie im Dienste des alten Rassismus
 - Wissenschaftlicher Beirat: Ein Verein verkommener Ideologen
- 9 Dr. Rolf Kosiek - einer der geistigen Väter des Heidelberger Manifests
 - Französische Prominenz
 - Der pseudowissenschaftliche Onkel aus Amerika
 - Apartheid in deutschen Klassenzimmern
- 10 Bundesminister a.D. - ein Rassist mit langjähriger praktischer Erfahrung
 - Rückhaltlos für das Dritte Reich eintretend - Unterzeichner aus voller Überzeugung
- 11 Grün-braune Farbmischung
 - "Der NÄCHSTE ist kein asiatisches, sondern unser DEUTSCHES VOLK"
- 12 Die organisierte Verwirrung
 - "Blut muß fließen" (Roeder)
- 13 Die geistigen Erben von Massenmördern
 - Die Vordenker des Faschismus
- 14 Der Sozialdarwinismus - tragende Ideologie moderner Wissenschaft
- 15 "Haltet den Dieb...!"
 - Die neuen alten Sündenböcke
 - "Geschichte ist eine Geschichte von Rassenkämpfen..." (J. Rieger)
- 16 Deutsche Maschinen im Ausland - ein trojanisches Pferd
 - Ausländer - Schmarotzer am deutschen Volk
- 17 Staatlich praktizierte Ausländerfeindlichkeit
 - Zitierstelle aus dem Heidelberger Manifest nicht angegeben
 - Der Realismus à la SPD
 - Radikale Lösung der Kultusministerkonferenz

Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch! (Bert Brecht)

Professoren als wissenschaftliches Aushängeschild für rassistischen Kampfbund

Herausgegeben von:

AStA Universität Bochum

ESG Bochum

Antiimperialistisches Solidaritätskomitee Bochum

Arbeitskreis Mehr Ausländer an die Hochschulen! Bekämpft

die Nationalisierung der Wissenschaft! Universität München

Initiative Ausländer Willkommen Bochum

Vorwort

Diese Dokumentation erscheint zu einem Zeitpunkt, wo die Professoren des Heidelberger Kreises in hektische Betriebsamkeit verfallen sind, alle Spuren, die nach rechts weisen, zu verwischen. Täglich liest man irgendwelche Dementis und Distanzierungen in Zeitungen. Welche Glaubwürdigkeit diese Distanzierungen für sich beanspruchen können, soll an einigen Stellen dieser Dokumentation gezeigt werden. Distanzierung meint nämlich zugleich Zustimmung zur zweiten Fassung des Heidelberger Manifestes. Zudem ändern diese neuen Entwicklungen an den politischen Hintergründen und an der Gefährlichkeit der Aussage des Heidelberger Manifestes rein gar nichts, sie machen nur die Absicht des Heidelberger Kreises deutlich, im Namen der Wissenschaft Volksverhetzung zu betreiben.

Daß die Professoren des Heidelberger Kreises sich genötigt sehen, aus taktischen Gründen sich von der ersten Fassung des Heidelberger Manifestes und von dem Schutzbund für das Deutsche Volk zu distanzieren, ist wesentlich Verdienst des Arbeitskreises „Mehr Ausländer an die Hochschulen! Bekämpft die Nationalisierung der Wissenschaft!“ an der Uni München. Ohne dessen umfangreiche Recherchen in Zusammenarbeit mit Kommilitonen aus Aachen, Bonn und Bochum hätte diese Dokumentation nicht erstellt werden können. Zugleich gibt seine Arbeit ein Beispiel dafür, wie diesen pseudowissenschaftlichen Propagandisten des Rassismus das Handwerk gelegt werden muß.

[Bild1. Karikatur: Ein Bundes-Politiker hält auf einem von Ausländern getragenen (schweren) Marmor-Podest eindringliche Reden. Untertitel: „Ausländer raus!“]

Die Bekenner

Fruchtbarer als man annehmen möchte ist der Schoß der Alma Mater Bochums: Treibt doch hier noch weitgehend ungeschorenen Prof. Dr. rer. nat. Th. Schmidt-Kaler, Dipl. Mathematiker und Leiter des astronomischen Instituts an der Abteilung XII. für Physik und Astronomie sein schwarz-braunes Unwesen. Farbe bekannte mittlerweile ein weiterer Bochumer Lehrstuhlinhaber: Prof. Dr. rer. nat. W. Rutz an der Abteilung XIII. für Geographie.

Doch auch an anderen Universitäten wie München, Mainz, Frankfurt a.M. treten sogenannte verantwortungsbewußte deutsche Professoren per Unterschrift als Bekenner auf, wie sie sich selbst in wörtlicher Übersetzung ihres lateinischen Professorentitels zu bezeichnen pflegen. Doch ihr Bekenntnis - das Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981 (HM) - erinnert nicht nur die Londoner Times fatal an die Nazi-Ära (Times, 10.2.82).

Das Bekenntnis: wissenschaftlich verbrämter Rassismus

Vielfältige Sorgen bewegen den Bochumer Chef-Astronomen und seine Gesinnungsfreunde, allerdings weniger, wie die Sterne stehen, sondern daß die Deutschen demnächst nicht mehr „Herr im eigenen Land“ seien. „Mit großer Sorge“ beobachten sie „die Unterwanderung des deutschen Volkes“

durch den Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihrer Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums" (HM).

Eine zentrale Rolle bei der ideologischen Vorbereitung dieses Pamphlets spielt ganz offenkundig Prof. Schmidt-Kaler, der als studierter Mathematiker und Physiker, laut GEO, zugleich einer der „profiliertesten deutschen Bevölkerungswissenschaftler“ und anerkannter Rentenexperte ist. Als einer der letzten Universalgelehrten prophezeite er aufgrund von „rechnerischen Modellen“ schon für die greifbare Zukunft „bürgerkriegsähnliche Zustände“ und „Rassenkrawalle“ in der BRD.

Der Grund liegt auf der Hand: Die gebärfähigen deutschen Frauen, obwohl sie eigentlich „das grüne Holz des Volkes“ sein sollten, sind zu wenige geworden und zudem mit durchschnittlich 1,3 Kindern äußerst gebärfaul. So gebärfaul, daß die Deutschen in ein paar Jahren nicht einmal mehr ihre eigene Rente bezahlen können. Die Deutschen betreiben „nationalen Selbstmord“; denn „bis zum Jahre 2000 wird die deutsche Bevölkerung auf 52 Millionen abnehmen, bei einem Ausländeranteil von über 10 Prozent, 2050 werden es nur noch etwa 25 Millionen sein. Ausländeranteil 33 Prozent“, und in 100 Jahren ist laut Schmidt-Kaler dieses armselige Häuflein gänzlich ausgestorben. Den Ausländeranteil kann sich der Laie sicherlich selbst ausrechnen.

„Unser Volkskörper leidet an einer Krankheit“ diagnostiziert Prof. Schmidt-Kaler und macht auch gleich den entscheidenden Bazillus aus, der den deutschen Volkskörper befallen hat und ihm endgültig den Garaus machen wird: Die Ausländer! Weil sie zu viele sind und ob ihrer Fruchtbarkeit immer mehr werden-jede türkische Frau bekommt durchschnittlich die alarmierende Zahl von 5,2 Kindern!-, weil sich aus dem Ausland unermeßliche Ströme von Scheinasyanten in die BRD ergießen und weil, last not least, alle Ausländer Schmarotzer am deutschen Volk sind, bringen sie den Deutschen den Volkstod, ja sie verwehren ihnen das „Naturrecht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet“ (HM).

Diese „Identität und Eigenart“ ist nämlich zum großen Teil genetisch verankert, da alle „Völker- (biologisch und kybernetisch) lebende Systeme mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften“ (HM) sind. „Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften“ (HM).

Ja es stellt sich sogar die Frage, ob angesichts des absehbaren biologischen und kulturellen Untergangs der Deutschen zukunftsträchtige Milliardeninvestitionen in eine schlagkräftige Bundeswehr überhaupt noch sinnvoll sind! „Werden sich die Abermillionen für die Verteidigung unseres Landes am Ende einer solchen Entwicklung lohnen?“ (HM) Sicherlich nicht für ein Volk von lauter Bastarden, das nicht einmal anständig Deutsch sprechen und schreiben lernt, dem jegliche „Zukunftshoffnung“ genommen ist, schlüßfolgern die neuen Leuchten am deutschen Professorenhimmel.

„Allein lebensvolle und intakte deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten. Nur eigene Kinder sind die Grundlage der deutschen und europäischen Zukunft.“ (HM). Man höre und staune: Ohne Deutschland ist ganz Europa ein für allemal verloren! Wer sonst schließlich sollte die europäische Einigung im Rahmen eines 4. Reiches herbeiführen, wenn nicht die Deutschen, die ja jetzt schon Zahlmeister Europa's sind?

(Alle Zitate, wenn nicht anders ausgewiesen, aus: GEO 12/1980; Mittelbayerische Zeitung 21.10.81)

Literatur

Sämtliche Angaben zu den einzelnen Personen, falls nicht anders vermerkt, sind aus folgenden Büchern entnommen:

Baader, G./Schultz, U., Medizin und Nationalsozialismus. Tabuisierte Vergangenheit-ungebrochene Tradition? Dokumentation des Gesundheitstages, Berlin (West) 1980
Benz, W. (Hg.), Rechtsradikalismus. Randerscheinung oder Renaissance?, Frankfurt/M. 1980
Billig, M., Die rassistische Internationale, Frankfurt/M. 1981

Güse, H.G./Schmacke, N., Psychiatrie zwischen bürgerlicher Revolution und Faschismus, Bd. 2, Frankfurt/M. 1976
Meyer, A./Rabe, K.-K., Einschlägige Beziehungen von Unionspolitikern, Bornheim-Merten 1980
Pressedienst Demokratische Initiative, Bericht über neonazistische Aktivitäten 1978, München 1979
Autorenkollektiv, Wie kriminell ist die NPD?, Hamburg 1980
Autorenkollektiv, Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis, Hamburg 1981

Der göttliche Plan und seine Retter

Jedenfalls, um den göttlichen Plan - nämlich, die europäischen Nationen als genetisch, biologisch und kulturell eigenständige „Organismen“ zu erhalten - hält Herr Schmidt-Kaler „schmerzhafte Eingriffe“ für unvermeidbar. Um hierfür die geeignete Öffentlichkeit herzustellen, publiziert Schmidt-Kaler zusammen mit anderen gleichgesinnten Professoren (mittlerweile sind es 15) im Namen der Wissenschaft das Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981, das eindringlich die Gefahren, die dem deutschen Volk durch die ausländische Unterwanderung drohen, beschwört.

Und sie rufen auch gleich zur Tat auf, „zur Gründung eines parteipolitisch und ideologisch unabhängigen Bundes ...“, dessen Aufgabe die Erhaltung des deutschen Volkes und seiner geistigen Identität“ sein soll. Dieser Bund ist ganz offensichtlich unter dem Namen Schutzbund für das Deutsche Volk, gemeinnützig e.V. (SDV) bereits gegründet worden, auch wenn die Professoren neuerdings jegliche Verbindung bestreiten. Dieser Schutzbund formuliert in seinem Aufnahmeantrag seine Aufgabe und Selbstverständnis folgendermaßen: Mit ihm soll der nötige Druck erzeugt werden, um bei allen Verantwortlichen im Staat für die „Durchsetzung und Anerkennung des Grundwertes der Bundesrepublik Deutschland ‘DEUTSCHES VOLK‘“ und für die „Stärkung der deutschen Familien mit allen gebotenen Mitteln“ zu sorgen. Das eigentliche „Übel an der Wurzel packen heißt“ aber: „Die Beschränkung der Fremdeinwanderung auf ein Mindestmaß, verbunden mit einer humanen Rückführung der Eingewanderten in ihre Heimatländer mit ideeller und sachlich tragbarer Hilfe.“ (Zitate aus Aufnahmeantrag für den SDV).

Auch in folgendem gibt sich der SDV einen humanitären Anstrich: „Der SDV achtet das Leben jeden Volkes und tritt ein für sein Lebensrecht in dem ihm geschichtlich zugewachsenen Land. Er stützt sich auf unbestreitbare neue wissenschaftliche Erkenntnisse in der Bewertung der Völker.“

Bewertung der Völker! - Auch wenn dies wohlweislich nicht weiter ausgeführt wird, so impliziert der Begriff „Bewertung“ automatisch eine hierarchische Einteilung der Völker in wertvolle und nicht wertvolle, in dumme und schlaue, in gute und schlechte, in Über- und Untermenschen. Und wenn man weiß, daß denjenigen, die sich hinter dem SDV verbergen, diese Denkschemata nur allzugeläufig sind, daß sie zudem zu den eifrigsten Verteidigern des südafrikanischen Rassistenregimes gehören, dann weiß man erst die richtige Lesart für den Ausdruck des „Lebensrechts in dem... geschichtlich zugewachsenen Land“ zu finden. Auch die südafrikanischen Rassisten- und nicht nur dort-“achten“ auf ihre Weise „das Leben“ der Völker, indem sie den in ihren Augen minderwertigen Schwarzen die unwirtlichen homelands mit aller Gewalt „geschichtlich zuwachsen“ lassen und ihrem eigenen „Lebensrecht“ in den ökonomisch interessanten Teilen des südlichen Afrikas blutig zum Durchbruch verhelfen.

So trifft auf den SDV schon eher die Bezeichnung „Kampfbund“ zu, wie auf Anfrage der Mitunterzeichner Prof. Siebert aus Mainz die Aufgabe und offensichtlich das Selbstverständnis des Schutzbundes charakterisierte. In diesem rassistischen Kampfbund kommt den Professoren laut Siebert und Selbstdarstellung des SDV eine besondere ideologische Funktion zu: sie sollen in Form eines wissenschaftlichen Beirats „geistig führend sein“.

[Foto: Der 1-Millionste „Gastarbeiter“ wird empfangen]

Die geistigen Führer

„Ausländer Raus!“ heißt also die Parole - ein neuer alter Sündenbock für die desolate Lage der Deutschen hat sich wieder gefunden. Aber diesmal ist man „parteipolitisch und ideologisch“

unabhängig", „natürlich auf dem Boden des Grundgesetzes stehend" und zudem „gegen ideologischen Nationalismus, gegen Rassismus und gegen jeden Rechts- und Linksextremismus".

Des „Linksradikalismus" hätte den Herrn Schmidt-Kaler und seine „verantwortungsbewußten" Professoren sicherlich niemand verdächtigt, vielmehr werden bei näherem Hinsehen die äußersten Befürchtungen wahr: Schmidt-Kaler, seinerseits CDU-Mitglied und von 1970 bis 1974 stellvertretender CDU-Vorsitzender in Witten, steckt bis über beide Ohren im braunen Sumpf der gesamten europäischen Rechten, und da helfen ihm und seinen Gesinnungsgenossen auch alle Beteuerungen von wegen „ideologisch unabhängig" nichts. Wie später noch genauer nachzulesen ist, stammen die Unterzeichner aus einschlägig bekannten Kreisen. Ihre historische Spannweite reicht vom Hitler-Putschisten, Kriegsverbrecher, Rassenhygieniker und NS-Studentenführer aus der Zeit des 3. Reiches bis zum modernen wissenschaftlichen Rassisten, Volksverhetzer, Bundesvertriebenenminister a.D., Kirchenfunktionär und CDU-Mitglied, die sich alle bester Verbindungen hin zur schwarz-braunen Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes - und sei es auch mit Bomben - erfreuen.

Dies dokumentierte sich nicht zuletzt auf einer Veranstaltung des SDV am 23.1.82 in Heidelberg, wo ein Podiumsgespräch über die „Wissenschaftlichen und ethischen Grundlagen des Heidelberger Manifestes vom 17. Juni 1981" stattfand. Auf Einladung des SDV im Namen Schmidt-Kaler's fand sich dort eine Gesellschaft ein, die ihre braune Gesinnung offen zur Schau trug. Auf dieser Veranstaltung wurde auch die eigentliche Funktion des Heidelberger Manifestes und des SDV deutlich, nämlich „alle Kräfte zusammenzufassen", die der Gefährdung „des Fortbestandes des deutschen Volkes" entgegentreten wollen. So formulierte Prof. Schröcké in seinem Begleitschreiben zum Heidelberger Manifest.

Auf jener Veranstaltung fand sich laut TAZ vom 25.1.82 auch Günther Deckert ein, ein hoher Funktionär in der NPD und der Bürgerinitiative Ausländerstopp. Diese NPD-Bürgerinitiative mit ihrem wissenschaftlichen Aushängeschild Prof. Hagen-Prehl, NPD-Kreisvorsitzender, schürt fleißig die Ausländerfeindlichkeit durch eine Reihe von Unterschriftensammlungen. Nach eigenen Aussagen hat sie bereits 50.000 Unterschriften unter eine Petition an den Bundestag mit der Forderung „Ausländerstopp jetzt!" erhalten. Als „Paukenschlag" bezeichnet die NPD-Initiative ihr neues Volksbegehren in NRW mit dem Ziel, an deutschen Schulen Apartheid in Form von muttersprachlichen Klassen einzuführen (aus Zukunft 3/81).

Geistesverwandte als Helfer

Nicht uninteressant ist zunächst, die Erscheinungsweise des Heidelberger Manifestes nachzuverfolgen, die weitere deutliche Hinweise auf den geistigen und politischen Standort dieses rassistischen Pamphlets gibt.

Das erste Mal tauchte es in der Deutschen Wochenzeitung vom 6.11.81 mit der Anmerkung auf: „Diese bestürzende Entwicklung (der Zuzug von Ausländern; der Verf.) hat jetzt verantwortungsbewußte deutsche Professoren veranlaßt, sich mit einem 'Heidelberger Manifest' an die breite Öffentlichkeit zu wenden und jedermann zur Mitarbeit aufzurufen, um der drohenden Überfremdung des deutschen Volksraumes und damit Mitteleuropas zu begegnen."

Man sollte sich genau ansehen, wer sich hier zur Mithilfe aufgerufen fühlt: Die Deutsche Wochenzeitung ist mit ca. 25 000 Exemplaren Auflage nach der National-Zeitung die zweitgrößte und eine der einflußreichsten Zeitungen der westdeutschen Ultrarechten. In ihr wird beispielsweise Hitler als der „große Beweger unseres Jahrhunderts" gefeiert, da es ihm gelungen sei, „mit seinem Nationalsozialismus ein Volk idealistisch zu motivieren" (Nr. 20, 1978). Sie erscheint im Schütz-Verlag, der seit Bestehen der BRD als Zentralverlag des organisierten Rechtsextremismus fungiert. Als Herausgeber zeichnen verantwortlich:

Adolf von Thadden, 1939 Eintritt in die NSDAP, nach 1945 führender Funktionär bei NPD Vorläufern, 1967-71 Vorsitzender der NPD, favorisiert seitdem Strauß. Waldemar Schütz, 1929 Hitlerjugend, 1936 NSDAP-Eintritt, SS-Hauptsturmführer; nach 1945 hoher Funktionär des NPD-Vorläufers und der SS-HIAG; im Gründungsvorstand der NPD; Inhaber verschiedener neofaschistischer Verlage. Erich Kern(mayer), ehemaliger Blut- und Boden Dichter der NS-Zeit, nach 1945 zeitweise Chefredakteur

des Vorläufers der National-Zeitung; Autor der antisemitischen Hetzschrift Die Tragödie der Juden (wird von der National-Zeitung heiß empfohlen) und Verherrlicher von Kriegsverbrechern.

Eine Kopie des Heidelberger Manifestes aus der Deutschen Wochenzeitung verbreiteten denn auch Gesinnungsgenossen dieser feinen Herren gleich stapelweise in Bonner Telefonzellen-wodurch das Manifest erstmals über den AStA der Uni Bonn an die demokratische Öffentlichkeit gelangte.

Ein zweites Mal wird das Heidelberger Manifest in der Faschisten-Zeitschrift Nation Europa vom Dez. 1981 veröffentlicht-Herausgeber ist der Coburger NPD-Kreisvorsitzende Peter Dehoust. Diese Zeitschrift, deren Autorenverzeichnis sich wie das Who's Who deutscher Alt-und Neofaschisten liest, versteht sich als „Monatsschrift im Dienst der europäischen Neuordnung“, einer Neuordnung, der Adolf Hitler „später einmal als Symbolfigur des ersten gemeinsamen europäischen Aufbruchs gelten wird“ (Nation Europa, 5/77, S. 11).

Gegenüberstellung der beiden Ausgaben des Heidelberger Manifests vom 17.06.81 und vom 31.01.82

(In der Fassung von 1982 wurde der letzte Absatz hinzugefügt, die vorangehenden 11 Absätze sowie der Titel wurden geändert.):

[1981] Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981

[1982] Manifest

[1981] Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums. Allein im Jahr 1980 hat die Zahl der gemeldeten Ausländer trotz Anwerbestop um 309000 zugenommen, davon 194000 Türken.

[1982] Mit großer Sorge beobachten wir einen Vorgang, der - ausgelöst durch eine euphorisch-optimistische Wirtschaftspolitik - dazu führte, daß inzwischen fünf Millionen Gastarbeiter mit ihren Familien in unserem Land leben und arbeiten. Offensichtlich ist es nicht gelungen, trotz Anwerbestopp den Zustrom zu begrenzen. Im Jahre 1980 hat allein die Zahl der gemeldeten Ausländer um 309000 zugenommen, davon 194000 Türken.

[1981] Gegenüber der zur Erhaltung unseres Volkes notwendigen Zahl von Kindern werden jetzt jährlich kaum mehr als die Hälfte geboren. Bereits jetzt sind viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Arbeitsstätten Fremdlinge in der eigenen Heimat.

[1982] Die Lage wird erschwert dadurch, daß nur wenig mehr als die Hälfte der Kinder geboren werden, die für ein Nullwachstum der deutschen Bevölkerung der Bundesrepublik erforderlich wären: die Erneuerung der generativen Funktion der deutschen Familie ist dringend nötig. Bereits jetzt fühlen sich viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Arbeitsstätten fremd in der eigenen Heimat, ebenso wie die Gastarbeiter Fremde sind in ihrer neuen Umgebung.

[1981] Der Zuzug der Ausländer wurde von der Bundesregierung aus Gründen des heute als fragwürdig erkannten Wirtschaftswachstums gefördert. Die deutsche Bevölkerung wurde bisher über Bedeutung und Folgen aufgeklärt. Sie wurde auch nicht darüber befragt. Deshalb rufen wir zur Gründung eines parteipolitisch und ideologisch unabhängigen Bundes auf, dessen Aufgabe die Erhaltung des deutschen Volkes und seiner geistigen Identität auf der Grundlage unseres christlich-abendländischen Erbes ist. Auf dem Boden des Grundgesetzes stehend wenden wir uns gegen ideologischen Nationalismus, gegen Rassismus und gegen jeden Rechts- und Linksextremismus.

[1982] Der Zuzug der Ausländer wurde von der Bundesregierung aus Gründen des heute als fragwürdig erkannten hemmungslosen Wirtschaftswachstums gefördert. Die deutsche Bevölkerung wurde bisher über Bedeutung und Folgen nicht aufgeklärt. Sie wurde auch nicht darüber befragt. Deshalb halten wir die Gründung einer parteipolitisch unabhängigen Arbeitsgemeinschaft für nötig, die eine möglichst allseitige Lösung eines Problems angeht - im Gespräch mit den verantwortlichen Politikern - , das gelöst werden muß, soll es nicht zur Schicksalsfrage für Gastarbeiter und Gastland werden. Was die Lösung dieses Problems so erschwert, ist die Tatsche, daß in der öffentlichen Diskussion die notwendigen Fragen nicht mehr gestellt werden können, ohne daß gegen die

Fragesteller der Vorwurf des Nazismus erhoben wird. Wir betonen daher, daß wir bei allen Bemühungen um eine Lösung entschieden auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und uns nachdrücklich gegen ideologischen Nationalismus, Rassismus, und Rechts- und Linksextremismus wenden.

[1981] Völker sind (biologisch und kybernetisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Traditionen weitergegeben werden. Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften.

[1982] Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist ohne Gefährdung des eigenen Volkes, seiner Sprache, Kultur und Religion nicht möglich.

[1981] Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein Naturrecht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet. Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihr Erhaltung, nicht aber ihre Einschmelzung ("Germanisierung"). Europa verstehen wir als einen Organismus aus erhaltenswerten Völkern und Nationen auf der Grundlage der ihnen gemeinsamen Geschichte. "Jede Nation ist die einmalige Facette eines göttlich Plans" (Solschenizyn). Die Vielvölkernation Schweiz hat am 5.4.81 mit ihrer in freier Abstimmung der Wähler erzielten Entscheidung ein Modell für dieses Europa gegeben.

[1982] Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein natürliches Recht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet. Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihre Erhaltung, nicht aber ihre Einschmelzung ("Germanisierung"). Europa verstehen wir als eine lebendige Gemeinschaft von Völkern und Nationen, die durch Kultur und Geschichte eine Ganzheit höherer Art bilden. "Jede Nation ist die einmalige Facette eines göttlichen Plans" (Solschenizyn). Die Vielvölkernation Schweiz hat am 5.4.1981 mit ihrer in freier Abstimmung der Wähler erzielten Entscheidung ein Modell gegeben.

[1981] Das Grundgesetz der Bundesrepublik geht nicht aus vom Begriff "Nation" als Summe aller Völker innerhalb eines Staates. Es geht vielmehr aus vom Begriff "Volk" und zwar vom deutschen Volk. Der Bundespräsident und die Mitglieder der Bundesregierung leisten den Amtseid: "Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden werde". Somit verpflichtet das Grundgesetz zur Erhaltung des deutschen Volkes.

[1982] Obgleich wir um den Mißbrauch des Wortes Volk wissen, müssen wir mit allem Ernst daran erinnern, daß das Grundgesetz vom Begriff "Volk" und zwar vom deutschen Volk ausgeht, und daß der Bundespräsident und die Mitglieder der Bundesregierung Amtseid leisten: "Ich schwöre, daß ich meine ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden werde." Wer diesem Eid seinen Sinn läßt, wird sich nicht dagegen wehren können, daß es das deutsche Volk ist, um dessen "Erhaltung" es geht. Wer aus diesem Begriff folgert, daß es auch nicht erhaltenswerte Völker gebe, interpretiert gegen die Regel wissenschaftlicher Hermeneutik und mißdeutet gröblich unser Anliegen.

[1981] Die Präambel des Grundgesetzes verpflichtet auf das Ziel der Wiedervereinigung. Wie soll diese möglich bleiben, wenn sich die Teilgebiete ethnisch fremd werden? Die jetzt praktizierte Ausländerpolitik, welche die Entwicklung zu einer multirassischen Gesellschaft fördert, widerspricht dem Grundgesetz, das alle Deutschen der Bundesrepublik zur Bewahrung und Verteidigung der Lebensrechte unseres Volkes verpflichtet.

[1982] Wir scheuen uns auch nicht, daran zu erinnern, daß das von der Präambel des Grundgesetzes als Verpflichtung aufgegebene Ziel der Wiedervereinigung durch die praktizierte Ausländerpolitik aufs Schwerste gefährdet werden könnte. Wie soll Wiedervereinigung möglich bleiben, wenn sich die Teilgebiete ethnisch fremd werden?

[1981] Welche Zukunftshoffnung verbleibt den Hunderttausenden von Kindern, die heute sowohl in ihrer Muttersprache wie in der deutschen Sprache Analphabeten sind? Welche Zukunftshoffnung haben unsere eigenen Kinder, die in Klassen mit überwiegend Ausländern ausgebildet werden? Werden sich die Abermilliarden für die Verteidigung unseres Landes am Ende einer solchen Entwicklung lohnen?

[1982] Welche Zukunftshoffnung verbleit den Hunderttausenden von Gastarbeiterkindern, die heute sowohl in ihrer Muttersprache wie in der deutschen Sprache Analphabeten sind? Welche Zukunftshoffnung haben unsere eigenen Kinder, die in Klassen mit überwiegend Ausländern ausgebildet werden?

[1981] Allein lebensvolle und intakte deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten. Nur eigene Kinder sind die alleinige Grundlage der deutschen und europäischen Zukunft.

[1982] Allein lebendige und lebensfähige deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten.

[1981] Da die technische Entwicklung Möglichkeiten bietet und in gesteigertem Ausmaß bieten wird, alle Ausländerbeschäftigung überflüssig zu machen, muß es oberster Grundsatz zur Steuerung der Wirtschaft sein: nicht die Menschen zu den Maschinen zu bringen, sondern die Maschinen zu den Menschen. Das Übel an der Wurzel zu packen heißt, durch gezielte Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen der Gastarbeiter in ihren Heimatländern zu verbessern - und nicht hier bei uns. Die Rückkehr der Ausländer in ihre angestammte Heimat wird für die Bundesrepublik als eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt nicht nur gesellschaftliche, sondern auch ökologische Entlastung bringen.

[1982] Da die technische Entwicklung Möglichkeiten bietet und in gesteigertem Ausmaß bieten wird, die Beschäftigung von Gastarbeitern überflüssig zu machen, muß es oberster Grundsatz zur Steuerung der Wirtschaft sein: nicht die Menschen zu den Maschinen zu bringen, sondern die Maschinen zu den Menschen. Das Übel an der Wurzel zu packen heißt, durch gezielte Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen der Gastarbeiter in ihren Heimatländern zu verbessern - und nicht hier bei uns. Die Familienzusammenführung der Gastarbeiter in ihre angestammte Heimat - selbstverständlich ohne Zwangsmaßnahmen - wird unser überindustrialisiertes und an Umweltzerstörung leidendes Land entlasten.

[1981] Um weiteren Widerhall in der Öffentlichkeit zu erreichen, fordern wir alle Verbände, Vereinigungen, Bürgerinitiativen usw. auf, die sich der Erhaltung unseres Volkes, seiner Sprache, Kultur und Lebensweise widmen, einen Dachverband zu gründen, der kooperative wie individuelle Mitgliedschaften ermöglicht. Jeder Verband soll dabei seine volle Selbständigkeit und Eigenständigkeit behalten. Über die Aufgaben dieses Bundes soll, auch zur Wahrung seiner parteipolitischen und ideologischen Unabhängigkeit ein wissenschaftlicher Beirat wachen. Eine Pressestelle soll die Öffentlichkeitsarbeit übernehmen. Wir bitten um ihre Zustimmung zu diesem Grundsatzprogramm und um Unterzeichnung dieses Manifestes.

[1982] Nahezu keiner der Verantwortlichen und Funktionäre der großen gesellschaftlichen Körperschaften hat es gewagt, die Dinge beim Namen zu nennen, geschweige denn ein realistisches Konzept einer langfristigen Politik vorzuschlagen. Wir halten deshalb die Bildung einer überparteilichen Arbeitsgemeinschaft für notwendig, die allen Verbänden, Vereinigungen usw., die sich der Erhaltung unseres Volkes, seiner Sprache, Kultur, Religion und Lebensweise widmen, aber auch Einzelpersonen Mitarbeit ermöglicht.

[1982] Gerade wir Hochschullehrer, zu deren vornehmen Aufgabe und Pflicht es nach wie vor gehört, Ausländern (insbesondere aus der sog. 3. Welt) eine zweckentsprechende und sinnvolle Ausbildung in unserem Lande zu ermöglichen, müssen aufgrund unserer beruflichen Legitimation auf den Ernst der Lage und die bedrohlichen Konsequenzen der im Gang befindlichen Entwicklung in aller Öffentlichkeit hinweisen.

[1981] Für den HEIDELBERGER KREIS

Prof. Dr. phil. habil. BAMBECK

Prof. Dr. FRICKE

Prof. Karl GÖTZ (Stuttgart)

Prof. Dr. phil. HAVERBECK

Prof. Dr. rer. nat. ILLIES

Prof. Dr. theol. MANNS

Prof. Dr. Dr. OBERLÄNDER (Bonn)

Bundesminister a.D. Prof. Dr. jur. RASCH

Prof. Dr. RIEDL (Bozen)

Prof. Dr. med. SCHADE (Düsseldorf)
Prof. Dr. rer. nat. SCHMIDT - KALER
Prof. Dr. rer. nat. SCHRÖCKE (München)
Prof. Dr. med. SCHÜRMANN
Prof. Dr. phil. SIEBERT
Prof. Dr. phil. STADTMÜLLER
(In der ersten Fassung waren weder Vornamen noch Ort angegeben)

[1982] Mainz, den 31.1.1982
Prof. Dr. phil. BAMBECK (Frankfurt)
Prof. Dr. rer. pol. R. FRICKE (Karlsruhe)
Prof. Dr. phil. W. HAVERBECK (Vlotho)
Prof. Dr. rer. nat. ILLIES (Gießen, Schlitz)
Prof. Dr. theolog. P. MANNS (Mainz)
Prof. Dr. jur. H. RASCH (Frankfurt, Bad Soden)
Prof. Dr. rer. nat. W. RUTZ (Bochum)
Prof. Dr. rer. nat. TH. SCHMIDT - KALER (Bochum)
Prof. Dr. med. K. SCHÜRMANN (Mainz)
Prof. Dr. phil. E. SIEBERT, (Mainz)
Prof. Dr. phil. G. STADTMÜLLER (München)

Nur "eine von der radikalen Linken gesteuerte Diffamierungskampagne"

Das jedenfalls möchte seit dem 8.2.82 der Heidelberger Kreis der Öffentlichkeit weismachen. Daß das Heidelberger Manifest in den Nazi-Blättern erschien, ist reine „Indiskretion, für die die Unterzeichner nicht verantwortlich zu machen sind“. Das Heidelberger Manifest selbst hatte nur „vorläufige Form, die nur zur Gewinnung weiterer Unterzeichner bestimmt war“. Seit wann sammelt man Unterschriften unter einen Text, der gar nicht veröffentlicht werden soll?

In einer am 8.2.82 verteilten Presseerklärung beklagen sich die Professoren bitterlich darüber, daß sie durch „eine von der radikalen Linken gesteuerten Diffamierungskampagne gegen uns einerseits, die versuchte Einschleusung rechtsradikaler Kräfte in unser Vorhaben andererseits“ zur Flucht an die Öffentlichkeit gezwungen wären. In märtyrerhafter Pose beschwert man sich darüber, „daß in der öffentlichen Diskussion die notwendigen Fragen nicht mehr gestellt werden können, ohne daß gegen die Fragesteller der Vorwurf des Nazismus erhoben wird“.

Überraschenderweise distanziert man sich nun empört von dem Schutzbund und legt einen in seiner völkischen Ausdrucksweise entschärften Text als Manifest vor. Wieweit man die verantwortungsbewußten Professoren angesichts ihres Bekenntnisses überhaupt noch diffamieren kann, soll hier dahingestellt bleiben. Auch über die angebliche Einschleusung von rechtsradikalen Kräften braucht man nicht viele Worte verlieren, denn diese sind im Heidelberger Kreis bereits unter sich. Interessant ist nur, daß die offensichtlichsten Exponenten rechter Gesinnung und Tat, u.a. Oberländer, Schade und Schröcke bei der zweiten Fassung des Heidelberger Manifestes bisher noch nicht als Unterzeichner aufgeführt sind!

Was den Herren Professoren jedoch so aufstößt, ist die verdienstvolle Recherchier-Arbeit des Münchner Arbeitskreises "Mehr Ausländer an die Hochschulen! Bekämpft die Nationalisierung der Wissenschaft!" der die ganze Lawine erst ins Rollen brachte. Der Arbeitskreis enthüllte nicht nur die zentrale Funktion des an der Universität München lehrenden Prof. Schröcke mittels spektakulärer Aktionen, sondern verhalf dem Heidelberger Manifest zu einem Presse-Echo, was für die Herren Professoren wenig schmeichelhaft war.

Durch die Aufdeckung der nicht nur geistigen Verwandtschaft des Heidelberger Kreises zu bekannten faschistischen Kreisen in der BRD war das wissenschaftliche Image, mit dem das Heidelberger Manifest verkauft werden soll, schwer angekratzt. Eiligst erklärte man, mit dem Schutzbund für das Deutsche Volk nichts zu tun zu haben. „Der in Gründung befindliche Verein 'Schutzbund für das Deutsche Volk' ist weder politisch noch nach seiner Kompetenz in der Lage, die Aufgaben des in der

vorläufigen Fassung des 'Heidelberger Manifests' erwähnten Bundes wahrzunehmen. Wir sind nicht Mitglieder dieses Vereins. Der Verein ist nicht berechtigt, für uns oder in unserem Auftrag irgendwelche Mitteilungen zu machen oder Äußerungen zu verbreiten." Auch in der ZEIT vom 4.2.82 erklären die Professoren Siebert und Schmidt-Kaler, mit dem Schutzbund für das Deutsche Volk nichts zu tun zu haben.

Tatsache ist vielmehr:

Die Einladung zur bereits erwähnten Veranstaltung des SDV zum Thema „Wissenschaftliche und ethische Grundlagen des 'Heidelberger Manifestes vom 17. Juni 1981'" am 23.1.82 erging im Namen von Prof. Schmidt-Kaler. Neben Schmidt-Kaler war auch der Münchener Prof. Stadtmüller Referent; anwesend waren weiter die Professoren Fricke und Schröcke, allesamt Unterzeichner des Heidelberger Manifestes.

Die Adresse und die Kontonummer des Heidelberger Kreises (übrigens unter dem Namen von Prof. Schröcke) ist identisch mit der des SDV: Heidelberg, Postfach 251163 bzw. Bezirkssparkasse Heidelberg, Kto.-Nr. 8559.

Der SDV selbst erklärt seine Existenz wie folgt: „Die Sorge um den geschichtlichen Bestand des Deutschen Volkes hat eine Reihe von deutschen Universitätsprofessoren bewogen, in dem 'Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981' gegen die Überfremdung unseres Landes aufzurufen. Der starke Widerhall des Manifests hat zur Gründung des SDV geführt.“ (Aufnahmeantrag der SDV)

Prof. Siebert, der laut seiner Aussage in der ZEIT so gar nichts mit dem SDV zu tun hat, hat uns telefonisch erklärt, der Heidelberger Kreis hätte sich durch den SDV verüberflüssigt, weil er in ihm aufgegangen sei. Er schickte auch einem Mitglied des Münchener Arbeitskreises eine Einladung zur Veranstaltung des SDV: „Hier die Adresse für weitere Informationen! Freundl. Gruß. Siebert.“

Die der Presseerklärung vom 8.2.82 beigefügten Erläuterungen zum Heidelberger Manifest „Grundzüge und Maßnahmen einer Ausländerpolitik“, die von Schmidt-Kaler, seinem Assistenten, Schröcke und der Vorsitzenden des SDV Finkeßen verfaßt wurden, hat Schmidt-Kaler auf der erwähnten Veranstaltung des SDV abschnittsweise vorgestellt und schließlich diskutieren und verabschieden lassen.

(Alle Angaben aus „Enthüllungen Teil IV“, Flugblatt des Münchener Arbeitskreises).

Auch die sprachliche Umgestaltung des Heidelberger Manifestes ist Ausdruck des Bemühens der Professoren, nicht mit offen faschistischen Kräften identifiziert zu werden. An der inhaltlichen Aussage des Heidelberger Manifestes hat sich nichts geändert - im Gegenteil, sie ist durch die gefälligere sprachliche Verpackung eher noch gefährlicher geworden.

Dabei muß man den Herren Professoren in gewisser Hinsicht sogar für die von ihnen geleistete Übersetzungshilfe dankbar sein. Schmidt-Kaler warnte bereits auf der Veranstaltung des SDV vor „völkischen Ausdrucksweisen“: „Man sagt dann eben Solidarität statt Treue, das ist so einfach.“

Genauso einfach ist das mit den zwei Manifest-Texten: Die „Unterwanderung“ wird zum „Vorgang“ der „Bund“ zur „Arbeitsgemeinschaft“ der „Organismus“ zur „lebendigen Gemeinschaft“ und „Ganzheit höherer Art“ das „Naturrecht“ zum „natürlichen Recht“ und schließlich die „Rückkehr der Ausländer“ wird durch den zynischen Ausdruck „Familienzusammenführung der Gastarbeiter in ihre angestammte Heimat“ ersetzt. Die „Völker als biologisch und kybernetisch lebende Systeme“ läßt man ganz weg und verwehrt sich empört dagegen, daß man „gegen die Regeln wissenschaftlicher Hermeneutik ... gröblich unser Anliegen“ mißdeutet!

Mit den Regeln der wissenschaftlichen Hermeneutik scheint Schmidt-Kaler den Rektor der Ruhr-Universität Ipsen gründlich eingewickelt zu haben. Ursprünglich hatte Ipsen sich „in aller Form und Schärfe“ von den Anschauungen Schmidt-Kaler's distanziert und schwere Gefahr für den Ruf der Bochumer Uni heraufziehen sehen.

„Sollte Schmidt-Kaler, macht Rektor Ipsen unmißverständlich die Uni-Haltung deutlich, in diesem Kontext in der Öffentlichkeit als Professor der Ruhr-Universität agieren, werde er als Rektor dagegen vorgehen, 'damit der gute Ruf der Universität damit nicht in Verbindung gebracht wird'. Überhaupt habe Schmidt-Kaler solche Äußerungen nur als Privatperson von sich geben können, für die er als solche auch zur Rechenschaft gezogen werden könne. 'Was den im Grundgesetz verbürgten Schutz von Wissenschaft und Forschung betrifft, trifft dieser nicht mehr für diese Äußerungen zu', grenzt Ipsen die Kompetenz des Astronomen ein ...“ (WAZ vom 4.2.82).

Nach Veröffentlichung der Mainzer Presseerklärung des Heidelberger Kreises am 8.2.82 und einer vertraulichen Gesprächsrunde zwischen Rektor, Kanzler und Schmidt-Kaler sieht „das Rektorat der Ruhr-Uni ... damit die Angelegenheit unter dem Aspekt der Beeinträchtigung des Rufes der Universität als erledigt an.“ (Presseerklärung der RUB am 17.2.82).

Abgesehen davon, daß es angesichts der im Heidelberger Manifest betriebenen Volksverhetzung äußerst beschränkt ist, nur um den guten Ruf der Bochumer Uni besorgt zu sein, so muß umso mehr die Tatsache erstaunen, daß Ipsen allein die Distanzierung Schmidt-Kaler's von der ersten Fassung des Heidelberger Manifestes als ausreichend ansieht um die Angelegenheit unter den Teppich zu kehren. Daß Schmidt-Kaler in der zweiten Fassung inhaltlich denselben Rassismus vertritt, daß er sich in „Grundzüge und Maßnahmen einer Ausländerpolitik“ für eine reaktionäre Lösung der Ausländerfrage einsetzt, und daß schließlich die Distanzierung vom Schutzbund keine besondere Glaubwürdigkeit genießen kann, scheint das Rektorat der RUB einfach zu ignorieren. Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung scheint wohl dann wieder zuzutreffen, wenn die Inhalte- und seien sie noch so reaktionär und unwissenschaftlich-in eine gefällige Form verpackt sind.

Mit großer Erleichterung will man in Bochum wieder zum Alltag übergehen. Die Angelegenheit scheint zu peinlich zu sein, genau wie an der Uni München, wo auch alles getan wird, um kein Aufsehen zu erregen. Peinlich deswegen, weil die Verantwortlichen an der Unispitze und in den Ministerien andernfalls Flagge zeigen müßten.

[Abbildung von Ausschnitten aus einem Brief des Heidelberger Kreises, einem Einladungsschreiben des SDV und aus dem SDV-Aufnahmeantrag.]

Schmidt-Kaler-geistiger Ziehvater der Ausländererlasse?

Schmidt-Kaler stellt in der schwarz-braunen Sammlungsbewegung, die die Ausländerhetze zunehmend in den Mittelpunkt ihrer Propaganda rückt, ganz offensichtlich eine wichtige Integrationsfigur dar. Seine Bedeutung besteht nicht nur darin, daß er als wissenschaftliches Aushängeschild und als Kronzeuge für die Ultrarechten herhält. Seine Artikel werden öfters von NPD-Spitzenfunktionären und in der Nazi-Zeitschrift Nation Europa (z.B. 11,12/1980) zur Bestätigung der eigenen Position angeführt. An verschiedenen Stellen beweist Schmidt-Kaler auch zur Genüge, daß ihm Denken und Ausdrucksweise dieser Kreise nicht allzu fern sind. Ernst genommen werden seine Ansichten auch höheren Orts. Für die Jahre 1979/80 erhielt das Astronomische Institut der Universität Bochum unter der Leitung von Schmidt-Kaler von der VW-Stiftung 25 000 DM für das Projekt „Untersuchungen zum Problem Bevölkerungsrückgang und Alterssicherungssystem“. Schmidt-Kaler ist Mitglied der renommierten Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und publiziert in deren Zeitschrift. Seine apokalyptischen Visionen über die aussterbenden Deutschen und ihre Unfähigkeit, in Zukunft die eigene Rente zu finanzieren, konnte er unter dem Titel „Wie sicher sind unsere Renten?“ in der Beilage zur Wochenzeitung das parlament, vom 7.7.1979, Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung-verbreiten. Seine Ansichten sind sicherlich nicht spurlos an CDU/CSU und ihrer Familienpolitik, insbesondere der Forderung „Frauen zurück an Heim und Herd“ vorübergegangen. Auch scheint die Munition für die von den Unionsparteien 1979/80 inszenierte Rentenbetrugskampagne zum Teil von Schmidt-Kaler zu stammen.

Den eigentlichen Durchbruch erzielte Schmidt-Kaler durch seine Rede vor dem Rhein-Ruhr-Klub in Düsseldorf am 20.10.81, deren Inhalt, die Prophezeihung von „Rassenkrawallen“ anschließend durch die gesamte Presse geisterte (siehe WAZ v. 21.10.81 und MZ v. 21.10.81). Es ist wichtig zu wissen, daß dieser Rhein-Ruhr-Klub nicht irgendein Kegelverein ist, sondern ein äußerst renommiertes Gremium der Großindustrie und Hochfinanz darstellt, das nur exclusive Gäste zu sich lädt. Historisch hat der Rhein-Ruhr-Klub seinen Vorläufer im Düsseldorfer Industrieklub, in dem am 23.1.1932 ein anderer exlusiver Gast eine wegweisende Rede hielt, von der die Herren der Industrie so angetan waren, daß sie ihm damals jede erdenkliche Unterstützung angedeihen ließen: Adolf Hitler, der damals sein Programm den Industriellen vorstellte.

Auch die Rede Schmidt-Kaler's vor dem Rhein-Ruhr-Klub blieb, einmal ab gesehen von dem Aufsehen in der Presse und seinem gelungenen Beitrag zur Volksverhetzung, nicht ohne Folgen. Brüstet sich doch Schmidt-Kaler, daß sich am nächsten Tag ein gewisser Herr Lummer, seines Zeichens amtierender Innensenator von Westberlin, telefonisch ein paar Tips zur Behandlung der Ausländer holen wollte-dem auch prompt am 20.11.1981 der berühmt-berüchtigte Ausländer-Erlaß Berlins folgte. Wichtigste Regelungen:

Zuzugsverbot für Familienangehörige über 12 (!) Jahre und für Ehepartner, die im Ausland leben; Ausweisung aller ausländischen Jugendlichen, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, keinen Ausbildungsvertrag nachweisen können und weniger als 5 Jahre in der BRD leben. (Letzte Regelung mußte unter dem Druck der demokratischen Öffentlichkeit wieder zurückgenommen werden).

Unter den zahlreichen weiteren Anrufern und Ratsuchenden hat sich laut Schmidt-Kaler auch der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg befunden; auch bevor in dessen Bundesland ein ähnlich scharfer Ausländererlaß beschlossen wurde.

Diese Funktion Schmidt-Kalers als Berater höchster Regierungsstellen und als geistiger Ziehvater der jüngsten Ausländererlaß stimmt mit den Aussagen anderer Unterzeichner des Heidelberger Manifestes überein, die Schmidt-Kaler zusammen mit Prof. Schröcke als treibende Kraft der ganzen Aktion und vor allem des Schutzbundes für das Deutsche Volk bezeichnet haben. Schließlich ist Schmidt-Kaler nach seinen eigenen Aussagen nicht nur der Mitverfasser dieses Pamphlets und der Erläuterungen, sondern auch derjenige, der zusammen mit Prof. Schröcke die meisten der Unterzeichner geworben hat. Nicht zuletzt wird die Rolle Schmidt-Kalers daran deutlich, wenn er als Einlader für den SDV für die Veranstaltung am 23.1.82 auftritt.

V.i.S.d.P.: AStA Uni Bochum, Lennershofstr.
Offsetdruck J. Heinze,
Ruhrallee 62,46 Dortmund 1
Tel.: 0231/104708

[Bild2. Foto: Hitler mit Göring vor dem Düsseldorfer Industrieklub, am Mikrofon F. Thyssen]

,Die Juden haben es hinter sich, die Türken noch vor sich"

Dies ist nicht nur die Auflösung eines mehr als makabren Witzes, der momentan hoch im Kurs steht. Man findet diesen mörderischen Satz auch als Wandparole in Westberlin. „Ausländer raus!“ stand an dem Wohnheim in Hamburg, auf das 1980 die Roeder-Bande einen Bombenanschlag verübt und zwei Vietnamesen ermordete.

Das Heidelberger Manifest kann den Geruch von Holocaust nicht verheimlichen, auch wenn es sprachlich neuerdings etwas „parfümiert“ wurde. Unter dem wissenschaftlichen Gewand wird rassistische Propaganda betrieben, in wesentlich wirkungsvollerer Weise, als wenn bekannte Neonazis diesen geistigen Schmutz verbreiten würden. Die Argumente und angeblich wissenschaftlichen Beweise, derer sich die feinen Herren bedienen, sind nicht neu. Sie haben ihren Ursprung im 19. Jahrhundert und dienten schon immer zur Rechtfertigung imperialistischer Machenschaften, sei es die Ausbeutung und Unterdrückung fremder Völker oder der Arbeiterklasse im eigenen Land. Sie waren das ideologische Credo des Hitlerfaschismus genauso wie sie heute Grundbestandteil der Ideologie von Faschisten und Rassisten über alle Grenzen hinweg sind.

Und der Boden ist in der gegenwärtigen Krisensituation fruchtbarer denn je für diese rassistische Propaganda, wo Ausländer zunehmend zum Sündenbock für die sozialen Folgen der Krise wie Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, den skandalösen Mängeln des westdeutschen Erziehungssystems gestempelt werden. Äußerst geschickt versteht man, an den offenkundigen Mißständen und an der Abwälzung der Krisenlasten auf die Lohnabhängigen anzusetzen und die gleichermaßen davon Betroffenen, die deutschen und ausländischen Arbeiter, auseinanderzudividieren. Eine neue

Volksgemeinschaftsideologie, ein neuer Nationalismus ist im Entstehen, die allemal wichtige Elemente einer ideologischen Kriegsvorbereitung sind.

Öffentlich warnt Innenminister Schnoor (NRW) davor, „daß die Türken in die Rolle der Juden während des Dritten Reiches geraten könnten“ und öffentlich stellt der Duisburger Oberbürgermeister fest: „Faschismus und Rassismus sind im Revier vorhanden. Wenn sie noch stärker werden, wäre dies verhängnisvoll. Rassismus ist das Letzte, was wir hier brauchen.“ (WAZ, 23.1.82).

Doch anstatt alles zu tun, um der Verhetzung der Bevölkerung entgegenzutreten, z.B. indem unverzüglich das Volksbegehren der Bürgerinitiative Ausländerstopp verboten wird, wozu genügend gesetzliche Handhabe existiert, schlagen Staat und Politiker in dieselbe Kerbe. Unter dem Vorwand, den wachsenden Ausländerhaß in der deutschen Bevölkerung zu besänftigen, macht man genau das, was die ärgsten Hetzer gegen die Ausländer die ganze Zeit fordern:

Beschränkung der Zuwanderung von Familienangehörigen, Aushöhlung des Asylrechts, Forcierung der Rückkehr von Ausländern in ihre Heimatländer, Schließung der Universitäten für bestimmte Ausländergruppen (KMK-Beschlüsse).

Dieses Spiel mit verteilten Rollen ist nur dazu geeignet, dem Ausländerhaß weiter Vorschub zu leisten. Offenbar sind die deutschen Behörden nicht in der Lage zuzugeben, daß eine verfehlte Ausländer- und „Integrations“-politik der letzten Jahre ein gerüttelt Maß Schuld an den gegenwärtigen Zuständen trägt.

Stoppt die wissenschaftlichen Kreuzritter des christlichen Abendlandes

Das eigentlich Neue und Bedrohliche am Heidelberger Manifest liegt nicht darin, daß hier ein Haufen brauner und schwarzer Gesinnungsgenossen zusammengefunden hat, sondern daß hier im Namen der Wissenschaft „verantwortungsbewußte deutsche Professoren“ in übelster Weise Volksverhetzung betreiben, und Ideologien wieder hoffähig machen, die man mit dem Sturz des Hitlerfaschismus für endgültig überwunden glaubte. Der Heidelberger Kreis, obwohl er engstens mit dem SDV zusammenhing, trat ausschließlich im Namen der Professoren und damit unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit an die Öffentlichkeit.

In perfider Weise geben sie sich als die Retter der „geistigen Identität“ des deutschen Volkes „auf der Grundlage unseres christlich-abendländischen Erbes“ aus (HM). Welch erbärmliche Bornertheit spricht aus diesen Worten deutscher Wissenschaftler. Gerade ein Schmidt-Kaler als Mathematiker und Astronom müßte am besten wissen, daß sein geistiges, christlich-abendländisches Erbe ohne die Hinterlassenschaft aus dem „Morgenland“ wenig wert wäre. Er kann ja mal versuchen anstatt mit arabischen Ziffern, die ihrerseits ursprünglich aus Indien stammen, mit römischen (Bandwurm-)Zahlen oder besser mit germanischen Runen zu rechnen. Entscheidende Grundlagen der Mathematik (Arithmetik, Algebra, Trigonometrie, Geometrie) und der Astronomie wurden von den „islamisch-morgenländischen“ Arabern entwickelt oder durch ihre Vermittlung aus Persien, Indien, China und Griechenland nach Europa weitergegeben. Ohne die Vermittlungsfunktion der Araber wären beispielsweise die philosophischen Ansätze und wissenschaftlichen Erkenntnisse der so hoch verehrten Griechen dem Abendland gänzlich verborgen geblieben. Um das geistige Erbe zu beschreiben, ist der Begriff „christlich-abendländisch“ also gänzlich ungeeignet und beweist nur die Horizontverengung zweifelhafter Professoren.

Dagegen weist dieser Begriff in anderer Hinsicht eine imperialistische Tradition auf, dessen Erbe die Herren Professoren hier viel eher antreten. Bereits für die alten Griechen diente der Begriff des „Abendlandes“ als ideologischer Kampfbegriff zur Unterwerfung der asiatischen Völker; die europäischen Kreuzritter des Mittelalters richteten im Namen des mittlerweile christlichen Abendlandes ein Blutbad nach dem anderen im heidnischen Morgenland an und in der neueren Zeit wurde das christliche Abendland blutrünstig gegen das erstarkende Rußland bzw. gegen den Kommunismus in der Sowjetunion vorwärtsverteidigt!

Die modernen Kreuzritter des christlichen Abendlandes im Gewand der Wissenschaft treten mit ihrem rassistischen Bekenntnis sicherlich in die Fußstapfen dieser Tradition. Das gesamte Heidelberger Manifest ist eine Kriegserklärung, nicht nur gegen die Ausländer in der BRD, sondern gegen alle Demokraten. Denn wenn dieses sozialdarwinistische und rassistische Gedankengut erst einmal große Teile der Bevölkerung ergreift, dann ist die reaktionäre oder auch faschistische Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Krise der Gesellschaft nicht mehr fern, dann ist die nächste Katastrophe nicht nur des deutschen Volkes vorausprogrammiert. Die im Heidelberger Manifest beschworenen „bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften“ haben überhaupt nichts mit der Anwesenheit von Ausländern und dem Miteinanderleben verschiedener Völker und Kulturen zu tun – sie werden allein von solchen verkommenen Ideologen und ihren Hintermännern verantwortet.

Besondere Verantwortung, um dieser Volksverhetzung im Namen der Wissenschaft entgegenzutreten, trifft die Wissenschaftler selbst. Wer diesen rassistischen Schund als erlaubte Meinungsäußerung durch die Freiheit von Forschung und Lehre bzw. allgemein durch die Meinungsfreiheit gedeckt sieht, muß sich den Vorwurf der indirekten Komplizenschaft gefallen lassen. Diese Freiheiten finden nicht zuletzt dort ihre Grenze, wenn ganz offenkundige Lügen und reaktionäre Ideologien, die jeglichen wissenschaftlichen Gehalt entbehren, im Namen der Wissenschaft verbreitet werden, und die nur der Zerstörung der begrenzten Zahl demokratischer Errungenschaften in dieser Republik dienen. Schließlich ist das deutsche Volk erst vor knapp 50 Jahren mit denselben angeblich als wissenschaftlich erwiesenen Ideologien zu faschistischem Massenmord und in imperialistische Eroberungsfeldzüge gehetzt worden.

„So sehr ich bedauere, daß Prof. Schröcke das sogenannte Heidelberger Manifest unterzeichnet hat, ist das Manifest selbst nicht rechtswidrig und leben wir in einer freien Gesellschaft, in welcher die Freiheit der Meinung grundsätzlich geschützt ist.“

Nikolaus Lobkowicz, Präsident der Universität München, der dies brieflich dem Münchener Arbeitskreis Mehr Ausländer an die Hochschulen mitteilte, ist in seinem Kampf für eine „freie Gesellschaft“ nicht allein. Auch der NHB, Studentenorganisation der NPD, sammelt als Studentische Initiative für Meinungsfreiheit (Kontaktadresse ist das Münchener NPD-Büro) Unterschriften:

„Ich verteidige mit meiner Unterschrift das Recht des Prof. Schröcke, in Freiheit und ohne Benachteiligung seine Meinung zu vertreten, an jedem Ort und zu jedem Zeitpunkt.“ Wenn das Schröcke und seine Gesinnungsfreunde weiterhin ungehindert tun, dann ist es um die Freiheit von Demokraten und Antifaschisten bald schlecht bestellt.

Es ist erfreulich, daß sich an einer Reihe von Universitäten wie in Dortmund, Bochum, Frankfurt, München und anderswo Wissenschaftler gefunden haben, die sich in verschiedenen Erklärungen gegen den Mißbrauch der Wissenschaft im Dienste des Rassismus wehren. Auch der Rektor der Universität Bochum, K. Ipsen, distanziert sich „in aller Form und aller Schärfe“ von den Ansichten eines Schmidt-Kaler's. Es bleibt zu hoffen, daß diese Wissenschaftler über die verbale Distanzierung hinaus auch dahin finden, kontinuierliche Aufklärung der Öffentlichkeit zu leisten, damit der wachsenden Ausländerfeindlichkeit mit all ihren Konsequenzen der ideologische Boden entzogen wird. Beispielsweise planen in Bochum und Dortmund Unterzeichner von Gegenerklärungen für das Wintersemester Ringvorlesungen zu Inhalt und Hintergründen der gegenwärtigen ausländerfeindlichen Strömungen.

Für die Universitäten, wo sich die „wissenschaftlichen“ Propagandisten des Rassismus aufhalten, dürfte die Aufgabe auch klar sein: Wenn sich die „verantwortungsbewußten deutschen Professoren“ nicht schleunigst von all diesen Machenschaften distanzieren und dies in aller Öffentlichkeit erklären – was wenig wahrscheinlich sein dürfte – dann sind sie für die Universitäten untragbar geworden!

Das Netz

Anhand der Liste der 16 „verantwortungsbewußten deutschen Professoren“ und ihrer Verbindungen ließe sich eine nahezu vollständige Analyse des schwarz-braunen Sumpfes in der BRD in seinen Zusammenhängen mit der internationalen Rassistszene erarbeiten. Dies kann jedoch nicht Sinn und Zweck dieser Dokumentation sein. Man würde dabei auch einer bewußt eingesetzten Taktik der

reaktionären Kreise auf den Leim gehen, sich nämlich möglichst zersplittert in der Öffentlichkeit zu zeigen. Ziel der Darstellung des Netzes einschlägiger Beziehungen soll, neben der Ausleuchtung des braunen Hintergrundes des so seriös erscheinenden Heidelberger Manifestes zu dessen politischer Einordnung, die Herausarbeitung des inneren Zusammenhangs der Rechten aller Schattierungen und der Kontinuität der wissenschaftlichen Begründungsversuche von Rassismus und Chauvinismus sein.

Es werden auch nicht alle der insgesamt 16 Professoren Erwähnung finden. Sie sind zwar nicht alle in einschlägig bekannten Rechtskreisen aufgetreten, so genügt doch zu ihrer politischen Einordnung, daß sie ihre Unterschrift unter diesen rassistischen Schmutz gesetzt haben und bisher allesamt "mannhaft" dazu stehen, obwohl die Hintergründe des Manifests bekannt sind. Durch die sprachliche Umarbeitung des Manifests versuchen sie vielmehr denselben Inhalt taktisch geschickter zu verkaufen.

Auch wenn sich unter den Unterzeichnern eine Reihe von betagten und bereits emeritierten Professoren befindet, die man nicht leichtfertig als Ewiggestrige verharmlosen sollte, so sind genügend Namen darunter, die an den einzelnen Unis leitende Funktionen innehaben, wie Schmidt-Kaler (Direktor des Astronomischen Instituts), Schröcke (Abteilungsvorstand an der Uni München), Illies (Leiter einer Forschungsstation des Max-Planck-Instituts für Limnologie), Manns (stellvertretender Abteilungsdirektor) oder Schürmann (Direktor der Neurochirurgischen Uniklinik Mainz).

Der Drahtzieher in München

Als treibende Kraft im Heidelberger Kreis neben Schmidt-Kaler finden wir Prof. Dr. rer. nat. Dipl.-Geol. H. Schröcke, seines Zeichens Abteilungsvorstand im Institut für Kristallographie und Mineralogie an der Universität München. Unter seinem Namen unterhält der bekannte Schutzbund ein Postfach in Heidelberg.

Bereits im Januar 1980 verbreitete Schröcke in einem Leserbrief an die FAZ seine „wissenschaftlichen“ Ergüsse, die sich fast wörtlich im Heidelberger Manifest wiederfinden: „Der Begriff 'Volk' lässt sich heute naturwissenschaftlich definieren: 'Völker sind (kybernetisch und biologisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch weitergegeben werden'. Dabei sind auch die nicht körperlichen Eigenschaften eingeschlossen, die genauso vererbt werden, wie die körperlichen (die Milieu-Theorie ist wissenschaftlich falsch) ...“ (FAZ, 22. Jan. 1980).

[Zeitungsausschnitte/Schlagzeilen: Die Enthüllungen des Münchener Arbeitskreises]

„Die endgültige Zerstörung unseres Volkes geschieht also durch die Vermischung ... Maßlos aber ist das heutige System der Ver fremdung, denn es sorgt für die zeitlich unbegrenzte automatische Vermehrung extrem Fremder und die Verminderung der Deutschen im eigenen Land. Unser Volk ist damit in seiner Existenz schlechthin bedroht. (...) Wenn die Mächtigen sehen, daß sich ein Wille zum Widerstand röhrt und auszudrücken versteht, wird mancher von ihnen umschwenken, denn noch sind die Deutschen in Westdeutschland in der Mehrheit und könnten ihre wirklichen Lebensinteressen wieder entdecken.“

Mit solchen Tönen röhrt Schröcke die Werbetrommel für das Heidelberger Manifest, das er übrigens schlicht für die „wissenschaftliche Wahrheit“ hält und für das er seinerseits unter Kollegen Unterschriften sammelt. Er vertreibt an Kollegen und Studenten auch die Broschüre „Bevölkerungsentwicklung in West-Deutschland-Gefahr und Ausweg“ vom Juni 1981, aus der obige Zitate entnommen sind, und als deren Autor ein gewisser Dipl. Ing. Hubert Dröscher verantwortlich zeichnet.

Diplom-Ingenieur Dröscher macht kurzen Prozeß

Eine Kurzfassung dieser Broschüre findet sich in der Zeitschrift Nation Europa 12/1981, S. 23 (im Folgenden NE) unter dem Titel „Deutschland droht der Volkstod“. In Broschüre und Artikel steht für Dröscher außer Zweifel, daß sich überall „Tendenzen zur Auflösung der Völker und Nivellierung völkischer Unterschiede und Eigenarten“ finden lassen, zu allererst in „Rest-Deutschland“. Bei einer Hochrechnung der gegenwärtigen Geburtenrate ist für Dröscher erwiesen, daß im Jahr 2100 das deutsche Volk de facto am Aussterben ist, weil gerade noch jährlich 50 000 Deutsche anstatt der 900 000 notwendigen geboren werden. Dies alles ist Ausdruck der „Lebensverneinung der Deutschen“; der die „Lebenskraft der Einwanderer“ gegenübersteht. Diese „Fremdarbeiter“; wie Dröscher die ausländischen Arbeiter bezeichnet (womit er zeigt, wie geläufig ihm das Vokabular der alten Nazis ist), zusammen mit anderen Einwanderungsgruppen („Selbständige aller Sparten: Gastwirte, Händler, Handwerker und Ärzte, deretwegen der numerus clausus für die deutschen Studenten gedrückt wird“; Bevölkerungsentwicklung ..., S. 7) sind nun die eigentliche Ursache allen Übels: denn „sie finden sich hier in Kolonien wieder, vermehren sich und kämpfen erfolgreich um ihren Anteil an unserem (!) Erbe“ (ebda. S. 7).

Fazit: Weil die Deutschen immer weniger werden, kommen immer mehr Ausländer wegen der weltweiten Bevölkerungsexplosion nach Deutschland als dem gelobten Land und füllen das von den Deutschen hinterlassene Vakuum auf.

[Bild3. Grafik: „Die Westdeutschen im Meer der Fremden versunken“]

„Die Rassenvermischung im Gefolge der ‘Integration’ ist der biologische Vollzug der Vernichtung unseres Volkes.“ (Dröscher: Das Deutsche Volk-zum Abbruch freigegeben?.NE, 1981).

„Die endgültige Zerstörung unseres Volkes“ besorgen die ausländischen Eindringlinge durch Vermischung mit den Deutschen und die Vernichtung deutschen Erbgutes. „Unter Berücksichtigung des westdeutschen Geburtenabfalls und der institutionalisierten Aufstockung durch Fremde bedeutet das, daß in 80 Jahren nur noch sehr wenige junge (reinrassige; der Verf.) Deutsche zur Heirat untereinander übrig bleiben werden.“ (ebda. S. 12).

Zur Bekämpfung dieser Gefahr hat Dröscher ein sehr bekanntes Rezept bereit: man schmeiße die Ausländer einfach raus und lasse keine neuen mehr herein:

„Auf friedlichem Wege geht es nicht anders: Die in der Menschheitsgeschichte bewährten natürlichen Zuordnungen der Dinge müssen wieder hergestellt werden. Jedes geschichtlich gewachsene Volk muß Recht und Pflicht zurückerhalten, für sich selbst zu sorgen, bevor es sich von anderen aushalten läßt oder diese aushält.“ (NE 12/81 S. 27).

Und die Mittel hierfür:

„Die Ausländer müssen aus dem Generationenvertrag des deutschen Volkes wieder entlassen werden“, erhalten ein paar Versicherungsbeiträge wieder zurück und werden nach Hause geschickt. „Der in der Welt einmalige, weil maßlose Asylparagraph 116 b des GG muß ersatzlos gestrichen werden.“ Dann würde in Deutschland wieder Glück und Frieden einkehren, denn wenn die Fremden endlich weg sind, dann hätten „die Deutschen ... mit der Notwendigkeit, eigene Kinder haben zu müssen, auch schnell die Einsicht zurückgewonnen und alles, was an Zeit, Achtung, Raum und Geld dazugehört.“ (ebda. S. 28).

So einfach ist das alles und daher sollte nur „diese eine Frage von nun an unser Land umtreiben: Wie können wir unser Volk retten?“ (ebda.)

Die Antwort darauf ist einfach zu finden: Sie steht auf der nächsten Seite in Form des Heidelberger Manifestes 1981, das dort, garniert mit einem Zitat des Papstes, im vollen Wortlaut abgedruckt mit dem ausdrücklichen Zusatz versehen ist, „zur Erhaltung unseres Volkes, seiner Sprache, Kultur und Lebensweise einen Dachverband zu gründen.“ (ebda. S. 30).

Diese Zusammenfassung der Ausführungen Dröscher's gibt die Grundzüge der Argumentation innerhalb der gesamten Rechten wieder, die sich propagandistisch zusehends auf die Ausländer einschießt. Vieles davon liest sich wie eine Erläuterung zum Heidelberger Manifest.

Die geistigen Waffen im Kampf auf Leben und Tod

Bereits August 1980 veranstaltete die Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) einen Kongreß zum Thema: „Die Zukunft des deutschen Volkes aus biologischer und politischer Sicht“, auf dem Dröscher das Einleitungsreferat mit den bereits oben dargestellten Untergangsvisionen hielt. Bereits zu dem Zeitpunkt forderte Dröscher: „Wie man es auch dreht und wendet, wenn wir einigermaßen überleben wollen, müssen die Fremden hinaus, so daß wir allein auf eigenen Nachwuchs angewiesen sind. (...) In weniger als zwei Menschenaltern, und das ist für ein Volk nicht lange, wird es und der Menschenschlag, dem es angehört, (gemeint ist offenbar die gesamte weiße Rasse; der Verf.) im Meer der Fremden endgültig ertrunken sein, wenn wir heute klein beigegeben. Wir brauchen deshalb einen Bund zur Erhaltung des Deutschen Volkes!“ (Dröscher, Der Geburtenabfall der Deutschen, NE, 11,12/80)

Dieser Kongreß der GfP stellte offenbar das erste konzentrierte Bemühen der äußersten Rechten dar, in Sachen Ausländer Raus die Kräfte zu sammeln und die Initiative für die Schaffung einer Dachorganisation, dem späteren Schutzbund, zu ergreifen.

„Die Abwehr der afroasiatischen Invasion ist eine europäische Aufgabe. Die geistigen Waffen für diesen Kampf auf Leben und Tod bereitzustellen, war die Aufgabe, die sich der Kongreß 1980 der GfP gestellt hat.“

Dies schrieb Peter Dehoust, Herausgeber von Nation Europa, in der fast sämtliche Referate des Kongresses in der Ausgabe 11,12/1980 veröffentlicht wurden. Die geistigen Waffen wurden als so scharf angesehen, daß von dieser Doppelnummer eine Sonderauflage hergestellt und davon gleich „vorab 2000 Hefte an Meinungsmultiplikatoren und mutmaßliche Interessenten“ verschickt wurden.

Ein sicherlich nicht zu unterschätzendes

Multiplikatorenengremium ist jene Gesellschaft für freie Publizistik, die 1960 als Koordinationsinstanz für die gesamte neofaschistische Verlagstätigkeit u.a. von Kurt Ziesel gegründet wurde. In der GfP ist alles, was in der rechtsradikalen Verlegerschaft Rang und Namen hat, vertreten; u.a. sind oder waren Mitglied:

Kurt Ziesel, NSDAP-Mitglied, Mitarbeiter des völkischen Beobachters, Strauß-Intimus, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der von Alt- und Neufaschisten durchsetzten Deutschlandstiftung, Herausgeber des Deutschland-Magazins, Organ des rechten CDU/CSU Flügels
Kurt Vowinkel, während der NS-Zeit Vorsteher des Börsenvereins des deutschen Buchhandels; Inhaber des Vowinkel-Verlags, der auf die Herausgabe von Nazi-Material spezialisiert ist.

Dr. Gerd Sudholt, Kreisverbandsvorsitzender der NPD; Leiter des größten rechtsextremistischen Verlags der BRD, des Druffel-Verlags in Leoni am Starnberger See; Herausgeber der Klüter Blätter, Sprachrohr des Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes (DKEG), der mit Hilfe der Industrie gegründeten und bedeutendsten Organisation neofaschistischer Kulturarbeit

Dr. Gerhard Frey, seit 1958 Herausgeber und Chefredakteur der Deutschen National-Zeitung, Mitgesellschafter des Nation-Europa-Verlages; Gründer und Vorsitzender der Deutschen Volksunion (DVU, neben der NPD der größten rechtsradikalen Organisation); politische und finanzielle Unterstützung der Wehrsportgruppe Hoffmann.

Erich Kern(mayr), Herausgeber der Deutschen Wochenzeitung
Peter Straßner, Schriftleiter des SS-HIAG-Organs Der Freiwillige
Waldemar Schütz, Herausgeber der Deutschen Wochen-Zeitung
Dr. Rolf Kosiek, (s.u.)
Peter Dehoust, (s.u.)

Entscheidende Funktion kommt der GfP-neben der regelmäßigen Veranstaltung von Kongressen, die den 2. Weltkrieg verherrlichen und den Hitlerfaschismus rehabilitieren sollen-als Verbindungsgremium in die CDU/CSU hinein zu. Theodor Oberländer, CDU (s.u.) wie Emil Franzel CSU, Chefredakteur des

Bayernkuriere waren Mitglieder; 1976 hielt CDU -MdB Hans Wissebach eine Rede auf dem GfP-Kongreß.

Bei der Schürung von Ausländerhaß und Verbreitung von rassistischem Gedankengut spielt sie sicherlich eine bedeutende Rolle, genauso wie die Zeitschrift Nation Europa, die in letzter Zeit regelmäßig Hetzartikel gegen Ausländer veröffentlicht, und unter der Rubrik „Neues von der Überfremdungsfront“ laufend Katastrophenstimmung erzeugt.

Die Freiheit der „Auschwitzlüge“

Die Zeitschrift Nation Europa ist im wahrsten Sinne des Wortes auch kein unbeschriebenes Blatt. Laut Pressedienst Demokratische Initiative ist Nation Europa als ein führendes Organ der europäischen Faschisten einzuschätzen, das kurz nach dem 2. Weltkrieg von Arthur Erhardt, einem ehemaligen Offizier der Waffen-SS gegründet wurde. Der jetzige Herausgeber und verantwortliche Schriftleiter Peter Dehoust ist auch kein Unbekannter als langjähriges Mitglied des Landesvorstandes der NPD in Bayern, NPD-Kreisvorsitzender in Coburg und ehemaliger Chefideologe des 1962 verbotenen Bund Nationaler Studenten. 1978 fusionierte Dehoust seinen Deutschen Studenten-Anzeiger mit dem seither in 60.000 Auflage verbreiteten Rechtsblatt student, um allen „linkstotalitären Kräften an unseren Universitäten“ wirkungsvoll den Kampf anzusagen und zugleich „alle zukunftsorientierten nationalen und konservativen Kräfte zu einen“.

[Anzeige: Solidarität mit Weiß-Afrika, Hilfskomitee Südliches Afrika, D-8630 Coburg, Postfach 851, Konto: Deutsche Bank Coburg Nr. 85/44447]

Zudem ist Dehoust Mitinitiator des Hilfskomitees Südliches Afrika, das mit dem Slogan „Solidarität mit Weißafrika“ offen zur Unterstützung des südafrikanischen Rassistenregimes und des „deutschen Volkstums“ in (Deutsch-)Südwest-Afrika aufruft. Selbst der Verfassungsschutz kommt nicht umhin, dieses saubere Komitee als rechtsextrem einzustufen, obgleich reihenweise CDU/CSU-Mitglieder auf Kongressen des Hilfskomitees auftauchen.

Nation Europa ist nicht nur Propaganda-Organ dieses Rassistenkomitees, es führt auch so berüchtigte Autoren wie den ehemaligen Pressereferenten und persönlichen Adjutanten des Nazi-Propaganda-Ministers Goebbels, Wilfried von Oven, der aus seinem südamerikanischen Exil verständlicherweise ganze Lobeshymnen auf das hohe „Verantwortungsgefühl gegenüber der Gemeinschaft“ der südamerikanischen Militärs ausbringen darf (NE, 10/79). Bemerkenswert sind auch solche Autoren wie Hans-Georg von Studnitz, dessen Machwerke regelmäßig im Bayernkurier der CSU und im Deutschland-Magazin erscheinen.

Besonders bemüht ist Nation Europa in enger Zusammenarbeit mit der GfP, die darüber eigens einen ihrer berüchtigten Kongresse abhielt, eine neue Dolchstoßlegende zu konstruieren: Demnach hätte das heldenhafte Deutschland den 2. Weltkrieg nur durch den gewissenlosen Widerstand einiger vaterlandsloser Gesellen verloren, die in der Stunde höchster Not Deutschland in den Rücken fielen. Nicht mehr verwundern darf daher, daß in Nation Europa von der „6-Millionen-Lüge“ gesprochen wird. Einen eigenen Beitrag widmet Nation Europa dem Thema: „Die Meinungsfreiheit – ein liberales Grundrecht“. Dieser, ursprünglich als Referat auf einem Kongreß der GfP am 14./15.11.1981 gehaltene Beitrag hat die Verteidigung einer ganz speziellen Meinungsfreiheit zum Zweck, der Freiheit nämlich, ungestraft und unbehindert den Begriff der „Auschwitzlüge“ verbreiten zu dürfen.

Die Kontinuität eines Rassenbiologen

Ein zweiter prominenter Unterzeichner des Heidelberger Manifestes, Prof. em. Dr. med. Schade (Spezialgebiete Humangenetik, Bevölkerungsbiologie und Anthropologie) aus Düsseldorf, ist seit

nunmehr 50 Jahren eifrig darum bemüht, die „geistigen Waffen im Kampf auf Leben und Tod“ zu schmieden. Dazu konnte er bereits 1935 am Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene an der Universität Frankfurt einschlägige Erfahrungen sammeln. Unter der Leitung von Otto Freiherr von Verschuer, einem der führenden Rassenbiologen und Schreibtischträger des Dritten Reiches, arbeitete an diesem Institut als Assistent auch der Arzt Mengel, dem die Fortsetzung der am Institut betriebenen Zwillingsforschung im KZ Auschwitz den Beinamen Schlächter von Auschwitz einbrachte.

Schade landete auf einem nicht weniger rühmlichen Posten, bei der Wehrmacht als Chefarzt und Kompaniechef. 1952 tauchte Schade an der Seite von Prof. O. v. Verschuer als Dozent und 1954 als apl. Prof. an der Universität Münster aus der Versenkung wieder auf. Seine mit 150 Veröffentlichungen sehr arbeitsreiche Laufbahn im Dienste der Rassenhygiene krönte Schade 1966 mit dem Posten als Direktor des Instituts für Anthropologie und Humangenetik an der Universität Düsseldorf.

Schade wurde in den 50er Jahren auch bald Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie, deren Mitglieder 1948 dort weitermachten, wo sie 1945 eine kleine Arbeitspause einlegen mußten. Die Großzahl der führenden Rassenbiologen, Erbforscher und Rassenhygieniker wie O. v. Verschuer, E. v. Eickstedt, I. Schwidetzky, G. Just, E. Kretschmer, Ph. Lersch, B. Burgdörfer, um nur einige der bekanntesten zu nennen, kamen ab 1947 wieder zu Ordinarien-Würden an deutschen Universitäten. Von Eickstedt, späterer Vorsitzender der Gesellschaft, besaß in seinem einführenden Vortrag auf dem ersten Nachkriegstreffen der deutschen Anthropologen 1948 die bodenlose Frechheit, die Anthropologen bzw. vormaligen Erbforscher und Rassenhygieniker als Widerstandskämpfer und einsame Warner hinzustellen, die vor der politischen Übermacht und der geballten Unwissenheit des Volkes kapitulieren mußten – ein Eickstedt, der beispielsweise 1934 in seiner Schrift „Rassische Grundlagen des Deutschen Volkstums“ die Grundlage für die Zwangssterilisierung und letztlich auch für den organisierten Massenmord an psychisch Kranken, Behinderten, Straffälligen und anderen als minderwertig angesehenen Menschen, das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, ausdrücklich als rassenhygienische Maßnahme begrüßte!

Erbbiologische Bestandsaufnahmen als Grundlage faschistischer Rassehygiene

In dieser Gesellschaft der wissenschaftlichen Pharisäer, die bis in die 50er Jahre hinein das noch unter dem Hitlerfaschismus gesammelte Material z.B. über die Rassenkunde Schlesiens oder die Rassenbildung in Holland auswertete, faßte unser Prof. Schade offenbar schnell wieder Fuß. Auch er veröffentlichte 1950 unter dem Titel „Ergebnisse einer Bevölkerungsuntersuchung in der Schwalm“ eine sog. „erbbiologische Bestandsaufnahme in der Schwalm“, die er bereits 1944 verfaßt hatte, aber nicht mehr veröffentlichten konnte. Diese Studie, deren Daten von 1935 bis 1938 erhoben wurden, ist durch und durch mit dem Geist der nationalsozialistischen Rassenideologie getränkt. Angefangen bei psychischen Erkrankungen über Alkoholismus, Kriminalität, Schwachsinn bis hin zu körperlichen Erkrankungen ist alles vererbbar:

„Es ließ sich feststellen, daß Einwohner benachbarter Orte in der Schwalm im Gesamtbild sich körperlich, geistig sowie im sozialen Verhalten deutlich unterscheiden, Unterschiede, die sich bis auf die durchschnittliche Höhe der Begabung, die Verbreitung geistiger hervorstechender Eigenschaften und auch Abwegigkeiten wie Kriminalität und Alkoholismus erstrecken, und daß diese Unterschiede auf der Ausbreitung einiger weniger Familien im Ort beruhen können.“ (ebda., S. 420, in: Abhandlungen der mathematischen-naturwissenschaftlichen Klasse, 1950, Nr. 16).

Solche „erbbiologischen Bestandsaufnahmen“ sollten offensichtlich als Grundlage für gezielte „rassenhygienische“ Maßnahmen im Sinne des oben erwähnten Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses dienen.

In dem 1934 erschienenen NS-Standardwerk „Erblehre und Rassenhygiene im völkischen Staat“ von E. Rüdin, in dem Anweisungen für die praktische Umsetzung der faschistischen Rassenpolitik und des Sterilisierungsgesetzes gegeben wurden, steht über den Zweck solcher Bestandsaufnahmen:

„Jeder Mensch ist als Volksgenosse nur soviel wert und kann nur insoweit Anspruch auf Betätigung und Geltung innerhalb der Gesamtheit erheben, als er seinem Volke in Gegenwart und Zukunft, sozial und blutmäßig, nützt, zumindest aber nicht schadet. Dem Bestand an guter und schlechter Erbmasse nicht bloß im Einzelleben, sondern im Gesamtvolke kommt damit schlechthin ausschlaggebende,

entscheidende Bedeutung zu für die Erhaltung der Kraft, Leistungshöhe und Weltgeltung der Nation. (...) Damit ist gesagt, was der Staat (...) an Unterlagen biologischer Art braucht, um eine zielsichere, rassenhygienische Gesetzgebung aufzubauen: er benötigt den schon erwähnten erbbiologischen Kataster der Gesamtbevölkerung." (ebda. S. 334 f).

Am deutschen Wesen soll die Welt genesen !

Einen leisen Nachgeschmack der Arbeiten Schade's (und Vorgeschmack auf Kommendes) kann man seinem 1974 im Vowinkel-Verlag, einem einschlägig bekannten Neo-Nazi-Verlag, veröffentlichten wissenschaftlichen Machwerk mit dem Titel ‚Völkerflut und Völkerschwund.

Bevölkerungswissenschaftliche Erkenntnisse und Mahnungen" entnehmen. Hier weiß er zu berichten:

,Auch durch den Untergang des Deutschen Reiches als Staatsform ist trotz großer Menschenverluste die biologische Substanz des Volkes keineswegs so getroffen, daß nicht alle geistigen und kulturellen Möglichkeiten offenständen." (S. 52).

Wie beruhigend diese Tatsache auch sein mag-hinzukommt die angesichts zweier, von deutschem Boden ausgehender Weltkriege gewiß nicht unbescheidene Erkenntnis von Deutschland als ‚dem ältesten kulturellem Kernland Europas'-, umso alarmierender waren für Schade schon 1974 die Anzeichen der ‚kulturellen und biologischen Selbstaufgabe" (S. 108) der Deutschen angesichts ihrer Gebärungswilligkeit gegenüber der steigenden Zahl von äußerst gebärfreudigen Ausländern.

,Ein Rückgang der deutschen Bevölkerung um 1 % jährlich würde zu einem zunehmenden Bevölkerungsschwund und zu einer Umvolkung führen, der an Schnelligkeit den Entvölkerungsprozeß antiker Weltstädte noch übertrifft" (S. 96).

,Bei den augenblicklichen Geburtenverhältnissen im deutschen Raum würde es nach ein bis zwei Generationen ein so erhebliches Defizit geben, daß ein Vakuum in Mitteleuropa entstünde. Natürlich würde es sich mit Ausländern auffüllen." (S. 108). Diese Schlußfolgerung hat sich der Herr Dröscher wohl sehr aufmerksam durchgelesen!

[Bild4. Cartoon: Wandergruppe (Familie) besucht eine geologische Grabungsstätte. Die Erdschichten sind mit Jahresangaben versehen. Die Schicht mit Totenschädeln trägt die Zuordnung ‚1933-1945'. Der Familienvater sagt: ‚Seht her Kinder, dort könnt ihr wunderbar die Kulturschichten erkennen.']."]

Hinzu kommen noch unausweichliche politische Krawalle mit den Ausländern, denn: ‚In jedem Falle müssen diese Bevölkerungsgruppen eine politische Frontstellung gegenüber der ursprünglichen Bevölkerung einnehmen, weil sie glauben, daß sie sich tatsächliche oder vermeintliche Rechte erkämpfen müssen" (S. 87). Dieses scheint dem Herrn Schmidt-Kaler besonders eingeleuchtet zu haben.

Wenn die Deutschen der biologische ‚Kulturtod" ereilt und zugleich die Bevölkerung anderer Länder explodiert, wird's um die ganze Welt schlecht bestellt sein:

,Man kann mit einer Verschiebung des Anteils der westlichen Welt, fast 30% der Weltbevölkerung im Jahr 1960, auf nur noch 18% im Jahr 2000 rechnen. Es ist dabei an den relativen Rückgang des geistigen Potentials, aber auch an die relativ geringen finanziellen Hilfsmöglichkeiten zu denken. - Wenn schon heute die sozialistische östliche Welt auf Entwicklungshilfe (Kredite, Industrielieferungen, Kenntnisse = know how) angewiesen ist, wie soll dann eine noch eventuell weitgehend sozialisierte westliche Welt als Minderheit die zunehmenden Schwierigkeiten bestehen können!" (S. 59).

Ja, an wessen Wesen soll dann die Welt genesen, wenn die Deutschen mit ihren Qualitätswaffen und treuen Landsmännern nicht mehr sind? Schöner und zeitgemäßer kann man einen wissenschaftlich begründeten Rassismus und Chauvinismus nicht mehr formulieren! Übrigens-diese Formulierungen dienten über 20 Jahre als Grundlage für eine Vorlesung über Bevölkerungsbiologie an den Universitäten Münster und Düsseldorf!

Nachdem Schade offenkundig seine Rassenideologie unter dem Deckmantelchen der Wissenschaft 50 Jahre lang über die Runden rettete, darf es uns nicht mehr verwundern, daß er als der geistige

Initiator des oben schon dargestellten Kongresses der GfP „Die Zukunft des deutschen Volkes aus biologischer und politischer Sicht“ gilt.

„Die Anregung zu diesem Thema verdanken wir Prof. Schade. Ohne seine Vorarbeiten und seine Mitwirkung wäre es nicht möglich gewesen, diese Veranstaltung in dieser Form durchzuführen.“ (NE, 11, 12/80, S. 125).

So der Vorsitzende der GfP G. Sudholt in seinem Schlußwort. Man kann aus diesen Worten auch ungefähr erahnen, welche Funktion und welchen ideologischen Einfluß die Deutsche Gesellschaft für Anthropologie auf die Entwicklung der neofaschistischen Kreise in der BRD ausgeübt hat!

Schade referierte auf dem GfP-Kongreß unter dem Thema: „Vererbung geistiger Eigenschaften“, abgedruckt in NE 11,12/80, den geballten Schwachsinn des modernen Sozialdarwinismus, der hauptsächlich in der Psychologie angehäuft wurde. Nachdem nahezu sämtliche Lebensäußerungen des Menschen laut Schade zum wesentlichen Teil genetisch determiniert sind, kommt er zu dem, jegliche Logik entbehrenden, dafür umso mehr Demagogie beinhaltenden, Schluß:

„Wenn es Unterschiede erblicher Art zwischen Einzelpersonen gibt, folgert daraus, daß die Verteilung der Gene und damit auch die der Eigenschaften in den einzelnen Bevölkerungen verschieden sein muß.“ (S. 41). Daraus wiederum folgt:

„Je stärker die soziale Siebung ist, umso mehr besteht die Gefahr, daß die Gesellschaft zu einer echten biologischen Klassengesellschaft wird.“ (S. 45).

Was zu beweisen war, nämlich, daß die bestehende Klassengesellschaft nichts anderes als ein Naturgesetz ist.

Bei soviel Geistesgröße ist Prof. Schade ein international begehrter Mann. So ist er beispielsweise wissenschaftlicher Beirat der englischen Zeitschrift *Mankind Quarterly*. Der Charakter dieser Zeitschrift entlarvt sich bei näherer Betrachtung ihres deutschsprachigen Gegenstücks, der so seriös und naturwissenschaftlich auftretenden Zeitschrift *Neue Anthropologie*, in der sich Schade bereits 1976 über den „Geburtenschwund in Deutschland-verschiedene Argumente und Tatsachen“ ausließ.

Die Neue Anthropologie im Dienste des alten Rassismus

Die Zeitschrift *Neue Anthropologie* wird von der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung herausgegeben und verdient insofern nähere Betrachtung, als sie für den deutschsprachigen Raum als das theoretische Organ der internationalen rassistischen und faschistischen Szenerie gelten kann. Jene Gesellschaft führte bis 1972 den wesentlich eindeutigeren Namen Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitspflege.

Die Aufgabe der Neuen Anthropologie (NA) besteht ganz offensichtlich darin, dem Rassismus in allen seinen Schattierungen die nötige pseudowissenschaftliche Legitimation zu verschaffen. Da schreckt man auch nicht davor zurück, Arbeiten aus der NS-Zeit zu veröffentlichen, beispielsweise den Artikel „Rassenpsychologie“ aus dem Jahr 1943 von H. Burkhardt, einem ehemaligen Mitarbeiter von Schade am Frankfurter Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene (NA, 4/1979, S. 77).

Angesichts fortschreitender „erbäßiger Degeneration und Verproletarisierung“ der Menschheit-früher nannte man dies Entartung-denkt H. Brockmann in seinem Artikel „Erbgesundheitspolitik-ein brennendes Problem“ (NA, 4/1980, S. 83) offen darüber nach, daß es Zeit wäre, mit energischen Maßnahmen, „wertvolles Erbgut“ vor dem genetischen Verfall zu retten. Einen anderen Vorschlag hat J. E. Bolliger in seinem Beitrag „Über den Nutzen der Rassenwissenschaft“ parat: Weil immer mehr Ehen an den inneren Rassengegensätzen scheitern (!), sollten sich doch Ehewillige zuvor von einem Rassenbiologen beraten lassen (NA, 2/1978, S. 44).

Wes Geistes Kind dieses wissenschaftliche Machwerk ist, entnimmt man am besten einem kurzen Überblick über Herausgeber und den sogenannten Wissenschaftlichen Beirat.

Als verantwortlicher Redakteur zeichnet Jürgen Rieger, der sich erst vor kurzem wieder als Verteidiger im Hamburger Prozeß gegen den SS-Verbrecher und Polizeiführer von Warschau Arpad Wigand einen Namen gemacht hat. „Dabei verstieg der Nazi-Anwalt sich zu der Behauptung, daß das Warschauer Getto nicht aus rassistischen Gründen errichtet wurde, vielmehr habe die Typhus-Epidemie von 1942 dadurch eingedämmt werden sollen. Der Schießbefehl sei gegen außerhalb des Gettos angetroffene jüdische Menschen als rigorose Abspermaßnahme zu verstehen. Mord, so Rieger, könne es jedenfalls nicht sein, `wenn für das Überleben von Zehntausenden einige Hundert erschossen werden'." (Hamburger Rundschau, Dez. 81).

Diese bodenlose Verhöhnung der Opfer des Nazi-Regimes ist bis heute ohne Folgen geblieben, obgleich Rieger schon lange als eingefleischter Rassist („Es ist unbestreitbar, daß einige Rassen mehr zu Verbrechen neigen, als andere ...“, oder: „Es kann festgestellt werden, welche Rasse für bestimmte Aufgaben besser geeignet ist – die Weißen z.B. in Berufen, wo Intelligenz verlangt wird, die Neger im Show-Business.“) und als militantes Mitglied der Neo-Nazi-Szene bekannt ist (1974 wurde er wegen Körperverletzung zu 3500 DM Geldstrafe verurteilt, nachdem er auf Bürger eingeschlagen hatte).

Neben dem Mitwirken Rieger's in der rechtsradikalen Aktion Oder Neiße und in der Aktion Widerstand gegen die Ostpolitik der Brandtregierung („Brandt an die Wand!“) begründete er 1970 den CSU-Freundeskreis Hamburg. Offensichtlich hatte er Strauß sehr gut verstanden, der damals die „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes“ ausgerufen hatte und über den Inhalt dieser Sammlungsbewegung äußerte: „Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind – mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein!“ (zit. nach Spiegel 12/1980).

Daß diese Hilfstruppen ihrerseits keinerlei Zimperlichkeit an den Tag legten, ist einem Rundschreiben des CSU-Freundeskreises Köln zu entnehmen: „Wir gehen in den aktiven Widerstand mit allen verfügbaren Mitteln... . Strauß muß an die Macht. Wir müssen ihm die Macht erzwingen, so oder so... . ‘Bayernkurier’ und ‘National-Zeitung’ bleiben unsere Hauptorgane. In ihnen wird die Richtung angegeben... .“ (zit. nach konkret, Nov. 1980).

In die richtige Richtung sollte dann auch die unter Mithilfe von Rieger 1971 inszenierte Selbstentführung von Prof. Rubin, Starautor in der National-Zeitung, gehen. Es sollte nämlich der Öffentlichkeit bei der Einsicht nachgeholfen werden, daß Deutschland Strauß als starken Mann braucht. Nach Auflösung des CSU-Freundeskreises in Hamburg erschienen einige ihrer Aktivisten in einem anderen Freundeskreis wieder – im Freundeskreis für die Wehrsportgruppe Hoffmann, die ja in der Tat mehrfach ihre Mithilfe unter Beweis gestellt hat (Anschlag auf das Oktoberfest 1980 in München vor der Bundestagswahl; Ermordung eines jüdischen Verlegers in Erlangen; Ausbildung von in- und ausländischen Faschisten-Gruppierungen und vieles mehr).

Daß die Ausländer den Deutschen an die Substanz gehen, ist Rieger schon seit 1969 ein Problem, als er in seinem damals erschienen Pamphlet „Rasse, auch ein Problem für uns!“ vermerkte:

„Angesichts des unvermeidlichen Niedergangs, der einer Rassenvermischung folgt, und den Schwierigkeiten, die beim Rassengemenge entstehen, ist die Einwanderung weiterer Gastarbeiter abzustoppen...“ (zit. nach Hamburger Rundschau, Dez. 1980). Nur allzubekannte Töne sind das!

[Faksimile: Untertitel: „Ausländer als Umweltverschmutzung
- - auch das Heidelberger Manifest spricht von der Rückkehr
der Ausländer als ökologische Entlastung der BRD.“ Text
des Faksimile:

Eisenbahn-Landwirtschaft

[Bild: Eisenbahn, Häuschen, Bäume, Spaten]
Bezirk Berlin (West) e.V. Unterbezirk Lichtenfelde Ost

Wichtige Bekanntmachung!

Beschluß des Bezirksamtes Steglitz über den Bau eines Asylantenlagers auf dem Gelände
Ostpreußendamm 60 am Kraftwerk!

Wir wehren uns

- a) gegen den Bau eines Asylantenlagers für die Aufnahme von 300-500 Personen neben einer Grundschule mit 350 Schülern und im Bereich von 3 Laubengarkolonien, die speziell in den Sommermonaten von Familien mit Kindern als Sommerdomizil genutzt werden.
- b) dagegen, daß unsere Erholung- und Wohngebiete zum Tummelplatz von Asylanten werden.
- c) dagegen, daß die Sicherheit der Bürger in unverantwortlicher Weise gefährdet wird.
- d) dagegen, daß der Bezirk, der bereits durch den Bau des Kraftwerks am Barnackufer benachteiligt und ständig den Schadstoffen ausgesetzt ist, zusätzlich mit einem Asylantenlager belastet wird.
- e) dagegen, daß die Finanzierung eines Asylantenlagers möglich ist, der Bau eines Schwimmabades jedoch aus finanziellen Gründen immer weiter hinausgeschoben wird.
- f) dagegen, daß die Wohnqualität im Bezirk durch derartige Maßnahmen immer weiter herabgesetzt wird.
- g) gegen den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit. Wir haben nichts gegen Ausländer. Wir sind jedoch wegen Scheinasylanten, die nur aus wirtschaftlichen Erwägungen den Asylantrag stellen. Laut Ausführungen des Herrn Lummer im Tagesspiegel vom 30.1.82 haben mehr als 90% der Asylbewerber keine Aussicht, den Asylstatus zu erhalten.

]

Wissenschaftlicher Beirat: Ein Verein verkommen Ideologen

Nicht weniger berüchtigt sind die Namen, die sich im sog. Wissenschaftlichen Beirat der Neuen Anthropologie wiederfinden und die die internationalen Verflechtungen der Rassisten beleuchten. Darin sitzen beispielsweise die bekannten britischen Rassisten, der Genetiker C. D. Darlington und D. Swan, der zugleich Generalsekretär der International Association for the Advancement of Ethnology and Eugenics ist, deren Aufgabe hauptsächlich in der Versendung von rassistischen Schriften in alle Welt besteht.

Dem Wissenschaftlichen Beirat gehört ebenfalls ein gewisser Dr. F. J. Irsigler aus Krügersdorf/Südafrika an, Gehirnspezialist und offenbar mit einschlägiger Erfahrung in Sachen angewandter Rassismus in Südafrika. Auf einer Tagung der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung im Oktober 1976 hielt Irsigler einen Vortrag mit dem bezeichnenden Thema „Über die Entartung“: Die Brisanz und inhaltliche Ungeheuerlichkeit dieser Rede lässt sich schon allein daran ermessen, daß ein so hartgesottener Neo-Nazi wie Thies Christoffersen (Autor von: „Die Auschwitzlüge“) sicherheitshalber die Veröffentlichung des Vortrags nur von der Schweiz aus vornahm: „Die Verbreitung dieses Vortrags könnte mich für einige Zeit zum Schweigen bringen.“

Weiterhin Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats ist der Arzt Dr. Dr. Werner Freytag, verantwortlicher Redakteur der rechtsextremen Europa-Brücke der Ludwig-Frank-Stiftung, Förderer von Franz Josef Strauß und Mitglied der von Frey (DVU; Herausgeber der National-Zeitung) initiierten Volksbewegung für Generalamnestie-selbstverständlich nur für Kriegsverbrecher.

Dr. Rolf Kosiek-einer der geistigen Väter des Heidelberger Manifestes

Der führende NPD-Funktionär und -Ideologe Dr. Rolf Kosiek, ein Mann der besten Verbindungen zu einer Vielzahl rechtsextremer Vereinigungen, ist selbstverständlich auch im Beirat vertreten. Kosiek als Mitglied des Bundesvorstandes der NPD und stellvertretender Landesvorsitzender in Baden-Württemberg, bis 1972 NPD-Abgeordneter im baden-württembergischen Landtag, wurde vom damaligen Kultusminister Hahn (CDU) nach dem Wahlverzicht der NPD zugunsten der CDU sogleich als Dozent an die FH Nürtingen berufen. Erst 1978 wurde Kosiek durch Urteil des Verwaltungsgerichtshofs vom Dienst suspendiert, weil er in seiner Schrift „Das Volk in seiner Wirklichkeit“ (Vowinkel-Verlag 1974) den Nationalsozialismus allzu offen verherrlichte.

Diese Rassenschrift qualifiziert Kosiek umso mehr als wissenschaftlichen Beirat der Neuen Anthropologie, und bietet einen guten Einblick in das rassistische und chauvinistische Gedankengut, das sich alle Vertreter der Rechten zunehmend zu eigen machen. In diesem Machwerk versucht sich Kosiek zusammen mit Prof. Schade (!) an der „wissenschaftlichen“ Begründung, wieso das deutsche Volk zusammen mit den klassischen Griechen als das größte, schlaueste, tapferste, sittlichste und bedeutendste Volk überhaupt zu gelten hat.

„In den verschiedensten Bereichen des Geistigen, der Wissenschaften und der Technik dürfte auch wohl kein anderes Volk das deutsche übertreffen, abgesehen von den alten Griechen, obwohl zumindest früher andere Völker, wie das französische, an Bevölkerungszahl größer waren. Das gleiche gilt für die Bereiche der Kunst. Es gilt auch im Militärischen seit den Zeiten des alten Rom über Clausewitz und Moltke bis zum deutschen Landser des Zweiten Weltkrieges. Nicht zufällig waren die ehemaligen deutschen Schutzgebiete Mustereinrichtungen. Sie hätten ein Vorbild für die ganze Welt sein können ...“ (S. 123). „Berechnet man den statistischen Anteil der Deutschen an hervorragenden Leistungen auf den verschiedensten Gebieten der Wissenschaften wie der Kunst, so zeigt sich, daß, gemessen an der jeweiligen Bevölkerungszahl, die Deutschen nach den klassischen Griechen wohl am besten abschneiden. Kurz zusammengefaßt kann man sagen, daß Deutschland stets auf allen Gebieten die hervorragendsten Köpfe gehabt hat, die ihm eine führende kulturelle Stellung unter den Völkern verschafften, mit Ausnahme des politischen Bereichs.“ (S. 124). „Nach dem Griechentum haben die Deutschen als das den Griechen wohl verwandteste Volk die Fackel der Freiheit und des Geistes vor allen weitergetragen und werden ihr weiter dienen. Denn auf die Dauer ist der Geist die größere Macht, auch über die weltliche hinaus. Uns braucht um unser Volk nicht bange zu sein.“

Deutlich sei gesagt: jeder Deutsche kann stolz auf die Vergangenheit seines Volkes und seinen Beitrag für die Welt blicken und darf erwarten, daß es auch in Zukunft seinen Platz im Leben der Völker ausfüllt. Daß es im deutschen Wesen auch negative Seiten, in der deutschen Geschichte auch dunkle Stellen gibt brauchen wir nicht zu verschweigen.“ (S. 127).

Doch wer nun erwartet, daß hier eine leise Kritik am Hitlerfaschismus kommt, der es ein bißchen übertrieben hätte-nein, im Gegenteil, die Leichtgläubigkeit und der eigene Masochismus sind die Hauptschwächen der Deutschen, weil sie die Lüge „von den maßlosen Übertreibungen der Verhältnisse in den Konzentrationslagern“ glauben und sich für den 2. Weltkrieg verantwortlich fühlen:

„In den Massenmedien wird heute noch, oft bis zum Erbrechen, die deutsche Schuld am und im Zweiten Weltkrieg behauptet und breitgetreten.“

Eine umfangreiche, vor allem ausländische, Literatur weist nach, daß Deutschland nicht Allein- oder Hauptschuldiger in diesem Völkerringen ist.“ (S. 127).

[Abbildung: Kleine Auswahl an Ausländerhetze: Kieler Liste für Ausländerbegrenzung; Bürgerinitiative Ausländerstopp; NPD]

Doch ein Problem scheint diesen Herren immer noch Kopfzerbrechen zu machen, nämlich wenn die Deutschen schon solche Übermenschen sind, denen bereits zu Zeiten Karl V. „die Weltherrschaft sicher“ war-wieso sind diese Deutschen dann immer wieder gescheitert? Auch dafür hat der moderne Biologe eine passende Antwort parat:

„Einen möglichen Hinweis kann die moderne Biologie geben. Lebende Systeme, auch Völker, sind offene Fließgleichgewichte, die mit ihrer Umgebung in dauernder Wechselwirkung stehen. Die Stabilität solcher Systeme über längere Zeiten hinaus ist im Einklang mit den physikalisch-chemischen Gesetzen durch bewundernswerte und in vielen Fällen noch nicht ergründete Regelkreise gewährleistet. Sie sorgen dafür, daß das System mit seiner ganzen Umgebung in einem für alle Beteiligten weitgehend tragbaren Gleichgewicht steht.“ (S. 129). „Moral, die Humanität der Weißen, wirkte also, zumindest im Endergebnis, wie ein Regelmechanismus, den die Natur den weißen Völkern einpflanzen mußte, damit sie durch solch negative Rückkoppelung daran gehindert wurden, ihre an sich bestehende völlige Überlegenheit gegenüber den anderen Rassen auszunutzen. Daß, wie hier, moralische Prinzipien durchaus biologisch bedingt sind, hat in einem anderen Zusammenhang die Verhaltensforschung erkannt.“ (S. 129).

„Hätte der Deutsche bei solchen Fähigkeiten nicht den Keim der Selbstbeschränkung in sich, wären alle Deutschen, wie in anderen Völkern, in der Lage, nur das Gemeinsame zu sehen, an einem Strang

zu ziehen, alle Fähigkeiten in einer Richtung auszurichten, so wäre Deutschland für die anderen Völker nicht zu ertragen: seine geistige, technische und militärische Vormacht wäre einfach zu groß. So 'mußte' die Natur, die nach dem überall wirkenden biologischen Prinzip möglichst großer Vielgestaltigkeit viele Rassen und Völker auf der Erde geschaffen hat und erhalten 'will', dafür sorgen, daß der wegen seiner Fähigkeiten von außen nicht zu bezwingende Deutsche aus seiner Art heraus seine Beschränkung findet, daß sein Rückregelkreis mangels Überlegenheit von außen aus eigenen Elementen aufgebaut ist, daß volkszerstörende und landesverräterische Elemente mit zu seiner Eigenart gehören." (S. 130).

[Foto: Spitzenleistung deutscher Kultur: Im KZ Janovsk gefangene Musiker spielen den ‚Todestango‘. Im Takt dazu werden Folterungen und Hinrichtungen vollzogen]

Die Ideologie der germanischen Herrenrasse feiert fröhliche Urständ unter tatkräftiger Beteiligung des Prof. Schade. Nicht nur daß sich der hier als Erkenntnis der modernen Biologie ausgegebene Sozialdarwinismus übelster Sorte mit der Anschauung von Völkern als lebenden und genetisch determinierten Systemen fast wortwörtlich im Heidelberger Manifest wiederfindet, so ist doch hier auch ganz klar die Richtung angegeben, daß die Ausländer als Untermenschen ihr Lebensrecht auf deutschem Boden mal wieder verwirkt haben.

Freie Bahn den Deutschen-Deutschland ist größer als die Bundesrepublik, schlußfolgert nicht nur die NPD!

Französische Prominenz

Auch kein Unbekannter im Wissenschaftlichen Beirat ist Alain Benoist, Journalist, leitender Herausgeber von Nouvelle Ecole und Mitbegründer der Organisation G.R.E.C.E., einer Art ‚Ordensburg für neonazistische Meisterdenker‘. Über diese rechtsextreme Organisation mit schätzungsweise 5000 Mitgliedern, vor allem unter Intellektuellen, weiß konkret zu berichten.

Sie predigen mit neuen ‚wissenschaftlichen‘ Beweisen von amerikanischen, britischen und bundesdeutschen Verhaltens- und Intelligenzforschern und Genetikern die ‚angeborene Ungleichheit zwischen den Rassen‘ und liefern so die ‚intellektuelle‘ Rechtfertigung für die antisemitischen Aktivisten der FNE (Gruppierung der französischen Neuen Rechten). Im pan-europäischen Patronat von G.R.E.C.E. sitzt als Schutzherr auch der Verhaltensforscher Konrad Lorenz. Ihr breites Publikationsorgan haben die Neuen Rechten im Figaro Dimanche. Armin Mohler ist der deutsche Propagandist der G.R.E.C.E.-Truppe-natürlich in der Welt. Wohlwollend äußert sich auch ‚Pankraz‘ in der Welt (hinter diesem Pseudonym steckt der leitende Kulturredakteur Günter Zehm) über die Initiativen der Neuen Rechten in Frankreich. Deren Eugenik-Diskussion, so Zehm, dürfe nicht durch die belastende Erinnerung an den Nationalsozialismus unterbunden werden.

Im Deutschen Monats-Magazin der CDU wurde die Neue Rechte gleich in einem drei Seiten langen Artikel gefeiert. Der Autor: Jean Paul Picaper, Bonn-Korrespondent des Figaro, der dem ehemaligen Gestapo-Agenten Robert Hersant gehört.

Doch es nutzt nichts: Frankreichs Neonazis von der FNE berufen sich nun mal auf die Thesen der in der Welt gefeierten Neuen Rechten. Ihre geistige Aufrüstung bezieht sie von dort, die körperliche ‚Ertüchtigung‘ im Nahkampf fand im Bayerischen statt. Der britische Economist berichtet:

„Mitglieder der FNE nahmen an den ‚Militärsport‘-Übungen in Deutschland teil, die von Karl Heinz Hoffman organisiert wurden!“

(Zitiert aus konkret, 11/80, S. 17).

Der pseudowissenschaftliche Onkel aus Amerika

Spätestens seit 1969 weiß man auch den US-amerikanischen Vertreter in dem erlauchten wissenschaftlichen Beirat zu würdigen, Prof. Arthur R. Jensen, der auch zu den emsigsten Autoren in der Neuen Anthropologie gehört (über 6 Artikel bisher).

1969 trat er in den USA mit einem heiß diskutierten Artikel an die Öffentlichkeit, in dem er „nachweist“, daß 1. die kompensatorischen Erziehungsprogramme alle hinfällig sind, weil sowieso die Intelligenz zu mindestens 80 % angeboren sei, 2. die Neger und Indianer dümmer als die Weißen und 3. deswegen zwei Arten von Schulen fürderhin notwendig seien: Nämlich ein Typ Schule für die geborenen Schlauen, die die zukünftige Elite darstellen, und zum anderen ein Typ Schule für die Minderbegabten, die nur zu repetitorischen, nachvollziehendem Lernen fähig sind. Abgesehen davon, daß diese Arbeit von Jensen in sich so viele Widersprüche, elementare Fehler und Ungereimtheiten enthält, die ihren wissenschaftlichen Wert null und nicht machen, stützt sich Jensen bei seinem „wissenschaftlichen Beweis“ der genetischen Determination von Intelligenz- und Rassenunterschieden ausgerechnet auf den Kronzeugen Sir Cyril Burt.

Jener Burt, Psychologe von altem Schrot und Korn in London, ist der Pionier aller Versuche, die Vererbbarkeit der Intelligenz zu beweisen und dafür auch eine quantitative Schätzung vorzunehmen – eben jene „80:20 Theorie“. Als er damit erfolgreich in den 50er Jahren in England eine Schulreform zu verhindern half und den Privilegien der herrschenden Klasse die nötige wissenschaftliche Legitimation verschaffte, wurde ihm für diese Verdienste sogleich der Adelstitel verliehen. Der wissenschaftlichen Qualität und Legitimationsfunktion eines Burt tut es keinen Abbruch, daß seit spätestens 1974 Burt der wissenschaftlichen Fälschung überführt ist. Die meisten Daten und Ergebnisse seines umfangreichen Werkes sind schlachtweg erfunden, der Rest ist unter so zweifelhaften Umständen zustandegekommen, daß ihm keinerlei wissenschaftlicher Wert zukommt.

Mit den Arbeiten Burt's stürzt aber das gesamte Gebäude der sog. Vererbungstheoretiker, namentlich von H. J. Eysenck, A. R. Jensen, R. Herrnstein, um die prominentesten Vertreter zu nennen, wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Was im übrigen das Bayerische Kultusministerium weder daran hindert, in einer breit angelegten Kampagne die angeblichen „Beweise“ der Vererbtheit von Begabung unter das Volk zu bringen, noch davon abhält, bundesweit unter Bezugnahme auf die Vererbungstheorie alle Versuche zu einer noch so winzigen Reform des Schulwesens abzublocken.

Apartheid in deutschen Klassenzimmern

Zurück zur Zeitschrift Neue Anthropologie und ihrem eigentlichen Gründer, dem ehemaligen Naziideologen Wilhelm Weis. Dieser trat Ende 1980 mit einer besonderen Aktion an die Öffentlichkeit, als er im Namen der erwähnten Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung einen unverhohlen rassistischen Brief „an alle Lehrer und Erzieher des deutschen Sprachraums“ direkt an Schulen in einigen Bundesländern verschickte. Darin wird, in Vorwegnahme des Heidelberger Manifestes behauptet, „daß die geistige Entwicklung eines Menschen überwiegend von den Genen und nicht von der Umwelt bestimmt“ werden und „die feststellbaren Unterschiede zwischen Einzelmenschen und Rasse ... weitgehend erblich bestimmt“ seien.

Weiter heißt es:

„Kulturen sind an die biologische Substanz gebunden, die sie tragen. Unsere biologische Substanz ist durch Geburtenarmut und Masseneinwanderung von Ausländern gefährdet. Geburtenbeschränkung wird von letzteren meist abgelehnt, und zur Geburtenplanung sind nur die Minderbegabten nicht in der Lage. Es verändert sich dadurch nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität unseres Volkes. Geburtenrückgang und Hereinholen fremder Menschenmassen war auch bei den zugrunde gegangenen Kulturen der Antike Vorbote des Unterganges. Der Jugend sollte deshalb die Pflicht vor Augen gestellt werden, ihr durch die Lebensbewährung unzähliger Vorfahren ausgelesenes Erbe als überpersönliches Leben gesund weiterzugeben.“

Ein Jahr später verschickt in NRW wieder ein Professor im Namen der Wissenschaft und der Eltern Briefe an sämtliche Schulen in NRW mit der Forderung, ein Volksbegehrten dahingehend einzuleiten, daß in Zukunft ausländische und deutsche Kinder getrennt unterrichtet werden sollen. Dies ein Jahr, nachdem von der Landesregierung ein anderes Volksbegehrten von demselben Herrn Professor samt seiner feinen Bürgerinitiative, genannt Ausländerstopp, abgeblockt wurde, worin sie den Rausschmiss der Ausländer gefordert hatten.

Prof. Hagen-Prehl (FH Hagen), NPD-Kreisvorsitzender, ist wissenschaftliches Aushängeschild und „Vertrauensmann“ der Bürgerinitiative, deren Adresse-Günnigfelder Str. 101 a, 4630 Bochum 6- zugleich Sitz des Landesverbandes NRW der NPD ist (!). Diese Bürgerinitiative versteht es geschickt, an wirklichen Skandalverhältnissen in den Schulen anzusetzen, die sie auch genüßlich aufzählt-und davon ausgehend in ihrem rassistischen Pamphlet nicht die Verbesserung dieser Zustände, beispielsweise durch die Einstellung von mehr Lehrern fordert, sondern sie vielmehr zum Anlaß für reaktionäre Propaganda nimmt.

Auf dieselbe Pauke haut das Heidelberger Manifest, in dem auch beklagt wird, daß „unsere Kinder ... in Klassen mit überwiegend Ausländern ausgebildet werden“ weshalb ihnen alle „Zukunftshoffnung“ genommen ist. Ist etwa das Volksbegehr ein erster praktischer Lösungsvorschlag?

Bundesminister a.D. - ein Rassist mit langjähriger praktischer Erfahrung

Reichlich praktische Erfahrung in Sachen angewandter Rassismus bringt einer der prominentesten Unterzeichner des Heidelberger Manifestes ein, der ehemalige Bundesvertriebenenminister Prof. Dr. Dr. Theodor Oberländer aus Bonn, CDU-Mitglied. Für den Heidelberger Kreis war Oberländer's Vergangenheit offenbar ein hinreichender Qualitätsbeweis, ihn als Unterzeichner des Heidelberger Manifestes aufzuführen, so daß man es für überflüssig hielt, ihn überhaupt nach seiner Einwilligung zu fragen, wenn man der ZEIT vom 4.2.82 glauben will. „Die haben einfach vorausgesetzt, daß ich dafür bin“, so Oberländer gegenüber der ZEIT. Dies ist bei näherer Betrachtung der blutigen Vergangenheit von Oberländer auch nicht verwunderlich.

,OBERLÄNDER, Theodor, geboren am 1. Mai 1905 in Meiningen. Als Sohn eines Geheimen Regierungsrats studierte er Agrarwissenschaften und Nationalökonomie (Dr. agr. Dr. rer. pol.) in München, Hamburg und Berlin, nahm als Student am Hitler-Putsch vom 9. November 1923 teil, trat aber erst 1933 der NSDAP bei. Am 1. März 1933 wurde er Direktor des Osteuropa-Instituts in Königsberg (Ostpreußen), im Jahr darauf mit erst 29 Jahren Professor. Als Gauamtsleiter im NSDAP-Gaustab Ostpreußen, dann-auf persönlichen Wunsch des 'Führer'-Stellvertreters Rudolf Heß-Leiter des Bundes Deutscher Osten; daneben hatte er den Rang eines SA-Hauptsturmführers. Oberländer war in diesen Funktionen maßgebend beteiligt an der theoretischen und praktischen Vorbereitung des Angriffskriegs auf Deutschlands östliche Nachbarn, wobei er den in Polen usw. lebenden deutschen Minderheiten besondere Aufmerksamkeit widmete. So schrieb er 1936 (in:

Der Neue Weg): „Der Volkstumskampf ist unter dem Deckmantel des Friedens nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ... Ein Kampf, der sich auf Generationen hinzieht mit dem einzigen Ziel: Ausrottung!“ und 1939 (in: Kampfblatt für Erzieher): „Jeder Deutsche war rassistisch überlegen ... Jede deutsche Volksgruppe kann draußen ... ein Drittes Reich im Kleinen sein und ... das Judentum bekämpfen.“ (...)

Nach der Besetzung Polens forderte er: „Die Eindeutschung ... muß in jedem Fall eine restlose sein. Maßnahmen vollständiger Aus- und Umsiedlung mögen für die Betroffenen hart erscheinen ..., aber eine einmalige Härte ist besser als ein durch Generationen währender Kleinkampf ...“ (Neues Bauerntum April/Mai 1940). (Engelmann, B., Die Laufmasche, München 1980, S. 239 f).

Über die Tätigkeit Oberländer's während des Zweiten Weltkriegs in dem okkupierten Polen und der Sowjetunion zu schreiben, ist ein sehr kostspieliges Vergnügen, das wir uns im Augenblick nicht leisten möchten. Sollte man es tunlichst unterlassen, aus den Unterlagen zu zitieren, die 1960 in der DDR zur Verurteilung Oberländer's wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslangem Zuchthaus führte. Oberländer bestreitet ganz energisch die persönliche Beteiligung an Massakern und blutigen Einsätzen (z.B. Niederschlagung des Warschauer Aufstandes), die den Sondereinheiten der Wehrmacht zur Last gelegt werden, denen Oberländer angehörte. Obwohl das alles erstunken und erlogen sein soll, was zahlreiche Augenzeugen belegten, beendete die Aufdeckung dieser Vergangenheit 1960 die steile Karriere Oberländers als Bundesminister für Vertriebene (Oberländer war bereits seit 1953 Minister) im Kabinett Adenauer. Er blieb nach wie vor CDU-Mitglied, Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Oder-Neiße (!) und wurde schließlich mit dem Großkreuz des Bundesverdienstordens ausgezeichnet.

[Zeitungsausschnitt: FR 23.2.82

Engelmann-Prozeß ausgesetzt

MÜNCHEN, 22. Februar (dpa). Ein Prozeß gegen den Schriftsteller Bernt Engelmann wegen übler Nachrede vor dem Amtsgericht München scheint sich zu einer Vergangenheitsdurchleuchtung des ehemaligen CDU-Vertriebenenministers Theodor Oberländer auszuweiten. Engelmann hatte in seinem 1980 erschienenen Roman „Die Laufmasche“ behauptet, daß der 1960 zurückgetretene Bundesminister mit dem Aufbau und der politischen Führung der „Sondereinheit Nachtigall“ betraut war, die für die Ermordung von 5000 Lemberger Zivilisten unmittelbar nach dem Einmarsch in die Sowjetunion 1941 verantwortlich gemacht wird. Dagegen hatte der inzwischen 76jährige Oberländer Anzeige erstattet.

Seine Mitarbeit bei der aus ukrainischen Nationalisten zusammengestellten „Einheit Nachtigall“ habe lediglich in einer „Art Volkstumberater und Dolmetscher“ bestanden, erklärte Oberländer jetzt als Zeuge in dem Prozeß.

]

Dem bleibt nichts mehr hinzuzufügen, außer daß Oberländer nach wie vor in einschlägig bekannten rechtsradikalen Verbänden mitarbeitet. So gehört er u.a. zu den Gründern der Gesellschaft für freie Publizistik. Er ist westdeutscher Vertreter in der World Anti-Communist League (WACL), einer international tätigen Vereinigung von reaktionären, zum Teil vom CIA finanzierten Organisationen, deren Hauptziel in der Bekämpfung von Befreiungsbewegungen liegt. Mitglied in der WACL ist beispielsweise auch die Vereinigungskirche des südkoreanischen Unternehmers San Myung Mun, dessen eindeutig als faschistisch zu bezeichnende Organisation auch unter dem Namen CARP in der BRD bekannt ist.

Nachdem in Bonn im Februar 1982 Unbekannte Auszüge des Heidelberger Manifestes unter dem Namen Oberländer's in dessen Nachbarschaft verteilt haben, wurde Oberländer sogleich von der Bonner Presse dagegen in Schutz genommen, daß ihm dieses „Flugblatt mit ausländerfeindlichem und stark neonazistischem Inhalt“ (!) unterschoben wurde (Bonner Rundschau vom 16.2.82)! In diesem Zusammenhang gab Oberländer gegenüber dem Bonner Generalanzeiger zu-im Gegensatz zu seinen Aussagen gegenüber der ZEIT vom 4.2.82-, daß er das Heidelberger Manifest doch unterzeichnet hat. „Das sei jedoch schon im vergangenen Sommer auf Drängen einiger Freunde und Bekannter hin geschehen.“ (GA vom 16.2.82).

Dies wirft bezeichnendes Licht auf die Glaubwürdigkeit der Professoren des Heidelberger Kreises und ihrer Presseerklärung vom 8.2.82. Man muß schon aufpassen, sonst lügen diese Professoren wie gedruckt!

Rückhaltlos für das Dritte Reich eintretend - Unterzeichner aus voller Überzeugung

Auch Prof. Dr. Georg Stadtmüller bürgt für Kontinuität. Vor 1945 war er nicht nur SA-Mitglied und damals als „rückhaltlos für das Dritte Reich eintretend“ beurteilt worden, sondern auch bis 1938 Abteilungsleiter am Osteuropa-Institut Breslau, einem Zentrum der ideologischen Vorbereitung des Überfalls auf Polen.

Seine einschlägigen Erfahrungen als Historiker und Ostexperte konnte er auch nach 1945 beispielsweise als Mitglied des Forschungsbeirats beim Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen einbringen. Seine akademische Laufbahn beendete er als Direktor des Osteuropa-Instituts der Universität München.

Politisch bewegte sich Stadtmüller bisher im schwarz-braunen Übergangsfeld der Deutschlandstiftung (DS) und der Hanns-Seidel-Stiftung, zweier Organisationen, deren Tätigkeit sich durch starken Revanchismus auszeichnet. Auf diesem Gebiet hat Stadtmüller sicherlich einiges beizusteuern. Bereits 1966 wurde, als die DS von konservativen Publizisten in enger Abstimmung mit Adenauer und an führender Stelle von K. Ziesel gegründet wurde, Stadtmüller zum ersten Vorsitzenden gewählt. Mittlerweile konnte sich nicht einmal der Bundesgerichtshof davor verschließen, die DS als eine

Organisation bezeichnen zu lassen, die von „Alt- und Neufaschisten durchgesetzt“ ist und die „in Wahrheit an der Zerstörung der Demokratie arbeite“.

Anderes zu behaupten wäre sicherlich ein Kunststück angesichts eines G. Löwenthal als neuem Vorsitzenden (seit 1977), angesichts eines K. Ziesel als geschäftsführendem Vorstandsmitglied (NSDAP-Mitglied, Autor im Völkischen Beobachter). Wie eine Visitenkarte der DS liest sich die Reihe der Preisträger des jährlich verliehenen Konrad-Adenauer-Preises: Armin Mohler 1967, Emil Franzel 1968 (Chefredakteur des Bayernkurier), G. Löwenthal 1975, Otto v. Habsburg 1977, Christa Meves 1979, Axel Springer 1981.

Größtes Wohlwollen erweist die Industrie gegenüber der DS und dokumentiert damit zugleich ihre Interessenverbundenheit: Der Bundesverband der Deutschen Industrie, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Wirtschaftsrat der CDU unterstützen finanziell die DS, aber auch Daimler Benz lässt ca. 150.000 DM im Jahr fließen und übernimmt ab und an auch mal die Druckkosten für das Deutschland-Magazin. Dieses wiederum dient als Sprachrohr für den rechten CDU/CSU-Flügel. Neben Löwenthal als ständigem Kolumnist lassen sich dazu regelmäßig andere Scharfmacher aus den Reihen der Union, wie Strauß, Lummer, Laurien, H. Klein (CSU-MdB), Barzel etc. als Autoren finden.

Auch in der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) ist Stadtmüller in bester Gesellschaft mit führenden CSU-Politikern. Die HSS selbst ist eines der wichtigsten ideologischen Instrumente der CSU und arbeitet auf internationaler Ebene zum Zweck der Verbreitung von Rassismus und Antikommunismus. Besitzer des Vorstandes sind u.a. Strauß, Stoiber und Tandler. Als Mitglieder zählt die HSS eine Anzahl von bekannten Leuten, die ihre reaktionäre Gesinnung in Tat und Wort bisher genügend unter Beweis stellen konnten, u.a.:

Hans Maier (CSU-Kultusminister), Lothar Bossle (Würzburg), Peter Gutjahr-Löser (ehemals Geschäftsführer des Bundes Freiheit der Wissenschaft), Nikolaus Lobkowicz (Präsident der Universität München), Walter Becher (CSU-MdB), Friedrich Zimmermann (CSU-Landesgruppenleiter, MdB), Reinhard Vöth (Intendant des Bayerischen Rundfunks), Golo Mann etc....

Als Repräsentant dieser schwarz-braunen Gesellschaft ist es wirklich keine Überraschung mehr, daß Stadtmüller von sich sagt, daß er das Heidelberger Manifest mit voller Überzeugung unterzeichnet hat und sich mit ihm-“aus meiner ganzen Einstellung heraus“-identifiziert (ZEIT, 4.2.82).

Kontinuität verpflichtet!

[Bild 5. Foto: Unter sich: Preisverleihung der Deutschlandstiftung 1977 von links: G. Löwenthal, H. Lemke (CDU, Kieler Landtagspräsident), H. Maier, H. Schelsky, H. Habe, F. J. Strauß, O. v. Habsburg; 2. Reihe: K. Ziesel]

Grün-braune Farbmischung

Eine farbig schillernde Figur in jeder Hinsicht ist Prof. Dr. Werner-Georg Haverbeck, Leiter des Collegium Humanum (Heimvolkshochschule) in Vlotho und Dozent an der FH Bielefeld. Er hält es offenbar für vereinbar, sowohl den Krefelder Appell wie auch das Heidelberger Manifest zu unterschreiben, an dessen Abfassung er zwar nicht beteiligt war, dessen Kern er aber ausdrücklich zustimmt (ZEIT 4.2.82). Vereinbar hält er dies auch mit seiner Funktion als Präsident der westdeutschen Sektion des Weltbundes zum Schutze des Lebens (WSL), einer Organisation, die an führender Stelle in der Umweltschutz- und Anti-AKW-Bewegung aktiv war.

Doch gerade diese Organisation hat seit ihrer Gründung im Jahr 1960 eine große Affinität zu Alt- und Neufaschisten bewiesen. Sowohl Prof. Schweigert, der 1964 internationaler WSL-Präsident wurde, war hoher NS-Funktionär, wie auch Prof. Mommsen, ehemals westdeutscher WSL-Präsident, kam unter den Nazis zu Amt und Würden und gehört heutzutage zum Korrespondentenkreis der Zeitschrift Bauernschaft des für seine faschistische Gesinnung bekannten Thies Christophersen. Der bis 1974 amtierende westdeutsche WSL-Präsident, Dr. M. O. Bruker gehörte zusammen mit Günther Schwab, Begründer des WSL, dem Wissenschaftlichen Beirat der oben ausführlich dargestellten Zeitschrift Neue Anthropologie an. Damit nicht genug: Der WSL führte bis 1974 den „Arbeitskreis Humangenetik“

Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" in der Liste seiner Arbeitskreise auf.

Von diesen Aktivitäten erfolgte unter der Präsidentschaft von Haverbeck niemals eine eindeutige Distanzierung; vielmehr deutet alles darauf hin, daß der WSL seine offene Schlagseite gegenüber faschistischen Kreisen weitgehend bewahrt hat.

Haverbeck selbst rechtfertigt dies damit, daß unter dem gemeinsamen Ziel von Umweltschutz und Anti-AKW-Kampf Braun und Rot einträchtig miteinander zusammenarbeiten sollten. Daher erstaunt es nicht, wenn der WSL-Landesvorsitzende Baldur Springmann Thies Christophersen „als aufrechten Menschen“ schätzt, wenn ein WSL-Aufruf auch in den Unabhängigen Nachrichten (1-77), einem faschistischen Organ aus Bochum, nachgedruckt wird; wenn in der WSL-Zeitschrift Lebensschutz-Presse-Informationen (3/1976) in einem Atemzug Positives am Nationalsozialismus wie Marxismus gefunden wird, usw. (alle Angaben aus: KB, Dritter Weg im Umweltschutz?, Hamburg 1977).

Bereits gegen Ende der 20er Jahre stieß Haverbeck aus einer von Naturromantik und allgemeinen „Kulturkritik“ getragenen Jugendbewegung zu den Nazis und half tatkräftig bei der faschistischen Machtergreifung und Aufbau des faschistischen Staates mit. Von 1929 bis 1932 war er in der Reichsführung der Hitlerjugend und der Reichsleitung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (zusammen mit Baldur von Schirach) tätig. Von 1933 bis 34 war Haverbeck führender Funktionär nationalsozialistischer Kulturarbeit, unter anderem Gründer des Reichsbund Volkstum und Heimat, dem zeitweise die gesamte Kulturarbeit im Dritten Reich übertragen wurde und der später in der Deutschen Arbeitsfront und dem Kraft-durch-Freude-Amt des Nazibonen Ley aufging.

Haverbeck verlor zwar aufgrund interner Differenzen innerhalb der NSDAP im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den Strasser-Flügel seine Funktionen, dennoch kann er als Beispiel dafür gelten, wie die von ihm vertretene Kulturkritik und Naturromantik, die sich keine genauen Vorstellungen von den sozio-ökonomischen Hintergründen der von ihr beklagten Mißstände macht, in ein äußerst reaktionäres Fahrwasser geraten kann. Genau diesen Weg legt Haverbeck jetzt nach nunmehr über 50 Jahren ein zweites Mal zurück, offensichtlich ohne sich zu fragen, welchen Kräften er mit seiner Unterschrift zu einem wissenschaftlichen Anstrich verhilft. Für den Heidelberger Kreis erfüllt Haverbeck damit eine umso wichtigere Funktion, als der Heidelberger Kreis und damit die gesamte „Ausländer Raus“-Bewegung in ihm ein festes Standbein im Bereich der Grünen und Alternativen besitzt.

,Der NÄCHSTE ist kein asiatisches, sondern unser DEUTSCHES VOLK“

,Der Einsatz für unser Volk hat mit Rassenhaß nichts zu tun, wohl aber umso mehr mit NÄCHSTENLIEBE, die nach dem Zeugnis der Bibel die eiserne Ration eines Jüngers des Herrn ist.“ Mit diesen Sätzen beansprucht ein ganz spezieller Jünger des Herrn, Dr. theol. Robert Dollinger in der Schrift des Schutzbundes für das Deutsche Volk 1/81 die Bibel und Luther als Kronzeugen für die Parole „Ausländer Raus“. Dollinger ist übrigens auch Unterzeichner der von der NPD-Bürgerinitiative Ausländerstopp an den Bundestag gerichteten Petition „Ausländerstopp Jetzt“. „Wenn wir gegen Ausländerüberflutung sind, schützen wir `ein natürliches Recht, das auch Heiden, Türken und Juden einhalten müssen': sagt Martin Luther, ein Recht, das GÖTTLICHEN URSPRUNGS ist. Luther rief darin auch zum Widerstand auf als 1525 ein riesiges Türkenehe gegen Wien vordrang!“

Dies ist kein einsamer Ausrutscher eines allzu eifigen Jüngers des Herrn, sondern eher Ausdruck dessen, wie bemüht man im Heidelberger Kreis ist, einen ideologischen Einbruch in Kirche und Christentum zu erzielen. In demselben Blatt des Schutzbundes wird unter der Überschrift „Christentum und Volksbewußtsein“ ein Brief des „Historikers und Christen“ Prof. Dr. Ferdinand Siebert, Mitunterzeichner des Heidelberger Manifestes veröffentlicht den dieser an das Bischöfliche Ordinariat Limburg gerichtet hat. Dieser Brief ist nicht nur eindrucksvoller Beleg dafür, daß sich die Geistesverfassung des verantwortungsbewußten Prof. Siebert um kein Quentchen von dem oben dargestellten rassistischen und chauvinistischen Gedankengut der Ultrarechten wie eines Dröscher, Kosiek etc. unterscheidet.

Der Brief ist ebenso Beleg dafür, daß Siebert bereits seit Anfang 1981 am Aufbau des Schutzbundes aktiv beteiligt ist, den er ja selbst auch als „Kampfbund“ charakterisierte. Die Distanzierung Sieberts

von dem Schutzbund, die er am 31.1.82 mit unterzeichnete, ist vor diesem Hintergrund mehr als unglaublich. Dies muß als bewußt eingesetztes Täuschungsmanöver betrachtet werden. Doch lassen wir ihn selbst zu Worte kommen: In der Reihe

[Briefausschnitte als Faksimile:

Sehr geehrter Herr Pfarrer Leuniger!

Besten Dank für Ihr Schreiben vom 29.5.81 mit den beigefügten Texten Ihrer Vorträge, die ich mit Interesse gelesen habe.

Sie scheinen aber den Text meines „Aufrufs“ (ein Entwurf im Auftrag unserer Freunde) wohl nicht genau gelesen zu haben, sonst würden sie darin nicht einen „Beweis“ für den wachsenden „Ausländerhaß“ sehen. Haß ist immer aggressiv und destruktiv. Ich kann es daher nur als Diffamierung bezeichnen, wenn Sie diesen Begriff unbedenklich auch auf Bemühungen verantwortungsbewußter Deutscher und Christen anwenden. Diese wollen ja aus tieferem Einblick in die Geschichte, in die genetischen Gesetze, von ihrem Gewissen gedrängt, angesichts des Schicksals kommender Generationen nur für den Schutz (also rein defensiv!) unserer ererbten deutsch-christlich-abendländischen Kultur und Wertvorstellungen vor der Überrollung durch eine Flut aggressiven Asiatentums eintreten.

...

... - Aus der „multiethnischen Gesellschaft“ könnte eine Abwertung europäischer Kultur- und Geisteswerte, ein Mischmasch, eine degenerierende Gleichmachung unter ständigen Reibungen der zum Zusammenleben gezwungenen Völker und Rassen führen. Europa hat den hohen Grad menschlicher Werte auf dem Boden von Christentum, Romanentum und Germanentum erst durch den schöpferischen Wettstreit seiner Nationen gewonnen. Dabei hat gerade das deutsche Volk in seiner mehr als 1200-jährigen Geschichte einen wesentlichen Beitrag, zum Beispiel durch seine großen Heiligen Theologen, Denker, Künstler und Erfinder geleistet. Diese Werte würden durch eine kurzsichtige Politik multiethnischer „Menschlichkeit“ so sehr gefährdet, daß dem deutschen Volke seine geschichtliche Identität genommen würde. Dadurch würde gerade auch dem Sieg des Kommunismus der Weg bereitet, für den die Kirchen und bürgerlichen Nationen das größte Hindernis zur Verwirklichung seiner Weltherrschaftsansprüche bilden. Vielleicht ist die Vermutung gar nicht abwegig, daß hinter den Flüchtlingsströmen, die auf Europa zukommen, eine geheime Lenkung vom Osten steht, um unsere christlich-europäische Kultur zu zersetzen und sturmreif zu machen. Daher müssen ecclesia und natio Verbündete sein, wie das großartige Beispiel der Entwicklung im heutigen Polen zeigt.

...

Unser Bund, in dessen Satzungen auch das Bekenntnis zum Grundgesetz steht, wird, auch wenn man uns zu diffamieren sucht, von unseren Grundrechten Gebrauch machen und zur Sammlung der jetzt noch meist zum Schweigen gemahnten Mehrheit der Bürger aufrufen, damit Politiker und Kirchenmänner endlich mit Realismus die Frage der Überfremdung angehen, die sehr gut zum Nutzen und Wohle beider Teile gelöst werden kann, aber bestimmt nicht durch das Trugbild der „Integration“.

]

In der Reihe der Unterzeichner des Heidelberger Manifestes finden sich 2 weitere Kirchenmänner, die dem Ausländerhaß à la Heidelberger Manifest theologische Würde verleihen.

Dem einen, Prof. Dr. theol. Peter Manns aus Mainz, katholischer Theologe und Luther-Forscher, ist zwar die Sache mit dem Schutzbund nicht ganz geheuer, „der offenbar unsere Ideen benutzt, um irgendwelche NPD-Propaganda zu machen“ trotz alledem will er erst mal „mannhaft“ zu seiner Unterschrift stehen (ZEIT 4.2.82.). Dies tat er auch am 31.1.82 in Mainz, als er die zweite Fassung des Heidelberger Manifestes unterzeichnete.

Der andere ist eigentlich Biologe und Anthropologe aus Gießen, Prof. Dr. Joachim Illies, der als Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) in konservativen kirchlichen Kreisen beheimatet ist. Er ist Autor des von Jens Motschmann herausgegebenen „Neues Rotbuch Kirche“, Mitarbeiter im Rheinischen Merkur, Autor der Zeitschrift Konservativ Heute und des rechtsklerikalen Blattes Deutsche Evangelische Rundschau. Auch arbeitet er eng mit der bekannten konservativen Psychologin Christa Meves zusammen, die in rechten Kreisen als die Kronzeugin für den moralischen und pädagogischen Verfall unserer Gesellschaft gehandelt wird. Die Unterschiede zwischen Mann und Frau könne man sich nach Illies „gar nicht groß genug vorstellen, denn sie würden anders denken, fühlen, lieben usw.“ (idea, 15/80). Zwischen Illies und Meves kann man sich die Gemeinsamkeit hinsichtlich des geistigen Horizont gar nicht groß genug vorstellen.

Die organisierte Verwirrung

An dieser Stelle soll vorerst einmal Schluß sein mit der Aufzählung weiterer Namen und Querverbindungen. Die geistige Verwandtschaft und das Spektrum der Verbindungen von CDU/CSU bis hin zu Vertretern der militärischen Rechten dürfte mehr als deutlich geworden sein. Der Heidelberger Kreis ist ganz offensichtlich ein Ausdruck der schwarzbraunen Sammlungsbewegung, wobei bisher nur die Spitze des Eisbergs sichtbar geworden ist: Wer sich alles im Schutzbund für das Deutsche Volk tummelt, ist nicht bekannt, jedoch kann die Zusammensetzung der Veranstaltung am 23.1.82 als repräsentativ für die Mitgliederschaft dieser 'Kampfgemeinschaft' gelten.

Das Heidelberger Manifest ist auch Ausdruck der bewußt angewandten Taktik der Rechten, nach außen hin ein Bild der Unorganisiertheit und heillosen Zersplitterung zu bieten. Dieser Eindruck der Schwäche der schwarzbraunen Sammlungsbewegung wird auch systematisch von sämtlichen staatlichen Organen in der Öffentlichkeit verbreitet, was nicht nur als der Versuch der Verharmlosung bezeichnet werden muß. Dies hat ganz offensichtlich die Taktik zugrunde liegen, die Verbindung in die Unionsparteien hinein zu verschleiern.

Wider besseres Wissen werden von den Behörden und Politikern im Fall von rechtsradikalen Anschlägen die „Einzeltäter-Legenden“ bemüht - erinnert sei an das Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann, die den Anschlag auf dem Münchener Oktoberfest 1980 verübte oder ganz aktuell im Fall des Prozesses gegen Roeder und seine Bande, wo schwer belastete Personen aus dem Sympathisanten-Kreis von Roeder noch nicht einmal vernommen wurden. „Was das Erkennen der wahren Wirksamkeit des Neonazismus so schwierig macht, ist seine im letzten Jahrzehnt bis zur Perfektion gediehene Verzahnung mit dem rechten Flügel größer, sich zur ‘demokratischen Mitte’ zählender Parteien, speziell mit der CSU.“ (B. Engelmann, in konkret 11/80).

Nicht nur die Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften innerhalb des schwarzbraunen Netzes, das seine Fäden bis in die Reihen eines Teils der Grünen spinnt, ist Hinweis auf den tatsächlich vorhandenen inneren Zusammenhang. Hierzu gehört auch ein von allen Banden, Verbänden und Gruppierungen gemeinsam benutztes und propagiertes Verlags- und Zeitungswesen, das auch nur eine scheinbare inhaltliche Vielfalt vorspiegelt. Eine starke Halteklammer existiert auch in Form der gemeinsam veranstalteten Kongresse, Tagungen und Initiativen, wie im Fall des Heidelberger Manifestes.

Entscheidende Funktion kommt dem ideologischen Selbstverständnis zu, das einige, allen gemeinsame zentrale Elemente enthält, wie Demokratiefeindlichkeit, Volksgemeinschaftsideologie, Aktionismus, einen vehementen Revanchismus und nicht zuletzt rassistisches und daraus folgendes chauvinistisches Gedankengut. Gerade in letzter Zeit spielten angesichts einer allgemein verbreiteten Ausländerfeindlichkeit bei allen reaktionären Gruppierungen und Parteien rassistische Anschauungen und ihre wissenschaftliche Begründung eine zentrale Rolle, um mit ihrer Propaganda Gehör in der Öffentlichkeit zu finden. „Die Unzahl von Bünden und Dachverbänden täuscht darüber hinweg, daß die angebliche ideologische Zerstrittenheit sich fast ausschließlich im Bereich der Methoden nachweisen läßt. Gewiß gehen die Vorstellungen stark auseinander, auf welchem Wege die Beseitigung dieser ungeliebten Republik erreicht werden könne - im Ziel sind sich alle einig. Ein vehement vertretener Revanchismus, vermischt mit rassistischen Elementen, einigt die Teile zu einem Ganzen, das auch nur scheinbar nicht zu gemeinsamer Organisation fähig ist.“ (Heidenreich, G., Die organisierte Verwirrung, S. 147; in W. Benz 1980).

Dies ist offensichtlich den führenden Figuren vollkommen bewußt, wie z.B. M. Kühnen, dem Anführer der Aktionsfront Nationaler Sozialisten aus Hamburg, der Jürgen Pomorin gegenüber äußerte:

„Wissen sie, der Eindruck trügt, aber das soll er auch. Wir sind im ‘nationalen Lager’ gar nicht so zersplittet, wie es scheint. Erst einmal kennen wir Führungsleute uns alle, von Nord bis Süd. Wir sind jederzeit in der Lage, auf einen Schlag und koordiniert zuzuschlagen. Wir beraten uns regelmäßig,

stimmen unsere Aktionen ab. Wir bemühen uns, so unorthodox und verwirrend wie möglich zu operieren-das ist unsere Stärke." (rote blätter 11/80, S. 38).

In der Zeitschrift Die Bauernschaft (2/78) eines der führenden Aktivisten der Neonaziszene, Thies Christophersen ist nachzulesen:

,Jeder will seine Selbständigkeit behalten. Das ist für einen 'Nationalen' auch verständlich. Eine Einigung in dem sogenannten nationalen Lager würde eine Katastrophe mit sich bringen. Wir müssen weiter wie bisher in kleinen Gruppen arbeiten. Nur so werden wir auf Dauer Erfolg haben. Ein großer Zusammenschluß würde sofort zerschlagen werden. Die Zeit ist noch nicht reif-aber sie arbeitet für uns." (ebda., S. 49).

,Blut muß fließen" (Roeder)

Mit dieser Erwartung liegt Christophersen unter den gegenwärtigen Umständen gar nicht so falsch. Die Breitenwirkung der rassistischen Propaganda, v.a. wenn sie in ein wissenschaftliches Gewand verkleidet ist, darf auf keinen Fall unterschätzt werden. Einige in letzter Zeit unternommene Umfragen in der BRD brachten zu Tage, wie stark der Fremdenhaß innerhalb der Bevölkerung noch oder wieder verankert ist.

Eine Umfrage, die 1977/78 durchgeführt wurde, wies neben dem Ergebnis, daß immer noch ein klarer Antisemitismus bei der Hälfte der Bundesbürger vorhanden ist, die große Distanz der Westdeutschen gegenüber den ausländischen Arbeitern auf: Die überwiegende Mehrheit zeigte auf die Fragen nach dem Verhältnis zu Gastarbeitern als Nachbarn, Freunde oder Arbeitskollegen große Gleichgültigkeit (,Ich hätte nichts dagegen ..."), die dann bei den Fragen, die eine engere Beziehung zu den ausländischen Arbeitern ansprachen, (Gastarbeiter als Vorgesetzte oder Schwiegersohn) sehr schnell in Ablehnung umschlug. Nur noch 2,5 % der Befragten würden einen ausländischen Arbeiter als Schwiegersohn gerne akzeptieren, 16 % wäre dies ,sehr unangenehm" (Stern, 13/81).

Die sinus-Studie, die im Auftrag des Bundeskanzleramtes rechtsextreme Einstellung erforschen sollte, stellte fest, daß 13 % der Bundesbürger ,ein ideologisch geschlossenes rechtsextremes Weltbild" besitzen, ,dessen Hauptstützen ein nationalsozialistisches Geschichtsbild, Haß auf Fremdgruppen, Demokratie und Pluralismus sowie eine übersteigerte Verehrung von Volk, Vaterland und Familie sind." Als ,Rückgrat des rechtsextremen Weltbildes" benannten die Sozialforscher ,das reaktionäre Menschenbild", das insbesondere die Ablehnung der Ausländer miteinschließt.

,Die wahrhaft 'tödliche Bedrohung für unser Volk' jedoch sind die Gastarbeiter, die das Land 'überfremden' und damit den Bestand, die Rasse und die Identität des deutschen Volkes gefährden. Originalton: 'Bald müssen die Deutschen in die Löcher krabbeln und die anderen sind die Herren.' Die stereotypen Argumente: 'Die Fremdarbeiter' nehmen den Deutschen die Arbeit weg, sind Drückeberger und streichen Kindergeld zu Lasten deutscher Steuerzahler ein. Wenn es so weitergehe, drohe eine 'ungeheure Katastrophe'." (aus Spiegel 12/81).

Bei allen Vorbehalten gegen Inhalt und Methoden dieser Art von Meinungsumfragen geben diese beiden Beispiele Hinweise darauf, wie fruchtbar der ideologische Boden ist, den die ,verantwortungsbewußten deutschen Professoren" bearbeiten. Auch wenn sie sich die Finger nicht schmutzig machen, gibt ihre Afterwissenschaft die Rechtfertigung für diejenigen ab, die Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in die Tat umsetzen. Bei sämtlichen faschistischen Gruppierungen, die in letzter Zeit Terroranschläge, vor allem gegen Ausländer verübt haben, nimmt der Rassismus einen zentralen Stellenwert in deren ideologischem Selbstverständnis ein.

,Arierblut - höchstes Gut!"

Das Schwarze Korps mit dem Untertitel ,Die Revolutionäre Stimme des Nationalen Sozialismus", lange Zeit führendes Organ innerhalb der Wehrsportgruppe Hoffmann, bringt dies deutlich zum

Ausdruck. In der Ausgabe vom Mai 1978 steht zu lesen: „Wir bekämpfen bis aufs Messer jede Bestrebung, die versucht, das deutsche Volk als geschichtliche, kulturelle und biologische Gemeinschaft zu vernichten, um es durch einen unbegrenzt manipulierbaren Rassenbrei zu ersetzen.“ Der Chauvinismus, der im Schlußsatz dieses Pamphlets „Arierblut-höchstes Gut!“ zu Tage tritt, bildet auch die Grundlage des Kampfliedes des Schwarzen Korps:

„Deutschland, erwache aus deinem bösen Traum, gib fremden Juden in deinem Reich nicht Raum!
Wir wollen kämpfen für dein Auferstehn.

Arisches Blut soll nicht untergehn.“

In einer anderen Ausgabe dieses Untergrundblattes (Nr. 11) beweisen die WSG-Schreiber, daß sie ihre Lektion gut gelernt haben:

„Rassenmischung ist der wahre Völkermord. (...) Lebensunfähige, die nach göttlichem Willen nicht aufwachsen sollten, dürfen nicht mit Riesenaufwand der Arbeitenden am Leben erhalten werden. (...) Wir sollten als Landsleute nur die anerkennen, die geistig gesund sind, nicht nur im medizinischen, auch im rassischem Sinn. Nur wer Arier ist, und zwar bewußt und überzeugt, ist auch Deutscher.“

(Alle Zitate aus: Müller, R., Militante Neonazis. Die Wehrsportgruppe Hoffmann; in: W. Benz 1980).

Hoffmann als Rassist der Tat bot bereits 1975 nach einer Meldung der FAZ vom 28.10.75 dem Smith-Regime mehrere 100 Söldner (laut ZANU über 1000 Mann) im Kampf gegen die nationale Befreiungsfront in Zimbabwe an.

Die Volkssozialistische Bewegung Deutschlands (VSBD), die zu den militandesten Gruppierungen im rechten Spektrum gehört und die wegen ihrer allzu getreuen Nachahmungsversuche der NSDAP endlich höchstministeriell verboten wurde, weiß bereits in ihrem Schulungsbuch Nr. 2 (vermutlich 1975) zu berichten:

„Die Gleichheit aller Menschen dogmatisch zu verkünden muß die Rassenmischung fördern. Der Hauptgrund für den Niedergang ganzer Völker, Reiche und Kulturen ist in der ersten Linie in der Rassenvermischung zu suchen. Genau dies ist das Ziel der Weltoberungsclique. Die Ausrottung des germanischen Blutes sehen die Einweltler gleich welcher Färbung oder Weltanschauung als wichtige Voraussetzung zum Gelingen ihrer dunklen Pläne an. ...“ (Zitate aus: PDI, Die VSBD-Sammelbecken militanter Rechtsradikaler, 1981, S. 51f)

[Foto: Anschlag der Roeder-Bande auf das Ausländerwohnheim in Lörrach]

[Zeitungsausschnitt:

Zur Person: FR 12.2.82

MICHAEL KÜHNEN (26), unter anderem wegen nationalsozialistischer Propaganda zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilter Neonazi, will nach seiner voraussichtlichen Freilassung im August die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) „reorganisieren“. In einem Interview mit der Wochenzeitung „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“ sagte Kühnen, er erhoffe sich aus der Verknüpfung der Themen Umweltzerstörung und Ausländerfeindlichkeit eine „Massenbasis“ für seine „nationalrevolutionäre Bewegung“. Auf die Frage, ob er mittlerweile Terrorismus prinzipiell ablehne, antwortete Kühnen: „Das habe ich nie getan. Dafür sehe ich auch keinen Grund. Ich lehne einen Terror ab, der sich gegen Unschuldige richtet.“ Er verstehe „jede Aktion“, die sich gegen dieses System richtet und auch gezielt gegen Repräsentanten dieses Systems richtet“.

]

Rassenvermischung mit Gastarbeitern - "Das ist pervers"

Daß Rassismus nicht nur auf dem Papier geschrieben steht, sondern das tragende Selbstverständnis der Mitglieder der Jungen Front (JF), der Jugendorganisation der VSBD, ausmacht, zeigt sich in einem Interview mit 3 Lehrlingen, alle Mitglieder der JF, aus dem Jahr 1979.

„Was für ein Verhältnis habt Ihr zu Ausländern?

Ich bin der Meinung: Deutschland den Deutschen, ja und Ausländer sollen schön langsam wieder abgeführt werden. Die haben für uns lange genug gearbeitet und das war ein Fehler ... also: es war gut, daß sie für uns gearbeitet haben, die Ausländer. Man sollte ihnen eine Abfindung geben - die haben genauso Steuern gezahlt wie wir - und dann sollte man sie wieder zurück in ihre Heimatländer führen. Erstens als Grund. Weil wir jetzt selbst genügend Arbeitslose haben. Man muß auch zum Beispiel einen Architekten zwingen können, daß er Straßen kehrt, wenn er keine Arbeit mehr kriegt, ja. Zweitens: Aus rassistischen Gründen. Und zwar, man muß das so sehen: Deutschland hat jetzt zwei Weltkriege durchgemacht, ist immer wieder hochgekommen, egal nach dem dreißigjährigen Krieg und so, ist immer wieder hochgekommen. Und ich seh' das als Gefahr, wenn wir uns jetzt vermischen. Wir sind zwar eine Mischrasse, ja, aber eine bessere Mischrasse als die anderen.

Was ist denn da so gefährlich an der Vermischung der Rassen?

Alle großen Kulturen, die sich vermischt haben, sind zugrunde gegangen, Römer, Ägypter, Griechen. Das hab' ich aus Büchern, und zwar: Ich seh' das wirklich als Gefahr. Nichts gegen Ausländer! Ich kann mich mit einem Türken gut vertragen etcetera, aber: Man muß da vorbeugen. Ich kann mit einem Türken guter Freund sein. Aber wenn es um Sich-Vermischen geht, dann wird das nach meiner Ansicht schon kriminell und man muß dem vorbeugen, weil das einfach nicht geht. Ich kann mich nicht mit einem total anderen Volk, mit ganz anderer Sentimentalität (kein Druckfehler) die die haben, wie wir haben, vermischen. Die sind ganz anders, die haben andere Kultur und so weiter. Ich bin der Meinung, wir sollten auf unsere Kultur festhalten. Wir können ruhig stolz sein, daß wir so eine Kultur haben. Vor allem muß man das mit der Rassenvermischung so sehen: Eine normale, natürliche Rassenvermischung ist natürlich immer drin. Aber in der Art und Weise durch die Gastarbeiter, das ist eigentlich pervers. Die Vermischung, die dadurch eingetreten ist, das ist eine gesteuerte, keine natürliche. Dem muß man vorbeugen.

Du hast gesagt: Wir sind eine etwas bessere Rasse. Was folgt daraus?

Wir haben eine bessere Kultur, wir haben mehr geschafft wie die anderen Völker. Wir sind ein Volk der Denker, der Dichter und der Techniker. Man braucht bloß in die Vergangenheit zurückzuschauen, was wir Deutsche geleistet haben. Kein anderes Volk hat einen Beethoven, einen Bach, einen Mozart und solche Leute hervorgebracht. Und dann schauen wir in der Technik: Wir waren ja schließlich die ersten, maschinell und so weiter, die wirklich am besten vorangekommen sind. Wir sind nach dem Krieg wieder hochgekommen, ja, man hat gedacht, daß es 50 bis 60 Jahre dauert, bis wir wieder hochkommen, haben es aber in 15, 16 Jahren geschafft, daß wir wieder hochgekommen sind. Darum meine ich, daß wir doch was besseres sind wie die anderen".

(Zitat aus: U. Chaussy, Speerspitze der neuen Bewegung. Wie Jugendliche zu Neonazis werden, S. 190; in: W. Benz 1980).

,Befreiung beginnt"

Nicht nur Parolen wie „Türkische Schweine ins KZ“ oder „Türken raus, sonst bomben wir euch raus“ schmierten Neonazis in Kassel. Anfang Februar 1981 sprengten sie Autos türkischer Arbeiter in die Luft (Neue vom 28.1.81). Bisher unübertrifftenes Vorbild für derartige Gruppierungen bietet der führende Kader in der gesamten militanten Faschistenszene, Manfred Roeder, dessen Deutsche Aktionsgruppe 1980 vietnamesische „Halbaffen“ und andere Untermenschen aus dem „Deutschen Reich“ des selbsternannten „Reichsverwesers“ Roeder's hinausbombten. Ziel war ein „Reich ohne Juden und Ausländer“, weshalb die Roederbande Bomben auf das Ausländerwohnheim in Lörrach, auf das Bundesasylantenlager Zirndorf, das Ausländerwohnheim „Hotel Stadt Leinfelden“ in Echterdingen und schließlich auf das Hamburger Ausländerwohnheim an der Halskestraße warfen, wo 2 Vietnamesen in den Flammen umkamen.

Roeder notierte nach dem Mordanschlag in sein Tagebuch:

„Befreiung beginnt“. Damit hat er einen seiner Leitsätze endlich wahrgemacht: „Blut muß fließen!“ (Alle Zitate aus: Stern 4/82).

Die geistigen Erben von Massenmördern

Wiederholt wurde festgestellt, daß die Argumente des Heidelberger Manifestes, soweit man davon überhaupt sprechen kann, nicht neu sind. Sie stellen einen Neuaufguß der Ideologien dar, die in der Tradition des Sozialdarwinismus stehen und deren Wurzeln in das 19. Jahrhundert zurückreichen.

Der eigentliche ideologische Winkelzug des Sozialdarwinismus besteht darin, daß soziale Strukturen und Entwicklungen als das Ergebnis natürlicher bzw. biologischer Gesetzmäßigkeiten ausgegeben werden. Völker und Gesellschaften sind demnach Organismen, die sich gemäß den von Darwin aufgestellten Evolutionsgesetzen entwickeln. Darwin selbst praktizierte allerdings nie die Übertragung der biologischen Gesetzmäßigkeiten auf die menschliche Gesellschaft. Kriege, soziales Elend, Unterwerfung anderer Völker, Rassentrennung etc. sind alles Erscheinungsformen des „Kampfes um das Dasein“ in dem sich das „Recht des Stärkeren“ mittels Auslese der Schwächeren und Minderwertigen schließlich durchsetzt. „Die ganze Darwin'sche Lehre vom Kampf ums Dasein ist einfach die Übertragung der Hobbes'schen Lehre vom bellum omnium contra omnes, und der bürgerlich-ökonomischen von der Konkurrenz, nebst der Malthus'schen Bevölkerungstheorie, in die belebte Natur. Nachdem man dieses Kunststück fertiggebracht ..., so rücküberträgt man dieselben Theorien aus der organischen Natur wieder in die Geschichte und behauptet nun, man habe ihre Gültigkeit als ewige Gesetze der menschlichen Gesellschaft nachgewiesen.“ (F. Engels, MEW 34, S. 170).

Klassenhierarchie, Rassendiskriminierung und die imperialistische Unterjochung anderer Völker sind daher Teil einer natürlichen Ordnung, der keiner zuwiderhandeln darf. Der nationalistischen und klassenspezifischen Eitelkeit eines jeden dieser sozialdarwinistischen Ideologen entspricht es natürlich, daß die eigene Nation und die darin herrschende Klasse jeweils als die Tüchtigste und Auserlesenste begriffen wird.

Nach der französischen Revolution entwickelte sich der Sozialdarwinismus als Kampfideologie der jeweiligen politischen Reaktion. In Frankreich verteidigte mit ersten rassentheoretischen Vorläufern des Sozialdarwinismus der entmachtete Feudaladel seine Privilegien gegen das aufstrebende Bürgertum. Was früher in der Blütezeit des Feudalismus als gottgewollt bzw. als göttliche Ordnung als unantastbar hingestellt wurde, war jetzt in Anerkennung der Rolle der Naturwissenschaften als Ausfluß der natürlichen Ordnung der Dinge ebenso unantastbar.

Im Deutschen Reich wurde sozialdarwinistisches Gedankengut, nachdem sich die Bourgeoisie nach ihrer Niederlage in der Revolution von 1848 bald mit dem Adel arrangiert hatte, schnell zum tragenden ideologischen Selbstverständnis der Herrschenden. Seine besondere Zweckmäßigkeit als Herrschaftsideologie bewies der Sozialdarwinismus darin, daß er sich zur Rechtfertigung der aggressiven Expansionsbestrebungen des deutschen Kapitals vorzüglich eignete, das zunehmend nach einer Neuaufteilung der Welt drängte. „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!“ hieß die Parole. Nicht nur die rassenmäßige Ungleichheit, sondern auch die klassenmäßige, ökonomische Ungleichheit der Menschen fand ihre Legitimation im Sozialdarwinismus. Ebenso eignete sich der Chauvinismus als unmittelbare Ausgeburt von Sozialdarwinismus und Rassismus innenpolitisch zur ideologischen Verseuchung breiter Teile der Bevölkerung, des Kleinbürgertums genauso wie der Arbeiterbewegung.

Der Chauvinismus ist mit dem unschätzbaren Vorteil für die herrschende Klasse verbunden, daß die rassistische Selbstüberhöhung des eigenen Volkes als zweckmäßiges Mittel zur Identifikation der Massen mit der „Volksgemeinschaft“ und zur Schaffung eines Nationalbewußtseins dient, demgegenüber alle Formen der Klassenauseinandersetzung verwerflich sind. Im Kampf gegen die erstarkende Sozialdemokratie und gegen den Marxismus als weltanschaulicher Grundlage der Arbeiterbewegung erwies sich der Sozialdarwinismus mit all seinen ideologischen Abkömmlingen bisher als wirksame Waffe in der Hand der herrschenden Klassen. Nicht zuletzt durch die ideologische Verhetzung mit rassistischer und chauvinistischer Propaganda breiter Teile der Bevölkerung sind die Katastrophen der Menschheit in Form der beiden Weltkriege erst möglich gemacht worden.

[Bild 6. Abbildung: Zeitungsausschnitt in Frakturschrift; Text (Kursives im Original gesperrt): Ziel und Weg Zeitschrift des Nationalsozialistischen Deutschen Ärzte-Bundes, e.V. 3. Jahrgang 1933 Heft 9

Wir übernehmen die Führung

Zusammenfassend hat die nationalsozialistische Regierung unter Beweis gestellt, daß es ihr mit der Reinigung des Volkskörpers ernst ist. Auch ist auf den Wunsch des Führers ausdrücklich amtlich verlautbart worden, daß die negativen Maßnahmen nur der Anfang sind und daß die positiven aufbauenden bevölkerungspolitischen Gesetze folgen werden. Ohne Steuerreform und Lastenausgleich für Familien wird es nicht möglich sein, die Voraussetzungen für die Gesundung des deutschen Volkskörpers zu erreichen. Erst wenn wir den erbgesunden kinderreichen Familien den durch Tariflohn, Arbeitszeitverkürzung und Gleichmacherei verloren gegangenen Nahrungsspielraum wiedergeben, wird es möglich sein, die Seele des Volkes für die Höherentwicklung der Familie, der deutschen Art und Rasse zu gewinnen! Nur dann werden wir als Volk einer tausendjährigen Geschichte und einer besseren Zukunft entgegengehen!

[Foto: Presseempfang beim Aufklärungsamt für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege im Hotel „Kaiserhof“ zu Berlin, bei dem Dr. Groß und Prof. Staemmler über die Notwendigkeit zielbewußter Mitarbeit der Presse sprachen. Das Bild zeigt links Pg. Med.-Rat Dr. Gütt vom Reichsinnenministerium, der dort die rassenhygienischen Fragen bearbeitet. Am Rednerpult Pg. Prof. Staemmler, rechts am Tisch u. A. Dr. Groß und Dr. Wagner, München]

]

Die Vordenker des Faschismus

Die wissenschaftlichen Apologeten des Rassismus erlebten in Deutschland ab 1890 ihre erste Blütezeit, 10 Jahre nachdem Nietzsche die philosophischen Grundlagen dazu beigesteuert hatte. Das besondere Interesse des deutschen Kapitals an der Ausformulierung dieser Ideologie dokumentiert sich in der 1900 von Friedrich Alfred Krupp finanzierten Preisaufgabe an die deutsche Wissenschaft: "Was lernen wir aus den Prinzipien der Descendenztheorie in bezug auf die innerpolitische Entwicklung der Völker?" Unter den "Lösungen" fanden sich damals bereits Artikel, die als unmittelbare Vorläufer der später von den Nazis praktizierten Rassenbiologie und Rassenhygiene gelten können.

In der Zeit der Weimarer Republik wurden von einer großen Zahl von zweifelhaften Anthropologen und intellektuellen Ideologen wie Ploetz, Günther, Fischer, Lenz, Schallmeyer, Gütt, Rüdin und vielen mehr, auf dem Papier all das ersonnen, was der Faschismus wortwörtlich in seine Propaganda übernehmen und zur Grundlage seiner blutigen staatlichen Praxis machen konnte.

Die Ausjäte minderwertigen Erbguts, die Ausmerzung entarteter Erbmasse, der schon damals drohende Volkstod der Deutschen aufgrund einer zu niedrigen Geburtenrate, der biologische Untergang durch die Vermischung mit der jüdischen und anderen minderwertigen Rassen, die natürliche Auslese der Schwachen und Kranken, das Recht des stärkeren Volkes, die Deutschen als die einzige kulturschöpfende Rasse, die Aufartung und rassische Erneuerung-die Beispiele ließen sich endlos fortsetzen-, all dies ist keine Erfindung der Nazis, dies ist den Hirnen der "Intelligenz" der Weimarer Republik entsprungen und fand insbesondere unter der Ärzteschaft bereitwilligste Aufnahme. Bereits 1920 veröffentlichten der Jurist Karl Binding und der Psychiater Alfred Hoche ihre Schrift "Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens", seit 1906 existierte in Form des Mittgart-Bundes der Vorläufer des später von SS-Führer Himmler verwirklichten Lebensborn zur systematischen Züchtigung von reinrassigen Ariern; lange bevor 1933 das Sterilisierungsgesetz, "Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" von den Nazis erlassen wurde, lag dies in den Schubladen deutscher Psychiater, ausgearbeitet u.a. von Prof. Dr. E. Rüdin, Direktor der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie in München.

In den Schundwerken der Neonazis und nicht zuletzt im Heidelberger Manifest und seinem Begleitmaterial erleben die biologistischen Anschauungen der faschistischen Massenmörder und ihrer pseudowissenschaftlichen Vorfahren ihre teilweise wortwörtliche Wiedergeburt. Es ist erschreckend, daß es überhaupt noch Vertreter der Wissenschaft gibt, die immer noch nicht die Lehre aus dem größten rassenbiologischen "Experiment" aller Zeiten, dem Hitlerfaschismus gezogen haben. Im Gegenteil, diese Professoren benutzen ihren Titel und ihre Autorität als Wissenschaftler, um all diese längst als diskreditiert geglaubten Ideologien wieder denkbar zu machen.

[Bild7. Foto: Säuglinge an einem Tisch aufgereiht; Bildunterschrift: Fließbandproduktion von reinrassigen Ariern in einem Lebensborn-Heim]

Der Sozialdarwinismus - tragende Ideologie moderner Wissenschaft

Trotz aller methodischen Verfeinerungen durch die Entwicklung der modernen Statistik haben sich die Vertreter der Londoner Schule bis heute inhaltlich nicht über das Niveau von Galton hinausbewegt. Vor allem Burt und Eysenck waren darum bemüht, die Erblichkeit von Kriminalität, die Sozialstruktur der kapitalistischen Gesellschaft als unmittelbares Produkt der Erbmasse der Menschen nachzuweisen und mit wahrhaft missionarischem Eifer gegen die Gleichheit der Menschen zu wettern. In gewisser Hinsicht sind Kurt, Eysenck, Jensen und all ihre wissenschaftlichen Epigonen die einflußreichsten Bildungspolitiker der Gegenwart. Unter Berufung auf deren Pseudowissenschaft kämpft die Reaktion verbissen um die Erhaltung des traditionellen dreigliedrigen Schulwesens.

Die meisten der gängigen diagnostischen Verfahren in Psychologie und Pädagogik, vor allem die Intelligenzmessung, basieren auf dem Gedankengut des Sozialdarwinismus: Eine unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen zustandegekommene individuelle Befähigung wird als konstante und unveränderbare Eigenschaft den Genen der jeweiligen Person angedichtet. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Sozialwissenschaften beschäftigt sich ausschließlich damit, diesen Unsinn in immer neuen Varianten wiederzukäuen.

Den vorläufigen Gipfel aller sozialdarwinistischen Logik erreichte der US-amerikanische Psychologe Herrnstein, für den die Tendenz arbeitslos zu werden, ebenso erbbedingt ist, wie es bei schlechten Zähnen der Fall ist. Herrnstein steht mit seinem Unsinn nicht alleine. Die ganze Riege der namhaftesten Vertreter der Genetik und Zellbiologie-ihre Liste liest sich fast wie ein Who's Who der Nobelpreisträger der Biologie-spielen mit dem Gedanken, demnächst im Labor den perfekten Menschen (intelligent und anständig soll er sein) am Fließband zu produzieren. Selbst dem früheren Generaldirektor der UNESCO und vielgepriesenen "Senior der Evolutionstheorie", Sir Julian Huxley erscheinen "eugenische Maßnahmen" in Sachen Intelligenz zweckdienlich; das sei "für Überlegungen zum Problem möglicher rassischer Unterschiede ebenfalls sehr wichtig."

Der Sozialdarwinismus ist in verschiedenen Varianten im Denken in der bürgerlichen Gesellschaft und in der Wissenschaft weit verbreitet. Insbesondere in den Sozialwissenschaften ist die ideologische Verkehrung des Sozialdarwinismus von Natur und Gesellschaft beheimatet.

Bestes Beispiel bietet die Psychologie und einige ihrer namhaftesten Vertreter, die wir schon oben kennengelernt haben. Die sog. Londoner Schule ist die Gründung eines der ersten Vertreter des Sozialdarwinismus, Sir Francis Galton, einem Vetter Darwin's, der es sich zu Ende des letzten Jahrhunderts zur Aufgabe gemacht hat, die Erbbedingtheit der Unterschiede der intellektuellen Leistungsfähigkeit zwischen den einzelnen Menschen und Rassen nachzuweisen. Konsequenterweise entwickelte Galton als erster überhaupt aus seinen sozialdarwinistischen Anschauungen über Rasse und Vererbung die Forderung nach eugenischen Maßnahmen. Zur Fortpflanzung sollten nur noch die zugelassen werden, die sich rassisch wie intellektuell als die Tüchtigsten erwiesen hätten; Vermischung mit minderwertigen Genen dagegen bedeutet den Untergang.

Prof. Jensen hat zur Steuerung der menschlichen Rasse-Züchtung bereits konkrete Vorüberlegungen angestellt. Trotz gewisser Hemmungen, weil es Hitler mit der Eugenik nun doch zu schlimm getrieben hätte, möchte er die alten Tabus einreißen und plädiert im Magazin GEO (3/81) für Geburtenbeschränkungen der Schwarzen. Sein Vorschlag: Jeder Schwarze, der sich sterilisieren lässt, soll eine Prämie von 1000 Dollar für jeden IQ-Punkt bekommen, mit dem er beim Intelligenztest unter dem Durchschnittswert 100 liegt (alle Angaben aus konkret 11/80). Einige Genetiker sehen auch der Zeit gefaßt ins Auge, wo ihrer Meinung nach mit Zwangsmaßnahmen "unerwünschte Gene" an der Fortpflanzung gehindert werden müssen. Vielleicht finden sich demnächst verantwortungsbewußte deutsche Professoren, die erste Entwürfe für neue Rassegesetze vorlegen?

Erfreulicherweise gibt es unter Biologen und Anthropologen verantwortungsbewußte Professoren in anderer Hinsicht. Als Antwort auf den bereits zitierten Brief von W. Weis, dem "Ehrenvorsitzenden" der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung veröffentlichten die beiden Vorsitzenden der Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik eine Pressemitteilung, die die wissenschaftliche Unhaltbarkeit der sozialdarwinistischen Propaganda scharf angreift.

Hier wird mit dem ernst gemacht, wozu ein UNESCO-Kongreß bereits im Jahre 1950 gelangt war, nämlich daß jegliche Eugenik, die davon ausgeht, daß menschliches Sozialverhalten erblich sei, wissenschaftlicher Humbug ist. Es wäre zu begrüßen, wenn sich mehr Wissenschaftler ihrer Verantwortung bewußt würden und in der Öffentlichkeit der mit schein-wissenschaftlichen Argumenten betriebenen Volksverhetzung entgegen treten würden. Hier muß auch einmal bewußt die Frage gestellt werden, wie weit die Freiheit von Forschung und Lehre reicht, ob unter dem Deckmantel der Pluralität von Wissenschaft die erwiesenermaßen unwahren und in der Konsequenz mörderischen Lehren des Sozialdarwinismus weiterhin einen Platz haben dürfen!

[Nachdruck:

[Seite]1238

MITTEILUNGEN DES VERBANDES DEUTSCHER BIOLOGEN E.V.

In jüngster Zeit verschickt eine Vereinigung unter dem scheinwissenschaftlichen Namen "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" Rundschreiben "an alle Lehrer und Erzieher im deutschen Sprachraum", in denen ganz unverblümt rassistisches Gedankengut propagiert wird, das der pseudowissenschaftlichen Ideologie der Nationalsozialisten weitgehend entspricht. Man beruft sich dabei sehr einseitig auf angeblich eindeutig abgesicherte Ergebnisse genetischer, anthropologischer, psychologischer und ethologischer Forschung, die in dieser Form unseres Erachtens von wissenschaftlicher Seite nicht unwidersprochen bleiben dürfen.

Unter anderem wird in diesem Rundschreiben unter Berufung auf Untersuchungsergebnisse der angelsächsischen Psychologen Eysenck und Jensen behauptet, daß die "geistige Entwicklung eines Menschen überwiegend von den Genen und nicht von der Umwelt bestimmt wird; die feststellbaren Unterschiede zwischen Einzelmenschen und Rassen seien auf Grund der Erkenntnisse der Genetik, insbesondere der Zwillingsforschung weitgehend erblich bedingt". Abgesehen davon, daß diese Aussage von einem wissenschaftlich gar nicht vertretbaren statistischen Rassenkonzept ausgeht und nicht definiert, was hier unter "geistig" zu verstehen sei, muß festgestellt werden, daß die von den beiden zitierten Autoren gezogenen Schlußfolgerungen weit über die sehr unvollständigen Daten auf dem Gebiet der menschlichen Verhaltensgenetik hinausgehen und daß insbesondere Schlüsse über die genetische Bedingtheit durchschnittlicher Intelligenzunterschiede zwischen "Rassengruppen" auf Grund der vorliegenden Daten und der verwendeten Meßmethoden für "Intelligenz" (sog. Intelligenztests) unter gar keinen Umständen gezogen werden können, da zwischen den "Rassengruppen" erhebliche Unterschiede bezüglich der Umwelt, vor allem der Chancen zu lernen und sich fortzubilden, bestehen. In jedem Fall sind die individuellen Unterschiede innerhalb der "Rassengruppen" erheblich größer als die mit jenen Verfahren festgestellten "durchschnittlichen" Unterschiede zwischen diesen Gruppen. Auch was die Unterschiede zwischen den Individuen betrifft, wissen wir heute, daß die Wechselbeziehungen zwischen den genetischen Faktoren und Umwelteinflüssen offensichtlich außerordentlich kompliziert und derzeit noch keineswegs vollständig verstanden sind. Daß individuelle Veranlagungsunterschiede bestehen, wird kein vernünftiger Mensch ernsthaft bezweifeln, es ist daher bare Demagogie, wenn - wie in dem Rundschreiben geschehen - der Satz aus der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, daß alle Menschen "gleich geboren" seien, in diesem Zusammenhang diskriminiert wird; denn es war und ist damit selbstverständlich die Gleichheit vor der Rechtsprechung gemeint, die durch bestehende individuelle Veranlagungsunterschiede natürlich in keiner Weise eingeschränkt werden kann und darf.

Weiterhin wird in dem Rundschreiben in altbewährter Demagogen-Manier behauptet, daß "unsere biologische Substanz durch Geburtenarmut und Masseneinwanderung von Ausländern gefährdet" sei, es verändere sich dadurch "nicht die Quantität, sondern auch die Qualität unseres Volkes". Natürlich fehlt auch der altbekannte, deshalb jedoch keineswegs richtige Hinweis nicht, daß "Geburtenrückgang und Hereinholen fremder Menschenmassen auch bei den zugrunde gegangenen Kulturen der Antike Vorboten des Unterganges" gewesen seien. Demgegenüber ist von naturwissenschaftlicher Seite festzustellen, daß es keinen tragfähigen Nachweis einer direkt "kulturschädigenden" oder gar "zerstörerischen" Wirkung von Geburtenregelung und Einwanderungen gibt. Auch "Rassenmischung"

hat keine biologisch belegbaren nachteiligen Folgen. Hingegen hat der Austausch zwischen unterschiedlichen Kulturen und das Zusammenleben von ursprünglich verschiedenen Bevölkerungsgruppen häufig zur fruchtbaren Weiterentwicklung von Kulturen beigetragen.

Schließlich behaupten die Autoren des Rundschreibens, daß "der Geist eine stammesgeschichtlich entwickelte überpersönliche Orientierungs- und Lebensfunktion des menschlichen Organismus" sei, woraus sich auf biologischer Basis der moralische Imperativ eines betont "rassen"-erhaltenden Verhaltens ableiten lasse. Die moderne Evolutionsbiologie und Verhaltensforschung ist dahingegen in Übereinstimmung mit Darwins ursprünglicher Selektionstheorie zu dem Schluß gelangt, daß es in der ganzen Evolution der Organismen nie ein primär "arterhaltendes", geschweige denn ein "rassen-erhaltendes" Antriebs- und Steuerungsprinzip gegeben hat.

Die im Rundschreiben aufgestellten scheinwissenschaftlichen Behauptungen finden demnach keine tragfähige Stütze von Seiten der modernen biologischen Forschung, insbesondere auch nicht durch die naturwissenschaftliche Anthropologie, durch die Humangenetik und die Verhaltensforschung. Umso irreführender ist es, daß die "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" ausgerechnet die Bezeichnungen dieser naturwissenschaftlichen Disziplinen in ihrem Namen führt. Die "Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik" als die internationale wissenschaftliche Dachorganisation deutschsprachiger Anthropologen und Humangenetiker distanziert sich daher in aller Schärfe von der Ideologie und den Aktivitäten der pseudowissenschaftlichen "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung". Wir halten deren propagandistische Aktivitäten für gefährlich, weil sie zu einer wissenschaftlich untragbaren ideologischen Indoktrination der mit dem Rundschreiben angesprochenen Lehrer und damit auch der vor ihnen unterrichteten Schüler überall dort führen kann, wo fundierte Fachkenntnisse fehlen oder auf einem überholten Kenntnisstand verharren. Die in dem Rundschreiben als zusätzliche Informationsquelle empfohlene Zeitschrift "Neue Anthropologie", herausgegeben von derselben Vereinigung, enthält die gleiche gefährliche Mischung von scheinwissenschaftlicher Argumentation und "gestriger" politischer Ideologie, von der ebenfalls propagierten Kolbenheyerschen "Philosophie" einmal ganz zu schweigen. Die Gefahr, die von dieser Gruppierung für unsere Bevölkerung, insbesondere für unsere Jugend ausgehen könnte, darf jedenfalls nicht verharmlost werden, was durch die erschreckende Zahl und die Aktivitäten der Sympathisanten sowie ihrer Internationalen Verflechtung noch bekräftigt wird.

Prof. Dr. Ch. Vogel (Geschäftsführender Vorsitzender der "Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik").

Prof. Dr. F. Vogel (Vorsitzender "Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik").

VERBAND DEUTSCHER BIOLOGEN E.V.

Vorsitzender: Prof. Dr. H. Altner, Fachbereich Biologie d. Universität, Universitätsstraße 31, 8400 Regensburg. Geschäftsführer Prof. Dr. L. H. Grimme, Studienbereich Biologie-Chemie der Universität, Postfach, 2800 Bremen 33, Tel. 0421/218 - 2389. Schatzmeister: Dr. S. Pütter (Stellvertr. K. Kannengiesser), pharm.-chem. Fabrik MEDICE, Postfach, 5860 Iserlohn. Bankverbindungen: Postscheckamt Dortmund, BLZ: 440 100 46, Konto-Nr.: 84365-469; Volksbank Iserlohn, BLZ 447 600 37. Konto-Nr.: 176 009 500. Schriftleitung der Mitteilungen: Dr. R. Hampp, Lehrstuhl für Botanik der Technischen Universität, Arcisstr. 21, 8000 München 2.
]

"Haltet den Dieb ...!"

Seine sozialpolitische Funktion erfüllt das Heidelberger Manifest und die ihm geistesverwandte Propaganda nicht allein dadurch, daß sich der Kreis der sowieso Rechtsgesinnten zum wiederholten Male bestärkt fühlt und sich einige aus ihren Reihen zu blutigen Taten aufgerufen fühlen. Dies macht nur einen Teil der Bedrohlichkeit aus, die von solchen Aufrufen ausgeht. Seine mögliche Breitenwirkung erhält dieses rassistische Machwerk sicherlich in erster Linie daher, daß es gezielt an

der vorhandenen Ausländerfeindlichkeit in der BRD ansetzt, die nicht auf das Umfeld einiger reaktionärer Gruppierungen beschränkt ist, sondern der mehr oder weniger direkt durch Äußerungen der großen Parteien und durch staatliche Maßnahmen Vorschub geleistet wird.

Den eigentlichen Nährboden für die Ausländerfeindlichkeit bilden die sozialen Auswirkungen der konjunkturellen Krisenzyklen, deren Folgen zunehmend weniger von konjunkturellen Erholungsphasen kompensiert werden. Massenarbeitslosigkeit ist seit 1974 zum Dauerzustand geworden, wobei auch die besonderen Folgen der hohen Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsmisere zu bedenken sind. Zudem bietet nicht jeder Ausbildungsplatz einen qualifizierten Beruf mit Zukunftsperspektive an.

Die neuen alten Sündenböcke

Was für große Teile der Arbeiterschaft und Angestellte gilt, das Arbeitsplatzrisiko, Gefahr der Dequalifizierung, materielle Einschränkungen und unsichere Zukunftsperspektive trifft auch in gewisser Hinsicht auf das Kleinbürgertum zu. Das Anschwellen der Konkurswelle auf eine neue Rekordhöhe, wobei der Ruin von kleinen und mittleren Unternehmen die Masse der Konkurse ausmacht, ist ein Anzeichen dafür, wie weit das Kleinbürgertum von der Krise betroffen ist. Das von sozialer Deklassierung bedrohte Kleinbürgertum zusammen mit einem Teil der ebenso betroffenen Angestellten bildet leicht ein Potential, bei dem reaktionäre Propaganda verfängt.

Die Verbreitung rassistischer Ideologie und Erzeugung von ganz handfester Ausländerfeindlichkeit erfüllt in dieser Situation hauptsächlich zwei Funktionen:

Sie dient einmal als sozialpolitisches Ventil, indem die zurecht bestehende soziale und wirtschaftliche Unzufriedenheit gegen die Ausländer als scheinbare Ursache umgelenkt wird. Ganz offenkundiger Rassismus gepaart mit Chauvinismus dient in gewisser Hinsicht als sozialpsychologische Krücke. Der Einzelne gewinnt dadurch wieder an Selbstbewußtsein indem er sich als Teil der Gemeinschaft der "Übermenschen" fühlt, die sich gegen die Bedrohung durch die minderwertigen Fremden wehren müssen. Damit kommen wir zur zweiten Seite der "Sündenbockfunktion" der Ausländer, was die Ausländerfeindlichkeit so attraktiv für Unternehmerkreise macht. Dadurch, daß die alleinige Existenz der Ausländer für die Auswirkungen der Krise wie Arbeitslosigkeit, Kriminalität, skandalöse Verhältnisse an den Schulen etc. verantwortlich gemacht wird, wird zugleich von den eigentlichen Ursachen der Krise abgelenkt, die schließlich im ökonomischen Bereich liegen.

„Die Ursache für den Antisemitismus ist also nicht bei den Juden, sondern bei den Antisemiten zu suchen. Der Antisemitismus erweist sich somit als eine Ideologie, die die vorhandenen Aggressionen auf ein Objekt lenkt, das mit den Ursachen der Aggressionen nicht mehr zu tun hat als beliebige andere Objekte. Den gleichen Charakter haben die übrigen Varianten der faschistischen Sündenbockphilosophie: Zigeuner und Fremdarbeiter, Homosexuelle und Freimaurer müssen als Aggressionsobjekte herhalten, ohne daß auch nur ein entfernter Zusammenhang mit den Übeln der bestehenden Gesellschaft und dem Elend der Massen zu erkennen wäre. Hier wird deutlich sichtbar, daß diese Feindgruppen nur dazu dienen, von den wirklichen Ursachen sozialer Unsicherheit und Deklassierung abzulenken.“ (R. Kühnl: Formen bürgerlicher Herrschaft, 1971, S. 94).

Das Argument der Energieverknappung bzw. -verteuerung als Ursache der Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft stellt auch nur eine modifizierte Form der Ausländerfeindlichkeit dar, denn auch hier wird eine bestimmte Sorte von Ausländern zum Sündenbock gestempelt, nämlich die Ölscheichs, die „unser“ Öl nicht rausrücken wollen. Die Frage danach, wieso der Energieverbrauch in der BRD so übermäßig groß ist, fällt dabei schnell unter den Tisch. Diese Propaganda bietet vielmehr den Boden für die Forderung, daß „wir“ demnächst „unser“ Öl selbstständig besorgen.

„Geschichte ist eine Geschichte von Rassenkämpfen...“ (J. Rieger)

Die Ausländer als Sündenbock lenken nicht nur von den eigentlichen Ursachen und Verantwortlichen der Krise ab, darüberhinaus führt dies zu falschen Identifikationen mit den angeblichen nationalen Interessen der Deutschen, die es gegen die fremden Eindringlinge zu verteidigen gilt. An die Stelle des Klasseninteresses, das deutsche und ausländische Arbeiter als Lohnabhängige aufgrund ihrer gemeinsamen Stellung gegenüber den Kapitaleignern miteinander teilen, versucht die reaktionäre Propaganda die Bindung an die Rasse zu setzen. Deutsche Arbeiter sollen sich mit deutschen Unternehmern solidarisieren. Sie sollen nicht zusammen mit ausländischen Arbeitern beispielsweise den Kampf gegen Lohnabbau und für den Erhalt der Arbeitsplätze führen.

An vielen Stellen geben die neuen Nazi-Ideologen ganz deutlich zu erkennen, daß sie den Klassenbegriff durch den Rassenbegriff mit dem Ziel der Schaffung einer nationalen Volksgemeinschaft ersetzen wollen.

Zugleich beweisen sie damit aber auch, wie bruchlos sie an die Propagandamethoden des Hitlerfaschismus anknüpfen. Die Funktion der rassistischen Propaganda hat keiner besser beschrieben als Hitler selbst. In einer geheimen Broschüre für Industrielle mit dem Titel „Der Weg zum Wiederaufstieg“ die Hitler 1927 auf Wunsch des führenden Kohlemagnaten E. Kirdorf verfaßte, heißt es:

„Das deutsche Volk zerfällt immer stärker in sich todfeindlich gegenüberstehende Lager. Diese schließen sich in steigendem Maße gegenseitig ab und verwandeln sich in geschlossene, sich selbst genügende Körper, von denen der eine, der marxistische als Fremdkörper innerhalb des eigenen Volkes alle Beziehungen zur Nation leugnet, um statt dessen die Verbindung zu analogen Gebilden anderer Nationen aufzunehmen. (...)

Angesichts eines solchen tatsächlichen Zustandes ist aber jede Hoffnung auf politischen Wiederaufstieg reinste Utopie. Denn die Voraussetzung zu einer wirklichen Wiedererhebung der deutschen Nation ist nicht die Erfüllung und Befriedigung von so und soviel Forderungen des Tages als vielmehr der Wiedergewinnung der inneren Kraft der Nation, die in einer allgemeinen, solidarischen Erkenntnis über die Notwendigkeit ihres Bestandes und der daraus sich ergebenden Verbundenheit liegt. Diese aber fehlt. (...)

Jedes Volk braucht zur Entfaltung seines eigenen Ichs den nötigen Raum auf dieser Welt. Die Aufgabe der Politik ist es, dafür zu sorgen, daß einer veränderlichen Zahl der starre Raum stets angepaßt und angeglichen wird. Da ein Volk nur dann als gesund bezeichnet werden darf wenn es am allgemeinen Lebenskampf teilnimmt, dieser aber als Voraussetzung die Vermehrung eines Volkes hat, muß die Politik es als ihre höchste Aufgabe betrachten, diesem natürlichen Imperialismus die ebenso natürliche Befriedigung zu geben. (...)

Um diese Mission zu erfüllen, braucht man aber neben der Größe der Einzelperson die zu einer gemeinsamen Interessengemeinschaft eng zusammengeschlossene Nation. ... Anstelle des Volks- und Rassenwertes huldigen Millionen von Menschen unseres Volkes heute dem Gedanken der Internationalität. (...) Die neue Bewegung lehnt kategorisch jede Standes- und Klassenteilung ab und proklamiert an deren Stelle eine zusammenfassende deutsche Einstellung ...

Die nationalsozialistische Bewegung erkennt weiter als wesentlichste Voraussetzung zur Lösung dieser Aufgabe und für die Bildung eines einheitlichen Nationalkörpers die restlose Eingliederung des sogenannten vierten Standes in die Volksgemeinschaft. Sie sieht dann nicht ein theoretisches Problem, sondern die Lebensvoraussetzung für unser Volk. Sie wünscht, daß diese Millionenmasse unseres Volksgutes aus den Händen ihrer derzeitigen internationalen, meist undeutschen Verführer und Leiter genommen wird und ihre volle Eingliederung in den Rahmen der Nation und des Staates findet ...

Sie formuliert aus den beiden bisher mißverständlichen aufgefaßten und daher trennenden Begriffen „Nationalismus“ und „Sozialismus“ einen neuen verbundenen, indem sie feststellt, daß höchster Nationalismus wesensgleich ist mit höchster Vorsorge und höchster Sozialismus gleich ist mit

höchster Volks- und Vaterlandsliebe und mithin beides die verantwortliche Erfüllung ein und derselben völkischen Pflicht darstellt ..."

Deutsche Maschinen im Ausland - ein trojanisches Pferd

Es ist in NPD-Kreisen schon seit längerem in Mode gekommen, die Ausländerfeindlichkeit mit dem Entwicklungshilfegedanken zu verbinden. Man will die Ausländer nicht einfach so rauschmeißen, sondern ihnen ein paar Maschinen mitgeben, damit sie in ihrem Heimatland auch ordentlich arbeiten können und nicht wieder auf die Idee kommen, in die BRD als dem gelobten Land zu kommen.

.... muß es oberster Grundsatz der Wirtschaft sein: nicht die Menschen zu den Maschinen bringen, sondern die Maschinen zu den Menschen. Das Übel an der Wurzel packen heißt, durch gezielte Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen der Gastarbeiter in ihren Heimatländern zu verbessern-und nicht hier bei uns." (Heidelberger Manifest) Abgesehen davon, daß sich der Heidelberger Kreis indirekt dafür ausspricht, die ausländischen Arbeiter in der BRD ruhig in ihrem Elend zu belassen und sie als Bürger 2. oder 3. Klasse zu behandeln, so ist das Argument der Maschinen, die zu den Menschen gebracht werden sollen, in diesem Zusammenhang pure Demagogie. Nimmt man das Beispiel der Türkei, so ist die Verelendung der Bevölkerung in der Türkei und der Zwang zur Arbeitsimmigration gerade eine Folge dessen, weil die Maschinen zu den Menschen gebracht worden sind. Die Maschinen kamen nicht in die Türkei, um dort uneigennützig für den Bedarf der Bevölkerung zu arbeiten, sondern sie kamen in Form von ausländischen Kapitalinvestitionen, die sich rentieren sollten.

Das taten sie denn auch im Übermaß: Im Zeitraum von 1957 bis 1972 flossen über 80 % des in der Türkei investierten Auslandskapitals in Form von Profiten an die Muttergesellschaften zurück (nach Hakkı Keskin, Die Türkei, 1976). Der größte Teil der türkischen Industrie befindet sich in ausländischer Hand und ist zudem von Zulieferungen aus dem Ausland (Rohstoffe, Produktionsanlagen, Zwischenprodukte) fast vollkommen abhängig. Dies treibt die türkische Wirtschaft in immer tiefere Auslandsverschuldung, Lohnabbau (die gegenwärtigen Arbeiterlöhne sind auf das Niveau von 1960 gesunken), Inflation, Währungsschwäche, Arbeitslosigkeit etc. mit dem Ergebnis, daß die Bevölkerung bei zunehmender Verarmung immer mehr dafür arbeitet, daß die ausländischen Kapitalgeber zu ihrem Geld kommen.

Die Maschinen in der Türkei sind nichts anderes als ein modernes trojanisches Pferd. Die Abhängigkeit vom Ausland ist mittlerweile so weit gediehen, daß die Souveränität der Türkei de facto aufgehoben ist: es herrscht das blutige Regime einer Militärjunta von NATO's Gnaden; der IWF, Weltbank und das westliche Bankenkonsortium diktieren den Wirtschaftskurs; die Militärs verschachern für ein Butterbrot Rohstoffe und Arbeitskraft der Bevölkerung an das ausländische Kapital, allen voran das westdeutsche, das in der Türkei den Großteil der Investitionen hält.

Die Türkei ist kein Einzelfall, sondern ist in ihrer ökonomischen und politischen Entwicklung ein Paradebeispiel für viele Länder der sog. 3. Welt. Es sollte sich daher keiner wundern, wieso solche Massen von sog. „Wirtschaftsasylanten“ plötzlich in die BRD als dem gelobten Land drängen-nachdem durch Kapital und Warenexport die westlichen Großunternehmen unter maßgeblicher Beteiligung des westdeutschen Kapitals es gründlich geschafft haben, die einzelnen Länder wirtschaftlich und politisch in den Würgegriff zu bekommen.

Das „Maschinen-zu-den-Menschen-bringen“ oder die Forderung nach mehr Entwicklungshilfe ist also ein rein demagogisches Argument, solange nicht ausdrücklich die Bedingungen genannt werden, unter denen diese Hilfe erfolgen soll, wobei in vielen Fällen wohl eher der Begriff „Wiedergutmachung“ angebracht wäre. Auch im Hinblick auf die Flüchtlinge aus Vietnam ist die pharisäerhafte Haltung nach dem Motto „Da sieht man's wieder“ wenig angebracht, nachdem die USA sich alle Mühe gegeben haben, das Land in die Steinzeit zurückzubomben.

Ausländer - Schmarotzer am deutschen Volk

Eines dieser demagogischen Argumente, dessen sich Schmidt-Kaler, NPD und andere rechte Gruppierungen gleichermaßen bedienen, besteht darin, Asylanten wie ausländische Arbeiter in der BRD als Schmarotzer am deutschen Volk hinzustellen. Ausländer bekommen überproportional viel Kindergeld, beziehen Arbeitslosengeld, sind Sozialhilfeempfänger, Asylanten bekommen umsonst Kleidung und Essen, dürfen in feinen Hotels wohnen und brauchen dafür nicht einmal zu arbeiten. Ausländische Studenten verursachen den NC und nehmen den Deutschen die Studienplätze weg, ausländische Schüler verstopfen die Schulen und können nicht mal anständig Deutsch.

Jeder Ausländer bekommt zudem bei Grenzübertritt eine halbe Million gratis in Form von Infrastruktur, er darf auf deutschen Autobahnen fahren und deutsches Wasser trinken etc.

„Die Politiker übersehen, daß jeder Asylant praktisch eine halbe Million Mark Infrastruktur vom Wasserwerk bis zur Autobahn geschenkt bekommt.“ so Schmidt-Kaler vor dem Rhein-Ruhr-Klub in Düsseldorf (Mittelbayerische Z. vom 21.10.81). In Grundzüge und Maßnahmen einer Ausländerpolitik, in denen eine konkrete Auslegung des Heidelberger Manifestes geleistet werden soll, liest sich das folgendermaßen: „3. Die Folgekosten der Ausländerbeschäftigung wälzen zusätzliche Lasten in vielfacher Milliardenhöhe in allen Gebieten (Raumordnung, Wohnungsbau, Schule, Bildung, Gesundheit, Soziales, Kultur) auf Länder, Bund und Gemeinden über.“ Diese schmierigen Argumente sind sicherlich am besten dazu geeignet, die Ausländerfeindlichkeit in der deutschen Bevölkerung zu schüren. Denn daß Ausländer faul, dreckig und kriminell sind ist schon immer gängiges Vorurteil gewesen.

Auch hier wäre es dringend notwendig, genau wie mit den angeblichen wissenschaftlichen Beweisen der Rassenbiologen und Erbforscher, die Tatsachen in der Öffentlichkeit wieder zurechtzurücken. Daß ausländische Arbeiter in der BRD kein besonders angenehmes Arbeitsleben genießen, beginnt sich allmählich herumzusprechen, auch, daß sie Steuern und Sozialbeiträge zahlen wie jeder andere Bürger dieses Landes und damit kräftig diesen Staat, seine Infrastruktur und sein Sozialversicherungssystem mitfinanzieren. Weniger allgemein verbreitet hat sich die Schlußfolgerung daraus, daß die ausländischen Arbeiter und ihre Familien in der BRD etwas in Anspruch nehmen, was sie vorher selbst erarbeitet haben. Weitgehend unbekannt ist die Tatsache, daß bisher alle die Ausländer, die wieder in die Heimat zurückkehren,-und das waren bisher einige Millionen,-das westdeutsche Sozialversicherungssystem kräftig subventionieren, da sie in der Regel weniger ausgezahlt bekamen, als sie eingezahlt haben bzw. ihre Ansprüche bei Rückkehr in die Heimat z.T. verfallen.

Völlig unterschlagen wird ferner die Tatsache, daß seit nunmehr fast 20 Jahren Millionen von Ausländern der westdeutschen Wirtschaft und ihren Kapitalbesitzern kräftig Entwicklungshilfe leisten, ohne die das bundesdeutsche Sozialprodukt und der in der BRD angehäufte Reichtum um einiges schmäler ausfallen würde. Anhand des kurzen Rechenexempels, daß beispielsweise jeder Arbeiter bei AEG in 20 Minuten den Gegenwert seines Stundenlohns erarbeitet, kann man sich die Dimensionen dieser Art von Entwicklungshilfe verdeutlichen.

Insgesamt betrachtet, werden die Ausländer zweifach zum Sündenbock gemacht: einmal für die in der BRD existierenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten; zum anderen für die desolaten Verhältnisse in ihren Heimatländern. Beide Male wird von den eigentlichen Ursachen abgelenkt, die in den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und dem damit eng verbundenen Neokolonialismus begründet sind. Wer diese Dinge nicht beim Namen nennt und sich zugleich über die Anwesenheit oder die Einwanderung von Ausländern beschwert, kann nur reaktionäre Propaganda betreiben. Dies ist nicht nur auf neonazistische Kreise beschränkt, sondern findet sich auch in den Aussagen der großen Parteien und von Behörden wieder. Wer diese Mißstände, vor allem die Emigration von Menschen, die schließlich nicht freiwillig, sondern aufgrund politisch und ökonomisch untragbarer Zustände ihre Heimat verlassen, beseitigen will, muß die für diese Entwicklung verantwortlichen Kräfte im eigenen Land angreifen, die zusammen mit anderen westlichen Staaten ihre imperialistischen Machenschaften in der sog. 3. Welt betreiben.

Einer der mindesten Beiträge, die westdeutsche Demokraten hier beisteuern müssen, ist die Verteidigung des Asylrechts, wenngleich dies natürlich nicht die Lösung auf Dauer darstellt. Langfristiges Ziel muß im Rahmen der internationalen Solidarität immer die Unterstützung all der

Kräfte und Bewegungen sein, die in den Heimatländern solche Verhältnisse schaffen, in denen politische Verfolgung, Ausbeutung und Rassendiskriminierung der Vergangenheit angehören.

[Ausschnitte von Zeitungsschlagzeilen: „Bonn bremst Ausländerzuzug“, ...]

Staatlich praktizierte Ausländerfeindlichkeit

Diese kleine Sammlung von Schlagzeilen zeigt deutlich, daß die Politiker in letzter Zeit in Ausländerfragen nicht untätig waren-ganz entgegen den Beschwerden des Heidelberger Kreises. So sehr sich auch Staat und Parteien verbal gegen Ausländerhaß und offen ausländerfeindliche Initiativen wie z.B. das Heidelberger Manifest und das Volksbegehren der Bürgerinitiative Ausländerstopp wenden, so leisten sie doch im selben Atemzug der Ausländerfeindlichkeit Vorschub. Indirekt bestätigen sie die hetzerischen Argumente durch ihre eigene Argumentation: wenn der „ungehemmte Ausländerzuzug“, „die Überschwemmung“ der BRD mit „Scheinasyanten“ etc. anhalte, dann gibt's bei uns Mord und Totschlag.

Die dahinterstehende Logik sieht etwa so aus: Damit die Ausländerhetze nicht weiter um sich greife, muß man die „Ursachen“ der Ausländerfeindlichkeit, nämlich die Ausländer selbst beseitigen! Das heißt in Klartext, beseitigt werden nicht die Probleme, sondern die Personengruppe, die die Probleme angeblich bereitet, indem man die Grenzen dicht macht und den in der BRD lebenden Arbeitern, sofern sie nicht „intergrierwillig“ sind, das Leben schwer macht.

Kein Wort liest und hört man darüber, wieso weltweit die Zahl der Flüchtlinge aus politischen und wirtschaftlichen Gründen ansteigt, kein Wort darüber, in wessen Interesse Millionen von Ausländern in die BRD geholt worden sind, kein Wort darüber, daß Ausländer nicht nur Empfänger von Sozialleistungen sind, sondern diese vorher hart erarbeitet haben, kein Wort darüber, daß das Asylrecht eine demokratische Errungenschaft, eine Konsequenz aus der jüngsten deutschen Geschichte darstellt. Im Gegenteil, man äußert tiefes Verständnis für solche Regimes im Ausland, die ihre Länder auf Kosten der eigenen Bevölkerung als Selbstbedienungsladen für Militärs und multinationale Konzerne führen, wie z.B. in der Türkei, Südkorea, Lateinamerika usw. Diese Regimes und die von ihnen betriebene Ausplünderungspolitik sind eine der Ursachen für die Ströme von politischen und wirtschaftlichen Flüchtlingen.

Niemand tritt bisher von offizieller Seite dem Eindruck entgegen, wonach Ausländer als eine konjunkturelle Manipulationsmasse hingestellt werden:

Aus humanen Gründen haben die Ausländer bei uns arbeiten dürfen, jetzt, wo es uns nicht mehr so gut geht, sollen sie doch bitteschön wieder nach Hause gehen - so oder so ähnlich wird oft in der Öffentlichkeit argumentiert.

Die hohe Politik wäscht ihre Hände in Unschuld. Obwohl sie jahrelang eine Ausländerpolitik praktiziert hat, die durch keinerlei Konzept getragen war-beseelt allein von dem frommen Wunsch, daß die emsigen Geister, die man ins Land gerufen hat, möglichst unauffällig wieder verschwinden, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Es wäre an der Zeit die Geschichte der Arbeitsmigration der letzten Jahre selbstkritisch aufzuarbeiten. Der Arbeitskräfteimport aus den sogenannten Anwerbeländern trug nur zu oft unverkennbare Züge eines modernen Sklavenhandels.

[Foto: Transparent mit der Aufschrift „Die deutschen Kultusminister rufen auf: [der folgende Text in Frakturschrift] Deutsche Studenten: wehrt euch gegen türkische Studienplatzräuber!“ Bildunterschrift: Protest von Studenten gegen KMK-Beschlüsse]

Zitierstelle aus dem Heidelberger Manifest nicht angegeben

CDU und CSU verstehen es immer besser, in der Öffentlichkeit die vielerorts geforderte Integration von Ausländern zum negativ besetzten Kampfbegriff zu machen. Obwohl überhaupt keine inhaltliche

Klarheit über das besteht, was Integration bedeuten soll ob sie mit "Germanisierung" und Einschmelzung gleichzusetzen ist oder ob darunter auch Erhalt der kulturellen Identität verstanden werden kann, umso eindeutiger verbreitet man in Unionskreisen, daß eine Integrationspolitik den "legitimen Interessen" der deutschen Bevölkerung widerspricht (CSU-Stellungnahme) und zur Aufgabe der "nationalen Identität" führe (Dregger vor dem Bundestag am 4.2.82).

Die "totale Umkehr" der Ausländerpolitik anstelle "scheinheiliger Humanitätsbeteuerungen ohne aktives Handeln" fordert die CSU und meint mit aktivem Handeln Förderung der "Rückkehrfähigkeit und Rückkehrbereitschaft" und Kapitalisierung von Sozialbeiträgen. Dregger spricht sich zudem dafür aus, die "Maschinen zu den Menschen" zu bringen und forderte im Namen der Union einen Marshall-Plan zur Wirtschaftsförderung in der Türkei. Aber "Fremdenfeindlichkeit" habe man sich "nicht vorwerfen zu lassen", man komme bei dem Kampf gegen die Einwanderung nur einem "berechtigtem und natürlichem Gefühl der Mitbürger" entgegen, die sonst Opfer eines neuen Rechtsradikalismus würden. Eine bestechende Logik entwickelt da Herr Dregger, man ist dann nicht fremdenfeindlich, wenn man der Ausländerfeindlichkeit der aufgehetzten Bürger-und nichts anderes steckt hinter den "berechtigten und natürlichen Gefühlen der Mitbürger"-nachgibt, denn andernfalls greifen die Bürger zu rechtsradikalen Selbsthilfemethoden.

Bei alledem muß aber unbedingt nach Herkunft der Ausländer unterschieden werden, denn mit Ausländern aus dem "europäischen Kulturkreis" verbinde die Deutschen "die gemeinsame christliche Wurzel europäischer Kultur", demgegenüber die Türken aus dem Kreis des Islam kommand nur in Ausnahmefällen zu integrieren oder gar zu assimilieren seien. Also Türken raus-anders kann diese Aussage Dregger's nicht interpretiert werden. Dregger gehört übrigens zu den vier Unionspolitikern, die den Entschließungsantrag der Unionsfraktion zur Ausländerpolitik ausgearbeitet haben! (Alle Zitate aus FR vom 5.2.82 und FR vom 16.2.82).

Nicht nur wenn man sich die Konsequenz einer solchen Politik ausmalt, erwecken die Äußerungen der beiden Unionsparteien in Sachen Ausländer oft den Eindruck, als ob nur noch vergessen worden wäre, die entsprechende Zitierstelle im Heidelberger Manifest anzugeben. Denn so "himmelweit" ist der Unterschied zwischen der CDU-Ausländerpolitik und dem, was Schmidt-Kaler im Heidelberger Manifest vertritt, nicht, wie die CDU Westfalen in ihrer Distanzierung von Schmidt-Kaler der Öffentlichkeit weismachen will. Mit einem anderen Grund trifft die CDU viel mehr den Kern, wenn sie über die erste Fassung des Heidelberger Manifests sagt: "Die Diktion ist nicht unsere." Dem hat Schmidt-Kaler ja mittlerweile abgeholfen. (Zitate aus WAZ vom 18.2.82).

Der Realismus à la SPD

Die SPD im Spannungsfeld zwischen den "berechtigten und natürlichen Gefühlen der Mitbürger" und Resten eines humanistischen Anspruchs in Ausländerfragen wand sich zu der Formel durch, wonach die Integration der hier lebenden Ausländer durch den "ungehemmten Zuzug" von "Scheinasylanten" gefährdet sei. "Mit Entschiedenheit" wendet sich die SPD gegen diejenigen, "die die bisher latent vorhandene Ausländerfeindlichkeit schüren und eine Integration unserer ausländischen Mitbürger verhindern" und tritt für eine "Trendwende zum Realismus" ein (FR vom 17.2.82). Realismus legt die SPD in dieser Sache seit Monaten vor, indem sie sich nicht scheut, bei all den gegen Ausländer gerichteten Maßnahmen mitzuwirken: Weil die Integrationswilligkeit nicht so groß sei, wie es "wünschenswert" wäre, beschloß die Bundesregierung am 2.12.81, den Zuzug nicht integrationswilliger oder nicht integrationsfähiger (!) Ausländer im Rahmen der Familienzusammenführung zu beschränken-nur wenige Wochen nachdem in Westberlin, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein mit ihren Ausländererlassen vorgeprescht waren (nach FR vom 3.12.82). Zwei Tage später wurden in auch Nordrhein-Westfalen eben diese Maßnahmen umgesetzt.

Seit Monaten basteln Bundesregierung und Bundesrat an einer Verschärfung des Asylrechts in Richtung der Einführung einer Schnellgerichtsbarkeit und Einrichtung von geschlossenen Lagern - wie

dies bereits Hamburg und Baden-Württemberg praktizieren. Bereits im Land weilenden Asylbewerbern versucht man auf administrativem Weg das Leben so sauer wie möglich zu machen. Diese beabsichtigte Abschreckung von weiteren Asylbewerbern hat bereits durchschlagenden Erfolg zu verzeichnen: Die Zahl von Asylsuchenden aus Ländern der sogenannten Dritten Welt hat sich im letzten Jahr mehr als halbiert.

Spürbare Auswirkungen der Ausländerpolitik zeigt sich an der Praxis der Ausländer-Behörden, die zunehmend restriktiver und oft genug geradezu menschenverachtend wird. Studenten beispielsweise bekommen oft nur noch für drei Monate Aufenthaltserlaubnis, deren Verlängerung an bestandene Prüfungen und sonstige Leistungsnachweise geknüpft werden, ganz abgesehen von der Bedeutung des politischen Wohlverhaltens für eine Aufenthaltserlaubnis. In Bochum bekam Dr. Kamran Ekbal, iranischer Staatsbürger, der seit 18 Jahren in der BRD lebt, und an der Universität Bochum einen unbefristeten Arbeitsvertrag als Spezialist für die Geschichte Vorderasiens hat, den neuen Wind zu spüren. Das Ausländer-Aufsichtsamt in Bochum teilte ihm jedenfalls mit, daß er hier mangels eines öffentlichen Interesses nun nicht mehr gebraucht würde und schleunigst in den Iran "zurückkehren" sollte. Diese Ausweisung in ein Land, in dem Ekbal nie gelebt hat und in dem er größte Schwierigkeiten politischer Art zu erwarten hätte, wurde in letzter Minute erst durch eine Anweisung von Wissenschaftsminister Schwier gestoppt.

Radikale Lösung der Kultusministerkonferenz Einen einsamen Gipfel an Dreistigkeit und Verlogenheit erreichte die Kultusministerkonferenz (KMK) im Frühjahr 1981. Da wollten sich die versammelten Kultusminister in väterlicher Sorge eines brennenden Problems annehmen: "Durch den außerordentlichen Andrang von Studienbewerbern aus den Ländern Griechenland, Türkei, Iran, Indonesien" sehen sich die Hochschulen der BRD "vor Probleme gestellt, die sie-angesichts der Situation der öffentlichen Haushalte - nicht mehr allein bewältigen können." Weil zu allem Übel die genannten Studienbewerber weder anständig Deutsch können noch genügend Moneten zum Studieren mitbringen ist deren Studienerfolg in einem Maße gefährdet, "das im Interesse der jungen Ausländer nicht mehr vertreten werden kann."

"In ihrer Verantwortung für ein qualifiziertes und erfolgreiches Studium von Ausländern an unseren Hochschulen" und getrieben von rührender Anteilnahme am Schicksal der jungen Ausländer stellte die KMK Überlegungen an, wie "in der Bundesrepublik Deutschland die Studienbedingungen für Ausländer verbessert werden können"; wie es so schön in dem KMK-Bericht Zur Situation der ausländischen Studenten in der BRD geschrieben steht.

Doch dies erweist sich als dummdreistes Täuschungsmanöver der Kultusminister, die statt dessen auf ihrer Sitzung am 19./20.3.1981 "Maßnahmen zur Verbesserung der Auswahl von ausländischen Studienbewerbern" beschlossen, womit Türken, Iranern, Griechen, Indonesiern und Spaniern Bedingungen zur Einschreibung an westdeutschen Universitäten auferlegt werden, die diese praktisch nicht erfüllen können bzw. die das Interesse an einem Studium in der BRD ausschalten. Nicht die objektiv unhaltbaren Zustände, unter denen ausländische Studenten in der BRD ihr Studium beginnen und die in der Tat den Studienerfolg in Frage stellen, werden beseitigt, sondern mit der bahnbrechenden Logik deutscher Kultusminister beseitigt man die Probleme, indem man die mißliebigen Ausländer aus dem Bild der westdeutschen Hochschulen tilgt. Ausdrücklich schließen die KMK und die Landesrektorenkonferenz in NRW alle Maßnahmen aus, die nach eigenem Eingeständnis wirklich die Studiensituation verbessern würden, wie Ausbau der Studienkollegs, verstärkte Beratung und v.a. finanzielle Absicherung des Studiums. Doch soviel Geld ist das Schicksal der jungen Ausländer nicht wert.

Bei alledem röhrt sich die KMK noch, daß "im Vergleich zu andern Industrieländern ... die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen einer liberalen Ausländerpolitik seit langem besonders günstige Studienbedingungen für Ausländer geschaffen" hat. Tatsache ist, daß die BRD im Vergleich etwa zu Frankreich und Großbritannien den niedrigsten Anteil an ausländischen Studenten hat: Während 1980 in Frankreich 112.229 und in Großbritannien 86.779 ausländische Studenten eingeschrieben waren, bildet die BRD mit 52.173 das Schlußlicht.

In höchstem Maß beschämend ist die Tatsache, daß ausgerechnet die Universitäten diejenigen Institutionen waren die als erste eine Art Ausländerstopp à la NPD praktizierten. "Hier wird die von

Politikern in Sonntagsreden angeprangerte Ausländerfeindlichkeit hinter dem Rücken der Öffentlichkeit zum Gesetz" formulierte die Studentenpfarrerkonferenz in einer Stellungnahme vom 26.3.81.

Ein Armutszeugnis in dieser Sache stellte sich die Studentenschaft in der gesamten BRD aus, die bis auf wenige Ausnahmen so gut wie keinen Protest gegen die ausländerfeindlichen und bornierten KMK-Beschlüsse auf die Beine brachte, geschweige denn ernst zu nehmenden Widerstand. Es bleibt zu hoffen, daß deutsche Studenten und ihre gewählten Vertretungsorgane zumindest jetzt in der Lage sind, breiten Protest und Widerstand gegen die pseudowissenschaftlichen Propagandisten des Rassismus an den Universitäten zu entwickeln. Dies ist ein längst fälliger Beitrag für die internationale Solidarität, vor der eigenen Haustüre mit volksverhetzenden und reaktionären Ideologien aufzuräumen, die auf ihre Weise eine ideologische Kriegsvorbereitung darstellen. Wie dieser Kampf und die Verteidigung demokratischer Rechte aussehen kann, hat der Münchner Arbeitskreis "Mehr Ausländer an die Hochschulen! Bekämpft die Nationalisierung der Wissenschaft!" gezeigt.

Anstelle eines Schlußworts

[Foto: Transparent auf einer Demo: „Schluß mit der Ausländerhetze“]

-----BEGIN PGP SIGNATURE-----

Version: 2.6.3i

Charset: cp850

iQCVAwUBMWmOFTZmcVtrJCo5AQHUegP/UD724hX01JvHZ/HX1OtgcL/spmN1RAdN
OD9ZAijw4TWUFH2Nr8AHyyJyNr+TpE6BRyxavp9Fd8vqeaHA7ZR6ukl3nTvZ+nZ4
IFcYhKx9Qfm5TZbrFfsNOQFiiHCJb13DP7isXPqjcW6vg2aPFiWvJacFQHlz1hGE
VQKKJmd4w/0=
=0k9z

-----END PGP SIGNATURE-----